



**Wichtiger Hinweis:** Von den hier vorgestellten fünf Masterstudiengängen ist der Marburger im März 2004 ohne Auflagen akkreditiert worden, und der Hagener befindet sich noch vor dem Akkreditierungsprozess. Der erst in der Entwicklung befindliche entsprechende Masterstudiengang in Frankfurt/M. wird frühestens im Wintersemester 2005/2006 anlaufen, so dass dieser zu einem späteren Zeitpunkt im AFB-INFO vorgestellt wird. Die anderen Studiengänge (Hamburg, Magdeburg) laufen bereits seit einiger Zeit bzw. beginnen wie Marburg und Tübingen zum Wintersemester 2004/2005.

## Master in „Peace and Conflict Studies“ - Die neuen Studiengänge in Deutschland

### 0. Vorbemerkung

Ab dem Wintersemester 2004/05 werden an fünf Hochschulen in Deutschland Masterstudiengänge in „Peace and Conflict Studies“ angeboten, die in ihrer strukturellen und inhaltlichen Ausrichtung europäischen Standards entsprechen und die Rolle der Friedensforschung in der Hochschullandschaft der Bundesrepublik stärken werden.

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit seinem Angebot wissenschaftlicher Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung weit zurück. So besitzt die Bundesrepublik Deutschland weder für Studierende noch für WissenschaftlerInnen eine nennenswerte internationale Attraktivität auf diesem Gebiet, obwohl der gesellschaftspolitische Bedarf an Fachpersonal in der Friedens- und Konfliktforschung groß ist. Bislang gab es fachliche Zertifikationen in Deutschland lediglich in Tübingen als Schwerpunktstudium Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung im Hauptfach Politikwissenschaft des Magisterstudiums, in Marburg als Nebenfachstudien-

gang in Magister- und Diplomstudiengängen und in Hagen als kostenpflichtiges Weiterbildungsstudium „Friedens- und Konfliktforschung“ zu erwerben. Die jetzt eingeleitete Umstrukturierung des Ausbildungssystems an den Hochschulen infolge der Einführung neuer Masterstudiengänge im Bereich der Friedenswissenschaften ist der Versuch, das Ausbildungsangebot in diesem Feld so auszubauen, dass angehende WissenschaftlerInnen mit einem besonderen wissenschaftlichen Interesse an friedensrelevanten Fragestellungen nun auch in Deutschland die notwendige Zertifizierung in anspruchsvollen Programmen erwerben können.

### 1. Die AdressatInnen

Die AdressatInnen der an den Universitäten in Hamburg, Magdeburg, Tübingen, Marburg sowie an der FernUniversität Hagen offerierten neuen Studiengänge sind motivierte und leistungsbereite Studierende mit einer absolvierten B.A.- Prüfung oder einem gleichrangigen Abschluss in Politikwissenschaft oder einem artverwandten sozialwissenschaftlichen Fach. Mit diesen Studiengängen sollen all diejenigen Studierenden angesprochen werden, die besonders an Fragen

der Friedens- und Konfliktforschung sowie der internationalen Politik interessiert sind, ihre Kompetenzen auf diesem Feld erweitern und ihr Wissen vertiefen möchten.

Speziell für Studierende, die eine Tätigkeit in friedenswissenschaftlichen, friedens- und sicherheitspolitischen Arbeitsbereichen anstreben, soll die Möglichkeit geschaffen werden, ihr Studium ausschließlich auf das breite Feld der Friedensforschung und der internationalen Politik zu konzentrieren. Aufgrund des in Deutschland bestehenden großen Bedarfs an hoch qualifizierten Fachkräften im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung - nicht zuletzt wegen der jüngsten weltpolitischen Entwicklungen sowie einem offensichtlichen Personalmangel im Bereich der zivilen Friedensdienste - werden die Beschäftigungsmöglichkeiten der AbsolventInnen der hier vorzustellenden Masterstudiengänge gemeinhin als sehr hoch eingeschätzt.

### 2. Inhalte

Durch das Hochschulrahmengesetz und den Bericht der Kultusministerkonferenz zur Stärkung der internationalen Wettbewerbs-

## INHALT

Leitartikel.....	1
Forschungsförderung .....	6
Einrichtungen & Projekte der Friedensforschung.....	6
• Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung - HIHK .....	6
• Masterstudiengänge an der University of Peace der Vereinten Nationen .....	7
Tagungsberichte.....	9
Meldungen & Berichte.....	24
Englischsprachige Texte aus dem deutschen Sprachraum.....	28
Neue Literatur in der AFB-Bibliothek.....	28
Tagungen & Termine 2004 .....	31

Im Innenteil: Auszüge aus der Datenbank „Forschungsregister“

<sup>1</sup> Die folgenden Informationen sind hauptsächlich den Internetseiten der entsprechenden Institute entnommen. <sup>2</sup> Prof. Dr. Hans Joachim Gießmann, Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses und Studienleiter veröffentlichte am 26. Mai 2003 auf der Homepage des Instituts den „Bericht über die 1. Evaluierung des Postgraduiertenstudienganges ‚Master of Peace and Security Studies‘“. <sup>3</sup> Vergleiche auch: [www.uni-tuebingen.de/uni/spi/studmafip.htm#p1](http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/studmafip.htm#p1). <sup>4</sup> Vergleiche auch: Rittberger, Volker: Herausforderungen für die Friedensforschung am Beginn des 21. Jahrhunderts - Die Nischenexistenz der Friedensforschung in der deutschen Wissenschafts- und Hochschullandschaft. [www.friedens-warte.de/hefte/ritt\\_203.pdf](http://www.friedens-warte.de/hefte/ritt_203.pdf).

fähigkeit des Studienstandorts Deutschland vom 24. Oktober 1997 sind eine Reihe wichtiger Rahmenbedingungen für die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen festgelegt worden. Ein wichtiges Charakteristikum entsprechender Bachelor- und Master-Studiengänge ist ganz allgemein die Modularisierung, d.h. die Leistungserbringung über studienbegleitende Prüfungen und die Vergabe von Leistungspunkten. Damit soll eine kalkulierbare Akkumulation und ein leichter Transfer von Prüfungs- und Studienleistungen gewährleistet und die individuelle Gestaltung des Studiums bei gleich bleibender Inanspruchnahme der Kapazitäten ermöglicht werden.

Im friedenswissenschaftlichen Kontext sollte das Grundlagen-Modul in die Grundfragen der Friedensforschung einführen, ihre Methoden, Probleme und Theorien behandeln sowie Kenntnisse über die Grundzüge der Weltpolitik vermitteln. Ferner sollte das Grundlagenmodul einen Einblick in die Ethik von Politik, insbesondere der internationalen Beziehungen, geben und nicht zuletzt Frieden als Leitwert beruflichen und insbesondere auch wissenschaftlichen Arbeitens nahe bringen. Die Wahlpflicht-Module sollten möglichst breit das Gesamtspektrum der Themenfelder der Friedensforschung abdecken und den Studierenden eine Vielzahl von Auswahlmöglichkeiten anbieten. Die Wahlpflichtmodule umfassen Außenpolitikanalysen, Untersuchung internationaler Institutionen, Fragen von Krieg und Frieden sowie von Entwicklung und Unterentwicklung. Die angebotenen Seminare und Vorlesungen sollen also einen fundierten Einblick in verschiedene Bereiche der internationalen Politik unter friedenswissenschaftlicher Perspektive geben.

Bei diesem innovativen Konzept der Master in „Peace and Conflict Studies“ handelt es sich um den Versuch, den Stu-

dierenden in einer interdisziplinären Lehr- und Lernumgebung einerseits einen Zugang zu unterschiedlichen theoretischen und methodischen Ansätzen der Friedensforschung zu eröffnen, andererseits aber auch die konkrete Umsetzung friedenspolitischer Theorien in der Praxis nahe zu bringen. Es wird also in den Lehrveranstaltungen eine enge Verbindung von Theorie und Praxis angestrebt. Somit zielt die Förderung gleichermaßen auf die Ausbildung junger WissenschaftlerInnen, aber auch auf Berufsfelder außerhalb der Hochschulen.

Die Abschlüsse der Masterstudiengänge sind allgemein als international kompatibel einzustufen, da sich die inhaltliche und didaktische Konzeption an aktuellen internationalen Trends orientiert und die Lehrveranstaltungen zu einem großen Teil auf Englisch abgehalten werden. Auf die Internationalisierung wird also höchsten Wert gelegt und so ist allgemein vorgesehen, den Anteil fremdsprachiger Lehrveranstaltungen im Laufe der Zeit weiter auszubauen.

### 3. Die einzelnen Programme

Mit der im Jahre 2000 gegründeten Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) besitzt Wissenschaft und Politik in Deutschland erstmals nach dem Ende der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK, aufgelöst 1982-1984) ein „Instrument“, friedenswissenschaftlichen Nachwuchs in konzentrierter Weise zu fördern. Die DSF verfolgt die Zielsetzung, die Ausbildungsmöglichkeiten für junge WissenschaftlerInnen in Deutschland nachhaltig zu verbessern und bestehende Defizite abzubauen. Allerdings ist das Stiftungskapital des DSF mit einem finanziellen Gesamtvolumen von rund 5 Millionen Euro für diesen Bereich gegenwärtig noch immer sehr gering, so dass die Institution ihrer Aufgabe der Stärkung friedenswissenschaftlicher Strukturen nur begrenzt nachkommen kann.

Die Masterstudiengänge an der Universität Tübingen („Friedensforschung und Internationale Politik“), an der Fernuniversität Hagen („Master in Peace Studies“) sowie am Zentrum für Konfliktforschung an der Universität Marburg („Master in Peace and Conflict Studies“) zeichnen sich durch eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung aus und stellen allesamt sehr weit entwickelte Studienprojekte dar, so dass sie von der DSF mit einer fünfjährigen Initiativförderung in Form von Personal- und Sachmitteln unterstützt werden. Um eine angemessene Personalausstattung der Studiengänge zu gewährleisten, finanziert die Stiftung aus Mitteln der Exzellenzförderung DozentInnenstellen, die wahlweise als Junior- oder C3-Professur ausgeschrieben wurden. Darüber hinaus fördert die DSF seit Oktober 2002 den einjährigen Postgradualen Masterstudiengang (P.MA) „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ an der Universität Hamburg, der vom Kooperationsverbund Deutscher Friedensforschungsinstitute getragen wird. Der Vorteil der neuen Masterstudiengänge liegt in der Möglichkeit der Studierenden, schon innerhalb des Studiums Praxiserfahrung sammeln und reflektieren zu können. Dabei verstehen sich die postgradualen Studiengänge als praxisorientiert in einem doppelten Sinne: Zum einen wird Friedensforschung als Wissenschaft begriffen, welche problemorientiert ihre Themen aus der Praxis (Realität) wählt und für die Praxis (Veränderung der Realität) bearbeitet. Zum anderen verstehen sich die Studiengänge selbst weitgehend auch als Teil der Praxis, begreifen das Studieren als „learning by doing“. Dieser doppelten Anforderung entsprechend sollen die Studiengänge in Zusammenarbeit mit einer Reihe von (eher) praxisbezogen arbeitenden Institutionen kooperativ durchgeführt werden.

#### 3.1 Hamburg

Der einjährige P.MA-Studiengang in Hamburg ist trans- und interdisziplinär sowie praxisorientiert ausgerichtet. Er versteht sich



## AFB-INFO

Informationen der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB), Außenstelle der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Verantwortlich: Dr. Regine Mehl und Dominic Raphael Schwickert (Inhalt), Anna Wälder (Forschungsregister), Ute Mennen (Adressenregister).

Redaktionsschluss für die Frühjahrsausgabe: **28. Februar**; Redaktionsschluss für die Herbstausgabe: **31. August**.

Die redaktionelle Bearbeitung eingereicherter Beiträge behält sich die AFB vor. Wir weisen darauf hin, dass der Versand mittels Datenverarbeitung erfolgt. Die hierfür benötigten BezieherInnendaten werden zu diesem Zweck gespeichert. Übersetzung: Katharine Hughes (Oxford), Layout: LithoFactory, Joachimstr. 7, 53113 Bonn, www.lithofactory.de, Umschlagentwurf: David Hollstein, Kommunikationsdesign, Umlandstr. 34, 76275 Ettlingen, www.hollstein-design.de, Druck: Druckerei Eberwein, Bonner Str. 101, 53173 Bonn, www.druckerei-eberwein.de, ISSN 0930-8199. Kostenloser Bezug erfolgt auf Anforderung bei der Geschäftsstelle der AFB, Beethovenallee 4, 53173 Bonn (Bad Godesberg), BR Deutschland, Tel.: +49-228-356032, Telefax: +49-228-3670339, E-Mail: [afb@priub.org](mailto:afb@priub.org), [www.priub.org](http://www.priub.org). Nachdruck gestattet, Belegexemplare erbeten. Das AFB-INFO ist auf der Homepage der AFB zu lesen und als pdf herunterladbar.

als Kombination von friedenswissenschaftlicher und sicherheitspolitischer Wissensaneignung sowie praxisgerichteten Übungen („learning by doing“). Die Bewerbungsfrist für das Studium beginnt am 1. Januar eines jeden Kalenderjahres und endet am darauf folgenden 30. April, wobei die Zulassung zum Studium beschränkt ist. Der Gemeinsame Ausschuss des Studienganges vergibt in Zusammenarbeit mit dem Kooperationsverbund „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ zusätzlich in begrenzter Anzahl Stipendien aus Fördermitteln der DSF und des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes (DAAD). Über die Zulassung und die Vergabe von Stipendien entscheidet der Gemeinsame Ausschuss der Universität Hamburg und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Ziel des Studienganges ist es, hochqualifizierte AbsolventInnen eines geistes- oder naturwissenschaftlichen Studiums an einer deutschen oder ausländischen Universität oder Hochschule sowie akademisch ausgebildete erfahrene PraktikerInnen in friedenspolitischen Tätigkeiten auf anspruchsvollem Niveau in friedens- und sicherheitspolitische Fragestellungen und in die Grundlagen ihrer praxisorientierten Bearbeitung einzuführen. Anliegen ist es dabei, Methoden und Ergebnisse der Friedensforschung zu vermitteln und dadurch die MA-Studierenden auf Tätigkeiten in der friedenswissenschaftlichen Forschung und Lehre bzw. berufsfeldorientiert (z.B. peace-keeping, monitoring, verification, development aid, mediation, arbitration, conversion, administration) auf eine Tätigkeit bei nationalen und internationalen Organisationen, Verwaltungen, Verbänden oder Unternehmen vorzubereiten.

Ein großer Vorteil dieses Studienganges liegt in der Kooperation der Universität mit ausgewiesenen wissenschaftlichen Einrichtungen der Friedensforschung und sicherheitspolitischen Analyse in der Bundesrepublik Deutschland. Neben der gezielten Vermittlung akkumulierter Expertise dieser Einrichtungen in Lehre und praxisorientierter Forschung an die Studierenden dient diese Kooperation gleichzeitig der engeren Verknüpfung von Lehr- und Forschungsaktivitäten der friedenswissenschaftlichen Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland und somit der Ausschöpfung synergetischer Effekte durch Zusammenarbeit.

Der Studiengang ist - wie alle Masterprogramme - modular aufgebaut. Während das erste Semester grundlegenden Lehrveranstaltungen mit wahlobligatorischen Vorlesungen, Vertiefungsseminaren, Intensivkursen und fakultativen Ergänzungskursen vorbehalten bleibt, stehen im zweiten Semester Praxiselemente im Mittelpunkt: Dazu zählt die obligatorische Beteiligung an Forschungsprojekten sowie an Quer-

## Datenbank AFB-Forschungsregister

[www.priub.org/peace\\_research\\_index.html](http://www.priub.org/peace_research_index.html)

**Bestand:** 303 Einrichtungen und EinzelwissenschaftlerInnen aus allen Bereichen der Friedens- und Konfliktforschung weltweit.

**Aktualisierung:** Fortlaufende Aktualisierung der bestehenden Daten.

**Systematik:** Schlagwort- und Volltextsuche nach Regionen und inhaltlichen Schwerpunkten.

**Service:** Interaktiver Online-Fragebogen, um unmittelbar in das Forschungsregister aufgenommen zu werden.

**Kontakt:** Anna Wälder, Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn, Beethovenallee 4, 53173 Bonn, BR Deutschland, Tel.: +49-228-356032, Fax: +49-228-3670339, Email: [waelder@priub.org](mailto:waelder@priub.org), [www.priub.org](http://www.priub.org).

schnittsaufgaben einer am P.MA beteiligten wissenschaftlichen Einrichtung, fakultative Interviews bei berufsfeldorientierten nationalen und internationalen Einrichtungen, die Anfertigung der Masterarbeit, das Midterm sowie das Final Colloquium. Das Studium endet mit der Verleihung des akademischen Titels eines „Masters of Peace and Security Policy Studies“ (M.P.S.).

Eine Evaluierung dieses Studienganges wurde unter Beteiligung aller Studierenden und der meisten DozentInnen des Studienganges für das erste Semester des ersten Akademischen Jahres (2002/2003) im Zeitraum Februar – April 2003 durchgeführt. Dabei wurden die interdisziplinäre Struktur und der modulare Charakter des Studienganges sowohl von den Studierenden als auch von den DozentInnen als nützlich und gewinnbringend beurteilt. Auch wurde die Einbeziehung von Lehrenden aus den Residenzinstituten und externer ReferentInnen aus der Praxis sowie das Zusammentreffen von Studierenden mit unterschiedlichem Bildungsweg und Erfahrungshintergrund als sehr bereichernd empfunden. Die „thematische Dichte“ sowie das Anforderungsniveau einzelner Veranstaltungen wurden angesichts des knappen Zeitbudgets als sehr hoch eingeschätzt, v. a. bezüglich der geforderten Leistungsnachweise. Die didaktische Qualität wurde von den Studierenden insgesamt als hoch bewertet.

### 3.2 Tübingen

Beim Studiengang in Tübingen handelt es sich um einen zweijährigen Studiengang (Regelstudienzeit), bei dem die Leistungen größtenteils studienbegleitend durch den Erwerb von benoteten Scheinen mit Leistungspunkten erbracht werden. Neben Vorlesungen aus der Politikwissenschaft gehören auch thematisch geeignete Lehrveranstaltungen aus anderen Fächern (Psychologie, Philosophie, Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Ethnologie, Kulturwissenschaften usw.) zum Studienprogramm in Tübingen.

Das Studienprogramm teilt sich in verschiedene Module, wobei die Module „Grundlagen der Analyse internationaler Politik aus friedenswissenschaftlicher Perspektive“ und „Analyse zentraler Konflikte der internationalen Politik und ihrer Bearbeitung“ obligatorisch sind. Darüber hinaus müssen nach freier Wahl zwei weitere Module belegt werden, die sich mit Weltordnungsproblemen und internationalem Regieren, mit der Frage nach Krieg und Frieden, mit Europa und mit globalen Akteuren beschäftigen sowie gewaltträchtige Konflikte in außereuropäischen Regionen untersuchen.

Ferner gehören fakultativ zum Studienprogramm die Teilnahme an einem Simulationsprojekt zur Arbeitsweise der Vereinten Nationen, verknüpft mit einer Studienreise nach New York, sowie eine Exkursion nach Wien, Straßburg und Brüssel zu internationalen Organisationen, die sich mit Fragen europäischer Sicherheit befassen. Daneben wird ein Seminar zu Verhandlung und Mediation angeboten, das auch die mehrtägige Simulation eines Verhandlungsprojekts vorsieht. Bei einem erfolgreichen Abschluss dieses Studienganges nach abgelegter mündlicher Prüfung und erfolgreich absolvierter Masterarbeit verleiht die Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Universität Tübingen den akademischen Grad „Master of Arts Friedensforschung und Internationale Politik“. In der entsprechenden Studienordnung heißt es in § 1, dass „durch die Master-Prüfung die Fähigkeit zu wissenschaftlichem Arbeiten sowie die Vertrautheit mit den grundlegenden Theorien und Methoden und den wesentlichen Befunden der Friedens- und Konfliktforschung über Entwicklungen und Probleme der internationalen und transnationalen Politik festgestellt“ werde.

### 3.3 Marburg

Das Marburger Studienprogramm stützt sich bei seinem Programm „Master of Peace and Conflict Studies“ auf die siebenjährige Erfahrung im Nebenfachstudiengang Frie-

dens- und Konfliktforschung und somit auf einen bewährten institutionellen, strukturellen, personellen und didaktischen Rahmen. Der Nebenfachstudiengang Friedens- und Konfliktforschung der Phillips-Universität Marburg war bis vor kurzem der einzige Präsenzstandort, an dem man Friedens- und Konfliktforschung studieren konnte, geht aber bezüglich des Studienumfanges sowie methodisch und inhaltlich weit darüber hinaus.

Der Studiengang „Peace and Conflict Studies“ will Studierende dazu qualifizieren, politische Konflikte im nationalen und internationalen Kontext erforschen und analysieren zu können. Neben dieser analytischen gibt es aber auch eine voluntaristische Dimension, dass nämlich die AbsolventInnen in der Lage sein sollen, Konfliktregelungsmöglichkeiten erarbeiten und selbst an der Regelung von Konflikten (z.B. Mediation) mitwirken zu können. Vermittelt werden sollen ein profundes Grundlagenwissen über die Kernbereiche der Friedens- und Konfliktforschung, analytische Fähigkeiten zur systematischen Untersuchung von Konflikten nach Konfliktgegenstand, -ursachen und -regelung sowie For-

schungskompetenz bei der Anwendung sozialwissenschaftlicher Methoden und Theorien auf empirische Konfliktlagen im interdisziplinären nationalen und internationalen Kontext. Daneben sollen aber auch Medien-, Kommunikations- und Organisationskompetenz sowie soziale und interkulturelle Kompetenz auf der individuellen Ebene des Studierenden gefördert werden.

Konkret sieht der Studienplan im ersten Semester des Masterstudienganges vor, dass zunächst in die Friedens- und Konfliktforschung, in sozialwissenschaftliche Konflikttheorien und in Formen von Konfliktregelung eingeführt wird. Die gewonnenen (Er-)Kenntnisse über den Fachgegenstand sollen dann im zweiten Semester in einer Erschließung und Analyse relevanter politischer Konfliktlagen angewendet werden. Bei dieser systematischen Betrachtung von Konflikten nach bestimmten Merkmalen sollen auch ökonomische, politische, kulturelle und ökologische Dimensionen von Konflikten mit einbezogen werden, so dass Konflikte mit unterschiedlichen Strukturen den Kernbereich des zweiten Semesters bilden. Die eher problembezogen organisierten Veranstaltungen des ersten

Studienjahres werden durch zwei Basisvorlesungen (Völkerrecht, Internationale Beziehungen oder Conflict Resolution) ergänzt.

Damit es nicht bei einem analytischen Nachvollzug von Konfliktstrukturen bleibt, sollen im dritten Semester Konflikte in interdisziplinären Forschungsseminaren durch eigene Recherche selbst erschlossen werden. Der Praxisbezug soll durch obligatorische Praktika in der vorlesungsfreien Zeit sowie durch die Einbeziehung von ExpertInnen beispielsweise aus der OSZE oder von NGOs hergestellt werden. Das vierte Semester stellt die Examenseinheit dar, in der die Masterarbeit verfasst und Studieninhalte mündlich geprüft werden.

Eine zentrale Voraussetzung für die Zulassung bildet ein sozialwissenschaftlicher Studienabschluss, wobei Kenntnisse und Fähigkeiten der empirischen Sozialforschung die entscheidenden Kriterien darstellen. Die vorgesehenen 30 Studienplätze werden jeweils im Wintersemester zu 100% nach Qualifikationskriterien vergeben, die u.a. im Rahmen eines Auswahlgesprächs geprüft werden.

## Lieferbare AFB-TEXTE (chronologisch)

Peter van den Dungen, Friedensforschung und die Suche nach dem Frieden: Einige kritische Anmerkungen, September 1987, 20 S.

Elise Boulding, Friedenserziehung als Friedensgestaltung, November 1988, 18 S.

Elizabeth Richards, Friedenserziehung in der Diskussion, November 1989, 13 S.

Dieter Senghaas, Die moderne Entwicklungsproblematik und ihre Implikationen für Friedenspolitik, Januar 1991, 16 S.

Thomas Dominikowski, Frieden lehren?! Über Friedenslehre und Curricula der Friedenswissenschaft an Hochschulen, Februar 1991, 36 S.

Tordis Batscheider, Friedensforschung und Geschlechterverhältnis: Selbstreflexive Betrachtungen zum erweiterten Gewaltbegriff, April 1993, 20 S.

Lothar Brock, Friedensforschung im Zeichen immer neuer Kriege, Oktober 1994, 13 S.

Martina Fischer, Entmilitarisierung durch Streitkräfte-reform? Trends zu Freiwilligenarmeen und zur Einbindung von Frauen ins Militär, Mai 1997, 28 S.

Birgit Brock-Utne, Multicultural Education and Development: Similarities with, and Challenges to, Peace Education, März 1998, 18 S.

Birgit Brock-Utne, Multikulturelle Erziehung und Entwicklung: Gemeinsamkeiten und Herausforderungen für die Friedenspädagogik, März 1999, 18 S.

Arne C. Seifert, Wider die neuen Kriege! Probleme einer Transformationsgesellschaft am Beispiel Tadschikistans, März 1999, 28 S.

Sabine Jaberg, Der Gewaltbegriff als generierender und differenzierender Faktor der Friedensforschung, September 1999, 44 S.

Cordula Reimann, The Field of Conflict Management: Why does Gender Matter? Oktober 1999, 23 S.

**Cordula Reimann**, Konfliktbearbeitung in Theorie und Praxis: Spielt „Gender“ eine Rolle? März 2000, 29 S.

**Tobias Debiel/Volker Matthies**, Krisenprävention: Was wurde erreicht? Eine Bestandsaufnahme zur deutschen Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik, September 2000, 22 S.

**Elkhan Nuriyev**, The Post-Soviet Caucasus Within New Geopolitical Framework: Towards Conflict or Peace? November 2000, 27 S.

**Christian Büttner**, Friedens- und Konfliktforschung und Interdisziplinarität: Eine historische Skizze zur Entwicklung pädagogisch-psychologischer Friedens- und Konfliktforschung an der HSFK, Juni 2001, 22 S.

**Randall Caroline Forsberg**, Gesellschaftlich sanktionierte und nicht-sanktionierte Gewalt – Die Bedeutung sozialer Normen bei der Entstehung und Prävention von Krieg, Januar 2002, 39 S.

**Gunter Schubert**, Der Kosovokrieg und das Projekt des Rechtspazifismus – Eine vorläufige Bilanz der Debatte, Februar 2002, 20 S.

**Jörg Becker**, Beitrag der Medien zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Januar 2003, 34 S.

**Ruth Seifert**, Plädoyer für eine Subjekt- und Genderperspektive in der Friedens- und Konfliktforschung, Januar 2003, 18 S.

**Fett hinterlegte AutorInnen: Diese Texte können auf unserer Homepage in pdf ausgedruckt werden.**

Die Federführung für die fachbereichsübergreifende interdisziplinäre Lehre in der Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Marburg liegt beim Fachbereich „Gesellschaftswissenschaften und Philosophie“. Insgesamt arbeiten z. Zt. ca. 50 WissenschaftlerInnen aus 16 Disziplinen am Zentrum für Konfliktforschung in Marburg mit, wobei die Forschungen gegenwärtig sechs Schwerpunkte umfassen: Alltagsgewalt, innere und äußere Sicherheit, ökologische Konfliktslagen, Reproduktionsmedizin sowie sozialwissenschaftliche Konflikttheorien und Formen der Konfliktregelung. In einem sehr intensiven Begutachtungsverfahren hat die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) besonders die „didaktische Aufbereitung des Lehrinhalts, das integrative Konzept zur Interdisziplinarität, die Praxisbezüge und auch das breit gefächerte Lehrangebot“ des Marburger Masterprogramms hervorgehoben.

### 3.4 Hagen

Beim modularen Fernstudiengang an der Universität Hagen sind drei Studienjahre vorgesehen. Ein modulunabhängiges Einführungsseminar, das zusammen mit Modul 1 und 2 im ersten Studienjahr absolviert werden muss, versteht sich als ein interdisziplinärer Aufriss friedenspolitischer Problemstellungen und in tendiert die Problematisierung des für Friedenswissenschaft konstitutiven Theorie- Praxisbezuges und die Vorstellung einschlägiger Methoden des friedenswissenschaftlichen Arbeitens. Das Modul 1 stellt eine klassische und systematische Einführung in die Thematik dar und dient der Reflexion wissenschaftstheoretischer Grundlegungen und der Aneignung analytischer Kompetenzen. Es soll zunächst einen Überblick über das breite Feld der Friedens- und Konfliktforschung geben und insbesondere Galtungs Friedens- und Entwicklungstheorie vorstellen. Im Modul 2 werden dann Theorien zu gewaltförmigen Konflikten behandelt und Konfliktstrukturen auf personelle, kulturelle und gesellschaftliche Dimensionen hin untersucht.

Nach erfolgreichem Abschluss der Module 1 und 2 sollen im zweiten Studienjahr in Modul 3 aktuelle Probleme des Friedens und ihre interdisziplinäre Theoretisierung beleuchtet werden. Dies umfasst u. a. Themen wie mediale Konstruktionsprozesse, Globalisierungsprozesse, intrapersonelle Prozesse der Gewaltformation sowie naturwissenschaftliche Aspekte des Friedens, also z.B. Fragen der (Ab-)Rüstung. Im 4. Modul geht es um Formen gewaltarmer Konfliktregelung, um Modelle präventiver Konflikttransformation und um friedenspolitische Instrumentarien zur Konfliktdeskalation. Im dritten und letzten Studienjahr stehen dann - nach einem erfolgreich absolvierten Praktikum

- bestimmte Methoden und Verfahren der Konfliktbearbeitung auf der Agenda. Dabei sollen Praxiserfahrungen reflektiert, Fallstudien erarbeitet und kommunikative Kompetenzen der Studierenden gefördert werden. Durch die drei Studienjahre hindurch zieht sich das Modul 6, in dem das Thema „Organisationen und Verwaltungshandeln“ behandelt wird. Dabei sollen Organisationstheorien mit der friedenswissenschaftlich relevanten Praxiserfahrung der Studierenden verknüpft werden.

Nach erfolgreichem Bestehen der Module 1-5 werden im Master-Abschlussmodul Lerninhalte vertieft und die erlernten Methodologien problemorientiert angewendet. Am Ende steht für alle Studierenden die Erstellung einer Masterthesis und eine mündliche Abschlussprüfung und nach erfolgreichem Abschneiden die Anerkennung eines „Master of Peace Studies“. Die Wissens- und Methodenvermittlung geschieht bei diesem Studiengang über die Vergabe von Studienbriefen, Präsenzblockseminaren und virtuellen Kursen. Die Leistungsnachweise werden über Hausarbeiten, schriftliche Ausarbeitungen und Internetarbeitsgruppen nachgewiesen.

### 3.5 Magdeburg

Die Universität Magdeburg verleiht wie auch die Universität Tübingen den „Master of Arts für Friedens- und Konfliktforschung“ nach erfolgreichem Studium und entsprechend bewerteter Masterarbeit. Das Angebot richtet sich laut Ausschreibung an AbsolventInnen aller Fachbereiche mit Diplom-, Magister- und Bachelor-Abschlüssen sowie guten Englischkenntnissen und mit Interesse an einer Berufslaufbahn in einer internationalen Institution oder Nichtregierungsorganisation.

Ziel des Studiengangs ist die Vermittlung von Kenntnissen über Theorien und Methoden der Friedens- und Konfliktforschung. Darauf aufbauend werden Fähigkeiten zur breit angelegten Analyse sozialer und politischer Zusammenhänge erworben. Die Schwerpunkte liegen dabei gleichermaßen auf Ansätzen, die entweder nach den Ursachen gewaltsamer Konflikte und Möglichkeiten ihrer Transformation oder nach bestehenden Erfahrungen eines friedlichen Zusammenlebens und Chancen einer Stabilisierung und Ausweitung gewaltfreier Mechanismen zur Konfliktaustragung fragen. Inhalte des Studienganges umfassen also neben Theorien und Methoden der Friedens- und Konfliktforschung das Völkerrecht und die Menschenrechtspolitik, Untersuchungen von historischen und aktuellen Fallstudien sowie Studien über die Arbeitsweise internationaler Institutionen und NGOs. In Praxisseminaren sollen die

StudentInnen Methoden der Konfliktmediation kennen lernen sowie Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse simulieren.

## 4. Ausblick

Warum sollte nun diesen neuen Studiengängen so viel Bedeutung und Aufmerksamkeit zuteil werden? Warum widmet das AFB-INFO diesem Thema einen ganzen Leitartikel statt schlichtweg eine Meldung mit Kontaktadresse zu veröffentlichen? Die Antwort liefert Prof. Rittberger, Vorsitzender der DSF: Friedensforschung als Forschung ohne Lehre und ohne langfristige, kontinuierliche Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wird sich seiner Auffassung nach immer wieder um ihre Zukunft gebracht sehen, was die Errichtung und der Untergang der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) zeige. Die Anfang der 70er Jahre auf Betreiben des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann und der sozialliberalen Bundesregierung gegründete friedenswissenschaftliche Institution konnte sich aufgrund eines mangelnden parteiübergreifenden wissenschaftspolitischen Konsensus auf Bundesebene nicht auf lange Sicht etablieren. Dem zarten Pflänzchen Friedensforschung wurde laut Rittberger die Wasserzufuhr verweigert, bevor die Stengel seiner Knospen Wurzeln schlagen konnten. Obwohl friedenspolitisches Denken seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges tief im kollektiven Bewusstsein der Deutschen verankert ist, wurde auf diesem Wege – so Rittberger weiter – die deutsche Friedensforschung, zu einer Nischenwissenschaft degradiert und in eine wissenschaftliche Randposition gedrängt.

Doch gerade die jüngsten Entwicklungen im Bereich der internationalen Politik vom Jugoslawienkrieg über den 11. September bis hin zum Afghanistan- und schließlich zum Irakkrieg zeigen die Notwendigkeit der Ursachenforschung von Krieg und die Bereitstellung alternativer Friedenskonzepte zu Beginn des neuen Jahrhunderts. Dieser gesellschaftspolitisch so wichtigen Aufgabe - ja Verantwortung - kann man in ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit nur in Form einer materiell starken und an den Universitäten durch konkrete Programme institutionalisierten Friedensforschung und -lehre gerecht werden, die auch die Nachwuchsförderung im Blick hat.

Rittberger sieht die Friedensforschung durch die neueren Ereignisse besonders herausgefordert, „sich neuen wie alten Fragen unvoreingenommen zu stellen“. Eine der zentralen Funktionen der Friedensforschung sei es, „gestützt auf methodisch gesicherte und theoretisch fundierte Grundlagenforschung Konzepte, Institutionen und Strategien der Gewaltprävention und friedlichen Konfliktbearbeitung kritisch zu bedenken, zu entwerfen und weiter zu entwickeln“. Somit stellt

die Friedensforschung eine wertgebundene Wissenschaft dar, die den Beteiligten in Konflikten, die ihr friedliches Zusammenleben gefährden, mit geeigneten Modell- und Strategieentwürfen möglichst gewaltfreie Wege der Konfliktbearbeitung aufzeigen will.

Allen wissenschaftspolitisch Verantwortlichen in Deutschland sollte es angesichts der friedenspolitischen Rolle der Bundesrepublik auf der internationalen Bühne ein vorrangiges Ziel sein, die Friedenswissenschaft insbesondere auch durch materielle Unterstützung aus ihrem Nischendasein zu befreien, die friedenswissenschaftliche Infrastruktur in Forschung und Lehre zu verbessern sowie zivile Friedensfachkräfte zu fördern. Das Projekt der neuen Masterstudiengänge, das die Friedensforschung und -lehre an deutschen Hochschulen weiter verankern und damit qualifizierten friedenswissenschaftlichen Nachwuchs rekrutieren wird, ist in diesem Zusammenhang gerade angesichts der wachsenden weltpolitischen Verantwortung Deutschlands ein richtungsweisender Schritt hin zu einer international wettbewerbsfähigen und leistungsstarken Friedensforschung in Deutschland.

Verbunden mit dieser Initiative ergibt sich die Chance zur nachhaltigen Förderung der in den letzten Jahren zwar sich intensivierenden, jedoch noch immer unzureichenden Kooperation zwischen hochschulischen und außerhochschulischen Einrichtungen und damit zwischen Lehre, Forschung und Politik im Bereich sicherheits- und friedenspolitischer Fragestellungen. So ist zu hoffen, dass sich durch die längst überfällige Institutionalisierung der fächerübergreifenden Friedensforschung an deutschen Hochschulen das Wissenschaftsverständnis der internationalen Politik zugunsten eines friedenspolitischen Paradigmas verändern wird.

*Dominic Raphael Schwickert  
(Universität Münster)*

**Kontaktadressen:** Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Falkenstein 1, 22587 Hamburg, Deutschland, Tel.: +49-40-866-077-0, Fax: +49-40-866-3615, E-Mail: info.MPS@uni-hamburg.de, www.ifsh.de/studium/studium.php

Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, Abteilung Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung, Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen, Deutschland, Tel.: +49-7071-297-8372, Fax: +49-7071-292-417, E-Mail: ifp.ircenter@uni-tuebingen.de, E-Mail Archiv: ifp.irarchive@uni-tuebingen.de, www.uni-tuebingen.de/uni/spi/ab2mitar.htm

Philipps-Universität Marburg, Zentrum für Konfliktforschung, Ketzlerbach 11, 35032 Marburg/Lahn, Deutschland, Tel.: +49-6421-2824-598 oder: +49-6421-2824-580, Fax: +49-6421-2828-978, E-Mail: konflikt@staff.uni-marburg.de, www.uni-marburg.de/konfliktforschung/index.html

FernUniversität Hagen – GH Institut Frieden und Demokratie, Im Dünningbruch 9, Postfach 940, 58084 Hagen, Deutschland, Tel.: +49-2331-9872-365, Fax: +49-2331-9874-797, E-Mail: Ingrid.Bussler@FernUni-Hagen.de, www.fernuni-hagen.de/FRIEDEN

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Politikwissenschaft, Zschokkestr. 32, 39016 Magdeburg, Deutschland, Tel.: +49-39167-16673, E-Mail: joerg.meyer@gse-w.uni-magdeburg.de, www.uni-magdeburg.de/k3/FKforschung.shtml

## Forschungsförderung

### Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen

Nach zehnjähriger Laufzeit wurde der Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen im Jahre 2003 abgeschlossen. Auf Initiative der Landesregierung Niedersachsens wurde dieser Verbund 1993 in Osnabrück gegründet und für zunächst fünf Jahre gefördert. Anschließend ist die Laufzeit um weitere fünf Jahre verlängert worden, was für einen Verbund dieser Art eher ungewöhnlich und auf die überzeugenden Ergebnisse der ersten Periode zurückzuführen ist. So wurden 1998 von der Landesregierung Niedersachsens Mittel für weitere fünf Jahre aus dem Niedersächsischen Vorab der VolkswagenStiftung bewilligt, so dass sich die Förderhöhe des zehnjährigen Verbundes auf ein Gesamtvolumen von rund sieben Millionen Euro beläuft.

In dieser Zeit sind 32 Forschungsvorhaben unterstützt worden, und sowohl die wissenschaftliche Leitung als auch der Wissenschaftliche Beirat initiierten und koordinierten Forschungsaktivitäten verschiedener Wissenschaftsdisziplinen mit friedensrelevanten Fragestellungen. Die inhaltlichen Schwerpunkte reichten dabei von Emigration, Gewalt im sozialen Bereich und im Krieg, Legitimation von Gewalt, ethnischen, religiösen und geschlechterspezifischen Konflikten bis hin zur Rolle der Medien und Möglichkeiten gewaltloser Intervention bei bewaffneten Auseinandersetzungen. Der Wert eines solchen Forschungsprojekts liegt vor allem in der Herstellung einer Diskussions-

plattform, bei der sich WissenschaftlerInnen verschiedener Fachbereiche und unterschiedlichen Forschungsrichtungen austauschen können.

Neben den Projektaktivitäten hat der Verbund jedoch auch gezielt den wissenschaftlichen Nachwuchs gefördert und auch regelmäßige Veranstaltungen für eine breite Fachöffentlichkeit organisiert. Besonders hervorzuheben ist der erfolgreiche Einsatz des Verbundes für die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) als Bundesstiftung. Der Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung kann als gelungenes Beispiel regionaler und überregionaler Forschungsförderung bezeichnet werden und hat die Stellung der Friedenswissenschaft in der deutschen Wissenschaftslandschaft nachhaltig gestärkt und damit eine stärkere Vernetzung von FriedenswissenschaftlerInnen möglich gemacht.

**Kontaktadresse:** Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen, c/o Prof. Dr. Günter Bierbrauer/Michael Jaeger, Universität Osnabrück, Fachbereich Psychologie und Gesundheitswissenschaften, Seminarstraße 20, 49069 Osnabrück, Deutschland, Tel.: +49-541-969-4803, Fax: +49-541-969-4763, E-Mail: pfk.nds@uos.de, www.pfk.uni-osnabrueck.de

## Einrichtungen & Projekte der Friedensforschung

### Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung - HIIK

Seit Beginn des Jahres 2004 sind Heidelberger NachwuchswissenschaftlerInnen für die EU Kommission den globalen Flüchtlingsdynamiken auf der Spur. Das Projekt „Humanitarian Impact of Conflict Dynamics“ wird am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg für das Humanitäre Büro der Europäischen Kommission (ECHO) durchgeführt. Ziel ist es, die Wirkungen von Konfliktdynamiken auf die Entstehung von Flüchtlingsströmen und deren Entwicklung anhand der Konfliktdatenbank KOSIMO (Konflikt Simulations MOdell) nachzuzeichnen.

Herzstück dieses Projektes ist die Konfliktdatenbank KOSIMO 2.0 die von 2002 bis 2004 am Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK) e.V. weiterentwickelt wurde. Im Zentrum der Methodik steht das dynamische Konfliktmodell, das in seiner erwei-

terten Version fünf Intensitäten umfasst und von latentem Konflikt bis Krieg die Phasen der gewaltlosen und gewaltsamen Konfliktaustragung berücksichtigt.

Das HIIK ging aus dem Konfliktdatenprojekt KOSIMO hervor, welches am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg 1987 initiiert wurde. Es beschäftigt sich mit der Erforschung, Auswertung und Dokumentation innerstaatlicher und internationaler politischer Konflikte. Die Qualität der Recherche wird durch 30 bis 40 ständige Mitarbeiter sichergestellt.

Das HIIK widmet sich zweierlei Aufgaben: Dies ist zum einen die Pflege und Weiterentwicklung der Datenbank mit gegenwärtig 540 Basiskonflikten aus dem Zeitraum zwischen 1945 und 2003, die in über 2500 Teilintensitäten untergliedert sind. Jeder Konflikt wird abhängig von der Anzahl der beteiligten Konfliktparteien mit mindestens 30 Variablen kodiert. Mit der Einführung von KOSIMO 2.0, einer methodischen und technischen Weiterentwicklung der bisherigen KOSIMO Datei, werden nun die gewaltlosen Phasen von Konflikten noch detaillierter dokumentiert. Eine Neuerung stellt die Erfassung von Strukturdaten nichtstaatlicher AkteurlInnen und von Vorgängen auf der Ebene des Ablaufs eines Konflikts dar. Auf dieser Grundlage entwickelte das HIIK mit dem Österreichischen Institut für Artificial Intelligence (ÖFAI) in Wien im Rahmen des bis Dezember 2003 laufenden Forschungsprojektes „Early Detection of Man-Made Crises“ ein Programm zum Zwecke der Krisenfrüherkennung für ECHO. Seit Januar 2004 werden im neuen Forschungsprojekt „Humanitarian Impact of Conflict Dynamics“ Daten zu Flüchtlingsbewegungen in KOSIMO 2.0 integriert. Ziel ist es, durch den Abgleich von Flüchtlingsdaten und den in KOSIMO erfassten Konflikttypen die Zeitpunkte größerer Fluchtbewegungen zu identifizieren. Die Ergebnisse werden ECHO bereits im Dezember 2004 vorgelegt.

Der zweite Schwerpunkt der Institutsarbeit liegt im jährlich erscheinenden Konfliktbarometer. In der in Deutsch und Englisch verfassten Publikation werden die für die Dauer eines Jahres beobachteten Konflikte ausgewertet. Das Konfliktbarometer gibt die jährliche Bilanz des globalen Konfliktgeschehens wieder. Die Veröffentlichung ist in fünf Weltregionen gegliedert und führt alle aktuellen Konflikte in ausführlichen Tabellen und kurz beschreibenden Textteilen auf. Ferner sind die globalen Trends im Konfliktverhalten der Staaten sowie die im jeweiligen Jahr ergriffenen Maßnahmen zur Konfliktbeilegung aufgenommen. Putsche, Putschversuche, Akte des Internationalen Terrorismus sowie ergriffene Maßnahmen der Konfliktbearbeitung werden ebenfalls erfasst.

Durch seine langjährige Erfahrung in der wissenschaftlichen Beobachtung von Konflikten bietet das HIIK eine der umfangreichsten Konflikt Datensätze weltweit. Durch die letzte Entwicklungsstufe von KOSIMO in der Version 2.0 gelingt eine anwendungsorientierte Vernetzung der Erkenntnisse der empirischen Konfliktforschung mit der Nachfrage politikberatender Institutionen. Das im Abschluss befindliche Projekt „Early Detection of Man-made Crises“ liefert die Basis für die Suche nach Flüchtlingsdynamiken im nun gestarteten Projekt „Humanitarian Impact of Conflict Dynamics“ für ECHO.

**Kontaktadresse:** Nicolas Schwank, M.A. (Vorsitzender), Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, Marstallstraße 6, 69117 Heidelberg, Deutschland, Tel.: +49-6221-543198, Fax: +49-6221-542896, E-Mail: info@hiik.de, www.hiik.de

### **Masterstudiengänge der University of Peace der Vereinten Nationen**

An der University of Peace in San José (Costa Rica) werden verschiedene neue Graduiertenprogramme angeboten, die sich mit den Themenbereichen Völkerrecht, Vereinte Nationen, Friedens- und Konfliktforschung sowie Sicherheitspolitik im weiteren Sinne (human security und Umweltsicherheit) beschäftigen und die in englischer Sprache abgehalten werden. Zugangsvoraussetzung für alle Programme ist ein Bachelor- bzw. ein bachelor-äquivalenter Abschluss.

Das „Graduate Programme in International Law and Human Rights“ ist ein gemeinschaftliches Projekt der University of Peace und dem Raoul Wallenberg Institute der Universität Lund (Schweden) sowie dem Max Planck Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht der Universität Heidelberg und weiteren Instituten aus Costa Rica, Thailand und Südafrika. Mit diesem Programm werden zwei verschiedene Abschlüsse angeboten: der „Master of Arts in International Law and the Settlement of Disputes“ sowie der „Master of Arts in International Law and Human Rights“.

Der Studienplan der beiden Masterabschlüsse besteht aus einer inhaltlich sehr konzentrierten zehnmonatigen Studienzeit (zwei Semester) mit 12 Kursen und 40 möglichen credits. Im ersten Semester (September - Dezember) werden Studierende beider Masterprogramme gemeinsam in die Bereiche Völkerrecht, internationale Institutionen und Menschenrechte eingeführt. Auf die „Common Core Courses“ folgen „specialized courses“.

Beim „Settlement of Disputes“- Master liegt der Schwerpunkt in den „specialized courses“ der Internationalen Beziehungen. Ferner geht es um umweltpolitische und ökonomische Streitfragen, die im Kontext internationaler Beziehungen eine Rolle spielen.

Der „Human Rights“- Masterstudiengang behandelt formelle (völkerrechtliche Verträge) und informelle (Engagement von Nichtregierungsorganisationen) Mechanismen der Implementierung von Menschenrechten und bezieht auch Religionen, regionale Besonderheiten und wirtschaftliche Aspekte mit ein. Ziel ist es, Verständnis für die Friedenspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu wecken sowie den Studierenden die theoretischen und methodologischen Optionen der Friedens- und Konfliktforschung nahe zu bringen. Ferner geht es um die Entwicklung eines ethischen Bewusstseins und kritischen Denkens sowie um praktische Kenntnisse der präventiven Diplomatie, der Friedenskonsolidierung und der Friedensschaffung. Als essentieller Bestandteil aller akademischen Postgraduiertenprogramme steht bei den „Independent Studies“ das eigenständige Forschen und Verfassen einer Masterarbeit im Vordergrund, dem eine Einführung in qualitative und quantitative Forschungsmethoden vorangeht.

Der „Master of Arts in Gender and Peace Building“ ist ein zehnmonatiges Programm, das sich an Frauen und Männer richtet, die an Kernfragen des „politischen Geschlechts“ (Gender) und Friedenswissenschaften interessiert sind. Ziel des Programms ist es, Studierende in die Friedens- und Konfliktforschung einzuführen sowie Konfliktursachen, -hintergründe und -auswirkungen unter besonderer Berücksichtigung geschlechterspezifischer Aspekte zu erarbeiten. Der Studiengang intendiert, die Bedeutung von Gender als analytische Kategorie zur Vermeidung von Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten hervorzuheben, die auf Geschlechterdiskriminierungen basieren. Graduierte dieses Masterprogramms sollen die Fähigkeit erhalten, Gender- und Friedensprogramme zu initiieren und zu implementieren sowie Tätigkeiten in der Friedensforschung wahrzunehmen, die sich mit der Genderproblematik befassen.

Der „Master Degree in International Peace Studies“ richtet sich an 20 Studierende aus aller Welt mit aktivem Interesse an internationaler Friedenswissenschaft. Der Studiengang ist in drei Semester eingeteilt. Zum Term 1 gehören die Einführung in die Friedenswissenschaften sowie Veranstaltungen über Konfliktprävention, Menschenrechte, Demokratisierung, Völkerrecht und internationale Organisationen. Zusätzlich muss ein Forschungsmethodenkurs absolviert werden. Im Term 2 sind Pflichtfächer (Veranstaltungen über regionale Studien, Abrüstung und Non-

## Kampagne für die Reform der Vereinten Nationen – UNFOR 2007

Die „Kampagne für die Reform der Vereinten Nationen“ (UNFOR 2007) ist im Sommer 2003 vom Hamburger Friedenshistoriker Klaus Schlichtmann ins Leben gerufen worden und tritt für eine umfassende globale Abrüstung sowie für das Gewaltmonopol und die Demokratisierung der Vereinten Nationen ein. Es sollen zunächst bis zu 1000 Unterschriften von namhaften FriedenswissenschaftlerInnen und PazifistInnen gesammelt werden, um auf dieser Basis weitere Aktionen zu planen.

Im Mittelpunkt der Kampagne steht die Frage nach Alternativen zur militärischen Friedenssicherung und wie dieses Vorhaben auf der Grundlage der UN-Charta und des geltenden Völkerrechts realisiert werden kann. Wie der Friedensforscher Dieter S. Lutz bereits 1993 in seinem Buch „Deutschland und die Kollektive Sicherheit“ feststellte, ist diese Frage noch immer ein Tabu. Dabei besteht kein Zweifel, dass das Konzept der Vereinten Nationen und auch das Friedensgebot des Bonner Grundgesetzes einen „positiven Frieden“ (Sicherheit und gerechte Ordnung) als Endziel verfolgen, in dem alle Staaten abgerüstet haben und der „Einsatz von UN-Truppen (...) im Sinne einer ‚Weltpolizei‘“ und im Rahmen einer „Weltinnenpolitik“ (Lutz, *ibid.*) erfolgen soll.

Der Sicherheit und Ordnung garantierende Friede und die dafür notwendige Einrichtung einer „rechtsdurchsetzenden internationalen Polizei“ (Nico Krisch 2001) stehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts als der „noch nicht erfüllte Auftrag“ (Klaus Neumann 2002) auf der Tagesordnung. Anders vielleicht, als Dieter S. Lutz 1993 noch annahm, beruht das „Konzept kollektiver Sicherheit“ eindeutig auf einem positiven Friedensbegriff: Die kollektive Sicherheit der UN-Charta fasst einen Frieden ins Auge, der sowohl Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle als auch die verbindliche internationale Rechtsprechung zur friedlichen Streitbeilegung einschließt. Die kollektive Sicherheit ist als „Ersatz einzelstaatlicher Verteidigung“ (N. Krisch) konzipiert. Zu dem Konzept gehören die in Art. 43 der UN-Charta erwähnten „verfassungsmäßigen Verfahren“, insbesondere die Bestimmungen des Friedensverfassungsrechts (B. Mirkin-Guetzévitch 1951), die eine Hoheitsübertragung bzw. –beschränkung zugunsten der kollektiven Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit vorsehen. Dabei sind die regionalen Vereinbarungen offenbar zweitrangig. Der europäische Integrationsprozess und die Neuordnung des internationalen Systems sollten einander ergänzen und „zeitgleich“ voranschreiten, um Sicherheitslücken zu vermeiden und letztendlich ein Scheitern der europäischen Integration zu verhindern.

### Die „Kampagne für die Reform der Vereinten Nationen“ (UNFOR 2007) verfolgt ein umfassendes Konzept:

(1) Eine Demokratisierung der Weltorganisation bedarf der Konstituierung einer zivilgesellschaftlichen, demokratischen Versammlung (Civil Society Council) als Nebenorgan der UN-Vollversammlung, zunächst mit einer beratenden Funktion als eine Art NGO-Forum, in dem die bei United Nations Economic and Social Council (ECOSOC) akkreditierten, friedens- und umweltpolitisch engagierten Organisationen zusammengefasst werden sollen. Nebenorgane können von der Generalversammlung nach Artikel 22 der UN-Charta eingesetzt werden. Seine Mitglieder würden darin die Interessen der Völkergemeinschaft vertreten und sollten nicht

mehr ihrer jeweiligen nationalen Zugehörigkeit verpflichtet sein. Der Gedanke ist nicht neu: Bereits 1919 hatte die deutsche Delegation auf der Versailler Friedenskonferenz unter der Leitung des Völkerrechtlers Walther Schücking die Einsetzung eines gesetzgebenden „Weltparlaments“ gefordert.

(2) Eine Grundvoraussetzung für ein wirksames Funktionieren der Vereinten Nationen besteht darin, dass der Sicherheitsrat für die Gemeinschaft der Völker repräsentativ ist, d.h. dass eine in der Charta vorgesehene „angemessene geographische Verteilung der Sitze“ (Art. 23, UN-Charta) im Sicherheitsrat gewährleistet sein sollte. Die gescheiterten Versuche einer Reform des Sicherheitsrates in den neunziger Jahren haben gezeigt, dass es unwahrscheinlich ist, dass die Staaten sich auf eine gemeinsame Lösung einigen werden, bei der „in einem einzigen Schritt“ sowohl ein funktionsfähiges Gewaltmonopol als auch die dafür notwendigen demokratischen Voraussetzungen und Grundlagen geschaffen werden.

Die Kampagne für die Reform der Vereinten Nationen (UNFOR 2007) schlägt daher einen Zweistufenplan vor: Im ersten Schritt soll für die Übergangszeit (s. Art. 106, UN-Charta, „Übergangsbestimmungen“) nur ein Minimum an Veränderungen in der Zusammensetzung des Sicherheitsrats und im Text der Charta vorgenommen werden, d.h. die „angemessene geographische Verteilung der Sitze“ im Sicherheitsrat wird dadurch erreicht, dass ein/e Vertreter/in des Südens einen ständigen Sitz erhält. Sollte Indien sich bereit erklären, gemäß Art. 6 des Nichtverbreitungsvertrags (NPT) die nukleare Abrüstung einzuleiten, so könnte Indien als regionale Ordnungsmacht und einer Bevölkerung von über einer Milliarden Menschen mit einem solchen Mandat versehen werden.

Ideal wäre, wenn sich die europäischen Staaten bereits in der ersten Phase auf einen gemeinsamen Sitz einigten und den Vereinten Nationen – als Gewaltmonopol im Entstehen – ein Sicherheitsmandat übertragen würden, das die europäische Ordnung garantiert. Sobald sich abzeichnet, dass – wie die Gründer der UN es ursprünglich konzipiert hatten – ein wirksames System kollektiver Sicherheit entsteht, benötigen Großbritannien und Frankreich ihre Sonderstellung nicht mehr.

Nach einem genau festgelegten Zeitplan – etwa nach fünf Jahren – sollte dann im zweiten Schritt (Stufe 2) eine umfassende Reform in Angriff genommen werden. Im Zuge dieser umfassenden Reform könnte die Zahl der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates beispielsweise auf neun (mit Japan, Südamerika, Afrika und der Arabischen Liga) und die der nicht-ständigen Mitglieder auf fünfzehn erhöht werden. Wenn sich die Einrichtungen auf der ersten Stufe bewährt haben, sollte der Civil Society Council vom Nebenorgan zu einem Hauptorgan mit weiter reichenden Kompetenzen nach Art. 7 der UN-Charta umgewandelt werden.

Die Initiative, um alle diese Reformen durchzusetzen, sollte von der Bundesrepublik Deutschland ausgehen, indem diese den Auftrag des Grundgesetzes wahrnimmt und umsetzt. Dies ist der direkte Weg zur Schaffung eines repräsentativen, echten Gewaltmonopols, zur Demokratisierung der Vereinten Nationen und zur allgemeinen und umfassenden Abrüstung. Dabei knüpft die „Kampagne für die Reform der Vereinten Nationen“ (UNFOR 2007) nicht nur an das (positive) Konzept

der kollektiven Sicherheit in der UN-Charta und im modernen Friedensverfassungsrecht an, sondern auch an die Ziele der Haager Friedenskonferenzen: Abrüstung und obligatorische internationale Gerichtsbarkeit.

### Konkret fordert die UNFOR

· die Einleitung einer allgemeinen und umfassenden globalen Abrüstung auf Initiative Deutschland.

· die Verabschiedung eines Gesetzes im Deutschen Bundestag, in dem die Bundesrepublik der militärischen Friedenssicherung eine Absage erteilt und sich zu dem Grundsatz bekennt, dass Streitigkeiten zwischen und in Staaten zukünftig mit zivilen, rechtsstaatlichen Mitteln beigelegt werden sollen.

· die unmissverständliche Definition der Kompetenzen des UN-Sicherheitsrates durch ein Gesetz, welches gemäß Art. 24 Abs. 1 GG die Übertragung von nationalen Hoheitsrechten („Sicherheitshoheit“) enthält. Diese Forderung ist das Herz bzw. der Motor der Kampagne. Das Vorhaben einer globalen Abrüstung und die Herstellung eines neuen Verständnisses kollektiver Sicherheit erfordert die Schaffung eines echten globalen Gewaltmonopols, das bei den Vereinten Nationen liegen muss.

· den Einsatz Deutschlands für die Schaffung einer demokratischen Versammlung als gesetzgebende Körperschaft (Weltparlament), wie sie die deutsche Friedensdelegation in Versailles 1919 bereits vorgeschlagen hatte. Dieses Nebenorgan soll aus repräsentativen NGOs (CAMDUN, NGO Forum, World Social Forum) bestehen und das Ziel verfolgen, die Schaffung eines Civil Society Councils als eines der Hauptorgane der Vereinten Nationen in die Wege zu leiten.

· den Einsatz der Bundesrepublik Deutschland für eine ständige Repräsentation des Südens im UN-Sicherheitsrat.

Die „Kampagne für die Reform der Vereinten Nationen“ (UNFOR 2007) ruft die deutschen FriedenswissenschaftlerInnen dazu auf, eine entsprechende Grundgesetzinitiative aktiv mit ihren Unterschriften zu unterstützen. Denn das Grundgesetz enthält bisher lediglich eine Absichtserklärung, die der Umsetzung bedarf. Das Vorhaben kann nur mit Unterstützung eines substantiellen Teils der Friedenswissenschaften und nur mit Druck der öffentlichen Meinung und basisdemokratischer Bewegungen Erfolg haben.

Für 2004 sind weitere Unterschriftenaktionen geplant, und eine gemeinsame Erklärung sollte mit der Veröffentlichung der Unterschriften entweder Anfang Mai (3. Mai: Tag des Inkrafttretens der japanischen Verfassung) oder am Hiroshima-Tag (6. August) erfolgen.

Ausführliche, aktuelle Informationen über UNFOR 2007 sowie Dokumente und Hintergrundinformationen finden sich auf der Webseite: <http://www.ne.jp/asahi/peace/unitednationsreform2007>. Außerdem kann ein INFO-Paket angefordert werden.

*Klaus Schlichtmann*

**Kontaktadresse:** Dr. Klaus Schlichtmann, Nakakayama 452-35, Hidaka-shi, Saitama-ken, 350-1232 Japan, Tel. und Fax: +81-429-892966  
Email: [Friedenspolitik@hotmail.com](mailto:Friedenspolitik@hotmail.com)  
[UNReform2007@netscape.net](mailto:UNReform2007@netscape.net),  
[www.ne.jp/asahi/peace/unitednationsreform2007](http://www.ne.jp/asahi/peace/unitednationsreform2007)



proliferation sowie Internationaler Terrorismus), Wahlpflichtfächer (ein Kurs aus dem Bereich Gender oder Friedenspädagogik) und Spezialisierungsfächer zu absolvieren. Zu letzteren gehören Konfliktmanagement, Umweltschutz und ökonomische Entwicklung. Der dritte und letzte Term von Mai bis August sieht die Praxis von Konfliktprävention und -lösung, die Beschäftigung mit menschlicher Sicherheit und städtischer Gewalt sowie die Capstone Synthese vor.

Ein weiterer neuer Studiengang der University of Peace ist der sechzehnmonatige „Master in Environmental Security and Peace“, der in vielen Regionen der Welt dem stärker werdenden Wettbewerb um natürliche Ressourcen sowie der steigenden Bedeutung von Umweltsicherheit im 21. Jahrhundert Rechnung tragen will. Dabei sollen neben friedenswissenschaftlicher Theorie und sozialwissenschaftlicher Methodik umweltsicherheitspolitische Faktoren bei der Analyse von Friedens- und Konfliktsituationen im Vordergrund stehen.

Term 1 von August bis Dezember besteht aus Vorlesungen aus dem Bereich Friedenswissenschaften, Völkerrecht und Umweltsicherheit. Der darauf folgende Term 2 von Januar bis April soll das in der Einführung des Term 1 angeeignete Wissen vertiefen und detaillierter auf Fragen des demographischen Wandels, der Migration und der politischen Ökonomie eingehen, sowie den Zustand der Wälder und Gewässer in den Blickpunkt nehmen. Im 3. Term von Mai bis Juli liegt der inhaltliche Schwerpunkt auf sozio-ökonomischen Aspekten wie Energieknappheit, Hungersnöte, Nahrungs- und Gesundheitsversorgung sowie städtische Umweltsicherheit. Auch werden hier der Stand der Wissenschaft und die vorhandene Technologie für Umweltsicherheit genauer untersucht sowie Maßnahmen für die Prävention bzw. Lösung umweltbedingter Konflikte erarbeitet. Nach einem Pflichtpraktikum im August sollen im Term 4 von September bis Dezember neben der Analyse der Capstone Synthese Strategien für eine fortschreitende Umweltsicherheit ausgearbeitet und die Masterarbeit vollendet werden.

Neben den bisher beschriebenen Studiengängen gibt es ab diesem Jahr auch einen „Master's Degree in Peace Education“. Dieser Studiengang widmet sich den komplexen Anforderungen erzieherischer Friedensarbeit in oftmals geteilten Gesellschaften. Absolvierende dieses Programms sollen befähigt werden, in einem ausgewählten Land unter Berücksichtigung lokaler Kapazitäten ein beispielhaftes friedenspädagogisches Grundgerüst aufzubauen, das einen konstanten und nachhaltigen Friedensprozess möglich machen könnte. Die Aufgabe soll auf der Basis eines breiten Wissensstandes über grundlegende Konzepte und Erkenntnisse der interdisziplinären Friedens- und Konfliktforschung sowie auf Grundlage

spezifischer Kenntnisse über die soziale und kulturelle Umwelt der entsprechenden Gesellschaft möglich werden.

Term 1 (September bis Dezember) enthält Einführungsseminare in Friedensforschung, Friedenspädagogik, Menschenrechte und allgemeine Forschungsmethoden. Im zweiten Term von Januar bis April geht es speziell um Friedenspädagogik: Die angebotenen Veranstaltungen umfassen die Psychologie von Gewalt und Frieden, Fragen der Erziehungsstrategien und des erzieherischen Wandels sowie Workshops zur Friedenspädagogik. Der dritte Term von Mai bis August besteht insbesondere aus einer Analyse des Zusammenhangs von Sprache, Medien und Konflikte sowie konkreten didaktischen Konzeptionen zur Überwindung von Konflikten.

**Kontaktadresse:** Office of the Dean for Academic Administration, University for Peace Apdo, 138-6100 Ciudad Colon, Costa Rica, Tel.: +506-205-9000, Fax: +506-249-1324, EMail:admin@upeace.org, www.upeace.org/academic

### **Dual Masters Degree in Natural Resources and Sustainable Development in Washington D.C. und San José**

Eine Partnerschaft zwischen der American University's School of International Service in Washington D.C. (USA) und der University for Peace in San José (Costa Rica) hat den zweijährigen dualen Masterstudiengang in "Natural Resources and Sustainable Development" ins Leben gerufen. Dieses multidisziplinäre Programm soll Studierende mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie wachsende Weltbevölkerung, begrenzte Ressourcen sowie ungleiche globale Wohlfahrtsverteilung vertraut machen. Absolvierende dieses Studienganges sollen ausgebildet werden, Umweltkonflikte unter Einbeziehung sozialer, wirtschaftlicher und umweltpolitischer Dimensionen mit Hilfe analytischer Methoden erfassen und lösen zu können. Nach dem Studium sollen die Graduierten qualifizierte Politikberatung in hochkomplexen Streitfragen der internationalen Umweltpolitik leisten können.

Die American University wird dabei qualifizierte Veranstaltungen in den Bereichen Internationale Beziehungen, Umweltpolitik und Wirtschaftslehre anbieten, wohingegen sich die University of Peace auf Seminarangebote in nachhaltiger Entwicklung, Friedensforschung und Management natürlicher Ressourcen konzentriert. Der Studiengang sieht vor, dass Studierende in diesem Programm das erste und vierte Semester in Washington D.C. und das zweite und dritte in Costa Rica verbringen, wobei nach dem zweiten Semester ein fachbezogenes Praktikum absolviert werden muss.

**Kontaktadressen:** School of International Service American University, 4400 Massachusetts Avenue, NW Washington, D.C., USA, 20016-8071, Tel.: +1-202-885-1617, Fax: +1-202-885-2494, E-Mail: sisunup@american.edu.

Office of the Dean for Academic Administration, University for Peace Apdo, 138-6100 Ciudad Colon, Costa Rica, Tel.: +506-205-9000, Fax: +506-249-1324, E-Mail: admin@upeace.org, www.upeace.org/academic

## **Tagungsberichte**

### **„Frieden ohne Gerechtigkeit? Im Spannungsverhältnis von Menschenrechtsschutz, Entwicklungszusammenarbeit und Ziviler Konfliktbearbeitung“**

*Tagung vom 10. bis 12. Oktober 2003 in der Ev. Akademie Bad Boll, in Kooperation mit dem Forum Menschenrechte, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung sowie Brot für die Welt.*

Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus den Bereichen Menschenrechtsarbeit, Entwicklungszusammenarbeit und Zivile Konfliktbearbeitung sind vielfach in denselben Krisen- und Konfliktgebieten tätig. Über die gegenseitige Wahrnehmung von Unterschieden in der praktischen Vorgehensweise sollte der Weg für eine bessere Kooperation dieser drei Handlungsfelder sichtbar gemacht werden.

Günter E. Thie (Aachen), Berater auf Zeit für Frieden und Zivile Konfliktbearbeitung bei Misereor, zeigte am Freitag Abend in seinem einleitenden Vortrag „Schweigen – Dialog führen – Intervenieren? Bedingungen des Handelns im Konfliktfall“ das (Spannungs-) Verhältnis auf, in dem Menschenrechtsarbeit, Entwicklungszusammenarbeit und Zivile Konfliktbearbeitung gemeinsam agieren. Die jeweils handlungsleitenden Prinzipien der drei Arbeitsfelder führten zu einigen Dilemmata: in der Entwicklungszusammenarbeit ist der Begriff der Entwicklung handlungsleitend, im Rahmen der Zivilen Konfliktbearbeitung die Gewaltfreiheit und innerhalb der Menschenrechtsarbeit die Gerechtigkeit.

Innerhalb des westlichen Menschenrechtsverständnisses sind die Menschenrechte ihrem Selbstverständnis nach universell, unteilbar und nicht verhandelbar. Sie besitzen keine Rangordnung und begründen häufig einen individuellen Rechtsanspruch. Die Menschenrechtsarbeit spricht in der Re-

gel die Öffentlichkeit an: von der Aufklärung über Lobby- und Advocacyarbeit bis hin zur Entschädigung von Opfern.

Die Entwicklungszusammenarbeit folgt dem Leitbild von Frieden, Gerechtigkeit und – soweit christlich motiviert – Bewahrung der Schöpfung. Zu den Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit gehören die Durchsetzung von Grundrechten bzw. Befriedigung von Grundbedürfnissen, die Beseitigung von Gewaltursachen sowie Partizipation und Armutsbekämpfung.

Innerhalb der Zivilen Konfliktbearbeitung steht das Primat der nicht-militärischen, gewaltfreien Transformation gewaltsamer Konflikte an erster Stelle. Die Zivile Konfliktbearbeitung bemüht sich um eine Verhältnismäßigkeit der Mittel und die Schaffung nachhaltiger zivilgesellschaftlicher Strukturen. Dabei ist sie normativ an den Menschenrechten orientiert und verfolgt einen inklusiven Ansatz, der alle Konfliktparteien mit einbezieht.

Treffen in diesen Bereichen wirkende zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort aufeinander ergeben sich bei der Zusammenarbeit eine Reihe „tatsächlicher Dilemmata“ und „scheinbarer Gegensätze“: Während die Menschenrechtsarbeit für ihr Anliegen explizit die Öffentlichkeit sucht, braucht Zivile Konfliktbearbeitung Diskretion; der inklusive Ansatz der Zivilen Konfliktbearbeitung scheint die „TäterInnen“ zu legitimieren und reibt sich so am Verständnis der Menschenrechtsarbeit, die Menschenrechtsverletzungen veröffentlicht und verurteilt sehen möchte; in der Menschenrechtsarbeit wiederum existieren keine Kriterien für eine Prioritätensetzung, in der Entwicklungszusammenarbeit ist aber aufgrund begrenzter Ressourcen stets eine Schwerpunktsetzung notwendig.

Thie wies darauf hin, dass es keine verbindlichen Mindeststandards für die in einer Konfliktregion tätigen AkteurInnen gebe. Als mögliche Bedingungen für ein erfolgreiches gemeinsames Handeln nannte er u.a. die gemeinsame unmittelbare Reaktion auf drohende oder reale Gewalt, eine klare Rollendefinition der AkteurInnen, die Kenntnis aller relevanten Interessen sowie einen „sicheren Raum“ für Verhandlungen.

In der anschließenden Diskussion wurden humanitäre Organisationen als eine vierte Akteursgruppe genannt, die oft viel früher zum Einsatz käme. Ohne sie sei das skizzierte Bild nicht vollständig.

Am Samstag Vormittag erfolgte die Vertiefung des Titelthemas durch drei Beiträge zu den einzelnen Arbeitsfeldern. Martina Fischer (Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung Berlin) benannte mehre-

re Herausforderungen für die Aktivitäten von Menschenrechtsarbeit, Entwicklungszusammenarbeit und ziviler Konfliktbearbeitung: Zunächst thematisierte sie die Frage des Umgangs mit der Vergangenheit, zumal in Gesellschaften, die vom Kriegsgeschehen zerrüttet seien. Friedensfördernde Maßnahmen seien sinnlos, solange die Verantwortlichen weiterleben könnten wie bisher. Darüber bestehe Einigkeit in den verschiedenen NRO, aber die Art, wie dieses Problem bearbeitet würde, sei unterschiedlich: Die Menschenrechtsarbeit strebe eine strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen an, während die Zivile Konfliktbearbeitung versuche, möglichst viele Menschen/Gruppen in ihre Arbeit einzubinden, auch die TäterInnen (z.B. SoldatInnen). Hier wird das herkömmliche Schema von TäterInnen und Opfern durchbrochen, denn oftmals sind z.B. SoldatInnen TäterInnen und Opfer zugleich.

Ein zweiter Aspekt betreffe Anspruch und Wirklichkeit der Implementierung von Friedensabschlüssen, wobei besonders die häufig verzögerte Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen problematisch sei.

„Kein Frieden ohne soziale Gerechtigkeit!“ Diese apodiktische Überzeugung bedeutet für die Entwicklungszusammenarbeit, dass sie bei der Unterstützung der Bedürftigen keine neuen Asymmetrien entstehen lassen dürfe, und für die Zivile Konfliktbearbeitung, dass über die Einbeziehung aller relevanten Gruppen in die Konfliktbearbeitung die Bedürftigen nicht vergessen werden dürften. Abschließend sprach Fischer das Bedingungsverhältnis von Krieg und Armut an und benannte als eine gemeinsame Herausforderung das Ziel, den Menschen ökonomische Perspektiven und psychologische Hilfen an die Hand zu geben.

Barbara Lochbihler (Generalsekretärin der deutschen Sektion von amnesty international, Berlin), sprach über die Situation der Menschenrechte im Allgemeinen und von ai im Besonderen. Wie lässt sich der Gedanke der Menschenrechte in den aktuellen sicherheitspolitischen Kontext, der geprägt ist von zerfallenden Staaten, rechtsfreien Räumen, unterschiedlichen Konflikten und nicht zuletzt dem Anschlag von 11/09 einbinden? Erreichte Standards in der Menschenrechtsarbeit würden zunehmend durch neue Sicherheitsgesetzgebungen unterlaufen. Zwar sei ai nach 42 Jahren des Bestehens fast zu einem Global Player geworden, trotzdem werde der Menschenrechtsarbeit nur ein nachgeordneter Platz eingeräumt: Menschenrechte würden als Legitimationsgrundlage für kriegerische Handlungen missbraucht, und um die Durchsetzung geltender Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen sei es eher schlecht bestellt.

Zwar sei die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes hier zukunftsweisend, da eine einzelne Person sich bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht mehr hinter der häufig bemühten Souveränität eines Staates verstecken könne. Aber viele Staaten – darunter auch die USA – versuchten, den Strafgerichtshof zu bekämpfen.

Lochbihler betonte Anteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte. Im Kalten Krieg sei noch nach bürgerlichen und sozialen („nachrangigen“) Rechten unterschieden worden. Anstatt hier eine Wertung vorzunehmen, sollte der Ansatz sein, soziale bzw. kollektive Rechte individuell einklagbar zu machen. Menschenrechte ließen sich auch nicht geographisch relativieren. Oft werde behauptet, dass in Asien oder islamischen Ländern ein anderes Verständnis von Menschenrechten vorherrsche. Die Menschenrechte seien vielmehr jeder Kultur immanent und hätten einen universellen Charakter.

Abschließend nahm Cornelia Füllkrug-Weitzel (Stuttgart) vor dem Hintergrund der Arbeit von Brot für die Welt (BFDW) zu den Bedingungen und Spannungsmomenten in der Kooperation von Entwicklungszusammenarbeit mit Menschenrechtsarbeit und ziviler Konfliktbearbeitung Stellung. BFDW gewähre einerseits Hilfe für die Zivilgesellschaft und andererseits ermahne es die staatliche Ebene. BFDW werde in seiner Arbeit immer wieder mit Konflikten und Menschenrechtsverletzungen konfrontiert und habe stets über die Integration anderer Ansätze in die eigene Arbeit nachgedacht. Der bedingungslose Einsatz von Menschenrechtsorganisationen für Opfer staatlicher und nichtstaatlicher Gewalt sei seitens der Entwicklungszusammenarbeit vielfach als einseitige Parteinahme hingestellt worden. Mittlerweile aber begreife BFDW seine Arbeit als über die unmittelbare Unterstützung der PartnerInnen vor Ort hinausgehend. Nicht zuletzt stelle sich die Frage, ob die Entwicklungszusammenarbeit zur Lösung von Konflikten beitragen könne, oder ob durch sie wie durch die Menschenrechtsarbeit Konflikte verschärft werden könnten.

Füllkrug-Weitzel verwies darauf, dass in den 1970er Jahren gewalthaltige Mittel zur Durchsetzung gerechterer Verhältnisse als durchaus legitim und geeignet innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert worden seien. Erst mit dem Ende des Kalten Krieges wurde Gewalt zunehmend als Problem definiert. Auch sei die Entwicklungszusammenarbeit nicht auf die Bearbeitung und Analyse von Konflikten vorbereitet. Nichtwissen könne zu einer Eskalation beitragen. Deswegen sei die Zusammenarbeit mit AkteurInnen der Zivilen Konfliktbearbeitung wichtig.

In der anschließenden Diskussion forderte Barbara Lochbihler Mindeststandards für faire Verfahren ein, und Martina Fischer kam noch einmal auf den schnellen Automatismus, Armut führe zu Krieg, zurück. Die Gefahr dieser These liege in der leichtfertigen Annahme, Armutsbekämpfung sei ausreichende Konfliktbearbeitung. Eingefordert wurde zudem mehr Kohärenz der verschiedenen AkteurInnen untereinander, auch wenn es sich dabei häufig um die „gesammelte Erfahrung der Ohnmacht“ (Füllkrug-Weitzel) handele.

Im zweiten Teil der Tagung kamen vier Arbeitsgruppen zusammen, die die Länderbeispiele Tschad, Bosnien-Herzegowina, Guatemala und Sri Lanka diskutierten.

In Tschad und Kamerun ist seit 1997 rund um das Erdölprojekt ein internationales Netzwerk aus Umwelt-, Entwicklungs-, Menschenrechts-, Friedens- und Advocacyorganisationen des aktiv. Spannungsfelder sind in diesem Netzwerk aufgrund unterschiedlicher Ziele und Interessen entstanden: Umweltschutzgruppen strebten danach, das Erdölprojekt zu verhindern, während Entwicklungsgruppen das Projekt unter sozial verträglichen Bedingungen gestaltet sehen wollten. Spannungen erzeugte auch die unterschiedlich ausgeprägte Risikobereitschaft, die bei Menschenrechtsgruppen deutlich höher war.

Gemeinsamkeiten fanden sich im Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem Weltkonzern ESSO. Im Laufe der Zeit entwickelte das Netzwerk aber auch gemeinsame politische Ziele. Als Synergieeffekte wurden der Aufbau persönlicher Beziehungen genannt, das gemeinsame Lernen im Kontext unterschiedlicher Kompetenzen, das Aufsuchen neuer Handlungsoptionen durch die inhaltliche und methodische Breite des Bündnisses sowie das gemeinsame politische Wachsen an der Aufgabe.

Die Erfahrungen in Bosnien-Herzegowina in der Nachkriegszeit zeigen viele gemeinsame Ziele und Projekte der drei Arbeitsfelder. Dazu gehören der Umgang mit der Vergangenheit, die (Wieder-)Herstellung von Identität, Unparteilichkeit, Inklusivität und Bildungsmaßnahmen. Als Spannungsfelder wurden Aspekte identifiziert, die die Arbeit aller drei Bereiche beeinflussen, die sich ihrer Einwirkung jedoch entziehen, wie der Aufbau wirtschaftlicher Strukturen, die Umsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte sowie die Klärung der staatlichen Struktur. Als Erfolge wurden die Eindämmung des Menschenhandels und die Stärkung der Rechte der Frauen genannt.

Zu den Gemeinsamkeiten in der Arbeit der drei Bereiche im Friedensprozess in Guatemala zählte die Arbeitsgruppe die

Aufarbeitung des Bürgerkrieges, individuelle Traumabearbeitung, die Notwendigkeit, dass ein langfristiges Engagement wichtig sei, den Aufbau von Partnerbeziehungen und Vertrauen, aber auch die Erfahrung mangelnder Sicherheit in einem schwachen, von mafiösen Strukturen geprägten Staat. Als Spannungsfelder wurden etwa die Kommunikation zwischen den Gruppen benannt sowie die Frage, wie mit Opfern und TäterInnen umgegangen werden sollte. Unterschiedliche Meinungen herrschten darüber, in welcher Weise die TäterInnen-Seite in die Arbeit einbezogen werden sollte. Als Synergieeffekte und Erfolge galten die Bildung von Netzwerken, die Nutzung von Multi-Track-Ansätzen und das Zusammenspiel der drei Bereiche in ihren jeweiligen Kompetenzen: Aufarbeitung durch Menschenrechtsarbeit, Monitoring durch Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsarbeit, Ausrichtung auf die Zukunft durch Entwicklungszusammenarbeit.

Für die Verwirklichung von Frieden, Menschenrechten und Entwicklung in Sri Lanka nannte die Arbeitsgruppe die Bearbeitung gegenwärtiger Menschenrechtsverletzungen, Monitoring, Wiederaufbau, Rückkehr von Flüchtlingen, die Räumung der Minen, Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und den Dialog zwischen den Parteien. Das Gemeinsame liegt also in der Unterstützung des Friedensprozesses insgesamt. Trennendes wurde bei Problemen um die gerechte Zuteilung von Entwicklungshilfe und die unterschiedliche Bewertung einerseits von bürgerlichen und politischen sowie andererseits wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten genannt. Synergien und gemeinsame Erfolge entstehen offenbar aus der jeweils konkreten Zusammenarbeit heraus. Dabei kommt die erreichte Waffenruhe allen drei Tätigkeitsfeldern zugute.

In der abschließenden Diskussion kam immer wieder zur Sprache, dass das eigentlich Trennende nicht zwischen den zivilgesellschaftlichen Gruppen zu suchen sei, sondern zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen AkteurInnen. Offensichtlich war es allen Arbeitsgruppen schwer gefallen, Trennendes zu formulieren. Zwar würden gewisse Unterschiede wahr genommen, diese führten jedoch nicht zu unüberbrückbaren Gegensätzen, vielmehr müsse

von einer Art Arbeitsteilung ausgegangen werden, da viele Gruppen ohnehin in mehr als einem Bereich tätig seien. Unterschiede seien nicht wirklich trennend, so lange nicht darauf bestanden werde, dass es nur einen richtigen Weg gebe.

Carina Fiebich (FernUniversität Hagen)

**Kontaktadresse:** Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Deutschland, Tel.: +49-7164-79-0, Fax: +49-7164-79-440, E-Mail: info@ev-akademie-boll.de, www.ev-akademie-boll.de

## Die Zukunft des Friedens - Sichtweisen der jüngeren Generation der Friedens- und Konfliktforschung

*Tagung des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim vom 24.-26. Oktober 2003 in der Evangelischen Akademie in Arnoldshain, gefördert von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)*

Was hat die deutsche Friedensforschung zur Zukunft des Friedens zu sagen? Und wie ist es um ihre eigene Zukunft bestellt? Diesen Fragen ging die Tagung „Die Zukunft des Friedens“ in der Evangelischen Akademie Arnoldshain Ende Oktober 2003 in Gesprächen zwischen Friedensforschenden der ersten Stunde und jüngeren WissenschaftlerInnen nach. Mehrere Themen tauchten dabei immer wieder auf - etwa ein Disput, ob die Friedens- und Konfliktforschung eine von Werten geleitete Wissenschaft sei sowie die Frage, ob sie neuerdings auf dem Wege sei, zur Re-Legitimierung von Krieg beizutragen.

Zu Beginn skizzierte Egbert Jahn (Universität Mannheim) die Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland und versuchte, sie mit einem Generationenmodell zu erklären. Danach wurde seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Institutionalisierung der Friedens- und Konfliktforschung von WissenschaftlerInnen getragen,

### Präsenzbibliothek der AFB Jetzt online recherchieren: [www.priub.org](http://www.priub.org)!

**Bestand:** 12.800 Einzeltitel, 440 Zeitschriften/Informationsdienste  
**Zuwachs:** etwa 400 Titel jährlich.  
**Systematik:** Handkatalog mit 145 Schlagworten und EDV-gestützt mit LIDOS 6.0.  
**Öffnung:** Montags bis donnerstags von 8.30 bis 18.15 Uhr, freitags von 8.30 bis 15.15 Uhr.

Bitte den Besuch in der Bibliothek kurz vorher telefonisch anmelden – danke!  
Telefon: +49-228-356032

## Das Internet-Projekt „Raketenabwehr International“ stellt sich vor

*Rüstungskontroll-ExpertInnengemeinde und Diskursgestaltung  
Die Verstetigung des institutionenübergreifenden Internetprojekts*

Leitung: Dr. habil. Bernd W. Kubbig; MitarbeiterInnen: Martina Glebocki, Alexander Wicker, Rachel Adam; Laufzeit: 1.10.2001 – 30.9.2004; Kooperationspartner: Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB), Evangelische Kirchen in Hessen und Nassau (EKHN), Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)

Mit dem von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) geförderten Internet-Projekt ([www.hsfg.de/abm](http://www.hsfg.de/abm)) verfolgt die Koordinationsgruppe Raketenabwehrforschung International das Ziel, die sicherheitspolitische Problematik um das Thema Raketenabwehr für die Medien, für die EntscheidungsträgerInnen in Regierung und Parlament, für die academia sowie für die friedens- und sicherheitspolitische „community“ aufzubereiten. Das politikbegleitende Projekt ist – soweit wir sehen können – zu Zeit das weltweit einzige, das sich beständig nur diesem Thema und den damit verbundenen Aspekten widmet. Der Transfer von Fachwissen schlägt sich zum einen in aktuellen Analysen („Bulletins“) nieder, zum anderen bieten die in Berlin stattfindenden Arbeitskreise ein Forum der Kommunikations- und Meinungsbildung.

Das Politikfeld Raketenabwehr wird momentan hauptsächlich in der Fachpresse thematisiert und hat sich als Querschnittsthema erwiesen, das sich sowohl mit brisanten aktuellen Fragen als auch mit Grundsatzproblemen (etwa der deutschen Außenpolitik oder der amerikanischen Hegemonial-, Weltordnungs- und Regionalpolitik) verbinden lässt. Beispiel hierfür ist die Behandlung der Raketenabwehr im Rahmen des von der DSF geförderten Konferenz-Zyklus '„Brandherd Persischer Golf“ im Reichstag (der Grundlage für den Campus-Band „Brandherd Irak“). Dieses Querschnittspotenzial wollen wir in unseren „Bulletins“, aber auch in den Sitzungen unseres Arbeitskreises dokumentieren.

In den „Bulletins“, von denen bis Ende März 2004 41 Ausgaben im Internet erschienen sind, präsentieren Fachleute auf verständliche Weise wissenschaftliche Ergebnisse in Form von Hintergrundanalysen. Die zuletzt publizierten „Bulletins“ widmen sich z.B. folgenden Themen:

- Patriot-Abwehrraketen und AWACS-Aufklärungsflugzeuge für Israel sowie die Türkei: Die deutsche Diskussion im Kontext des Irakkrieges
- Partnerschaft oder Widerstand? Russlands Raketenabwehrpolitik seit dem 11. September

- Kann eine zerstrittene US-Regierung ein nuklear bewaffnetes Nordkorea noch verhindern?

Gleichzeitig haben wir einige der „Bulletins“, die sich mit der Situation in Asien befassen, in einem Schwerpunktheft „Achsen und Allianzen – Konfliktstoff Raketenabwehr in Asien“ der Zeitschrift „asien afrika lateinamerika“ (Vol. 30, Nr. 6, Dezember 2002) herausgegeben. Gegenwärtig bereiten wir weitere „Bulletins“ mit Beiträgen von Fachleuten aus mehreren Ländern vor, die zu einem Schwerpunktband mit dem Titel „Democracies and Defenses. How and Why Democratic Countries Differ in their Assessment of Missile Defense as a Response to Weapons of Mass Destruction (WMD)“ gebündelt werden sollen. Zentrale Fragen dieses komparativen Vorhabens sind: Warum sind die USA mit einem derzeitigen Haushalt von über 8 Mrd. Dollar weltweit der große Antreiber von Raketenabwehrprojekten? Warum baut Israel seine Kapazitäten auf diesem Gebiet beständig aus und aus welchem Grund ist derzeit in Japan eine verstärkte Tendenz zur Ausweitung eines Raketenabwehrsystems zu verzeichnen? Für Deutschland stehen wichtige Entscheidungen an: Wie soll es mit dem MEADS-Abwehrprogramm\* in welcher finanziellen Größenordnung weitergehen? Welche Verpflichtungen soll die Bundesregierung im Rahmen der laufenden NATO-Studien zur Abwehr eingehen? Auch mit diesen inhaltlich fokussierten Hintergrundanalysen wollen wir unsere Zielgruppe aus erster Hand prägnant und verlässlich informieren – und mögliche Erklärungen für die Raketenabwehrpolitik in verschiedenen Demokratien anbieten.

Erfreulich im Sinne der Nachwuchsförderung ist, dass es uns möglich ist, eine Reihe von sehr guten Seminar-, Magister- und Diplom-Examensarbeiten unter der Rubrik „Uni-Forum“ zu veröffentlichen. Das Internet-Projekt hat sich für junge WissenschaftlerInnen darüber hinaus als willkommene Möglichkeit erwiesen, sich untereinander zu vernetzen. In einer weiteren Rubrik – „Hintergrund“ – haben wir die wichtigsten Dokumente zusammengestellt.

Das DSF-Projekt mit den Sitzungen des Arbeitskreises Raketenabwehr setzt seinen Schwerpunkt momentan auf das Thema „Coping with Regional Conflicts and Global Proliferation Risks“. Diese eintägigen Konferenzen, die meistens in der Vertretung des Landes Hessen beim Bund stattfinden, haben sich inzwischen etabliert und sind zu einer festen Größe der landesweiten Friedensforschung in der Hauptstadt geworden. Unsere HSFK-Projektgruppe hat sich dadurch auch zu einem Koordinationsfaktor der einschlägigen Expertise aus

dem gesamten Bundesgebiet entwickelt. Der Kreis der rund 50 regelmäßig Teilnehmenden umfasst EntscheidungsträgerInnen, JournalistInnen, Studierende und Fachleute aus den einschlägigen Instituten. Wie wir aus Gesprächen wissen, schätzen es die TeilnehmerInnen bei Meinungsbildung und Entscheidungsfindung mit Pro- und Kontra-Positionen konfrontiert zu werden. Insgesamt sind wir sicherlich einer der Hauptadressaten für themenbezogene Anfragen im In- und Ausland. Die Koordinationsgruppe ist zudem international auf den einschlägigen Konferenzen vertreten.

Der Höhepunkt unserer projektbezogenen Aktivitäten mit einem enormen Ausbaupotential ist das kürzlich begonnene Fachgespräch mit iranischen Kollegen. Am 5. März 2004 fand streng vertraulich das erste „Dialogue Forum of Iranian and German Experts“ in Berlin statt. Dieses Wissenschaftsforum soll im Herbst in Teheran fortgesetzt werden. Aus dem Kontakt mit unseren iranischen Kollegen ergeben sich neue konzeptionelle Herausforderungen. Sie betreffen die Rolle Europas im Schnittpunkt einer offensiven amerikanischen Demokratisierungs- und Raketenabwehrpolitik, die Suche nach einem eigenen europäischen Profil und die Dringlichkeit neuer Ansätze (Stichwort: Raketenfreie Zone im Nahen Osten/in der Persischen Golf-Region). Die normative Prämisse der Devise „Diplomatie Zuerst!“, die unser gesamtes Projekt anleitet, könnte hier erneut zum Tragen kommen.

Wer in einem politikbegleitenden Projekt mit einer Laufzeit von zwei Jahren die Hauptthematik gewinnbringend und zielgruppenadäquat bearbeiten will, muss im vorgegebenen Projektrahmen innovativ und flexibel sein. Das gilt sowohl für die „Bulletins“ als auch für die Arbeitskreissitzungen. Eine weitere Finanzierung vorausgesetzt, würde die Koordinationsgruppe Raketenabwehr International weiterhin gern dazu beitragen, dass die deutsche Friedensforschung in Berlin sichtbar präsent sowie durch Analysen und durch Kommunikation und Vernetzung in politisch brisanten Politikfeldern innovativ tätig ist.

*Bernd W. Kubbig (Frankfurt)*

**Kontaktadresse:** Raketenabwehrforschung International, c/o Dr. habil. Bernd W. Kubbig, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Deutschland, Tel.: +49-69-959-104-36, Fax: +49-69-558-481, E-Mail: [kubbig@hsfg.de](mailto:kubbig@hsfg.de), [www.hsfg.de/abm](http://www.hsfg.de/abm)

\* *Medium Extended Air Defense System (MEADS)*

die bereits an einer Universität etabliert waren; von ihren Mitarbeitenden, die sich damit etablierten sowie von einem publizistischen Umfeld. Es folgte eine Generation von Forschenden, die auf den Markt drängten, als bereits die meisten Professuren besetzt waren. Jahn räumte ein, dass sich in jeder dieser Generationen Menschen verschiedenen Alters fänden und später keine klaren Gruppen mehr erkennbar seien. Er griff deshalb auf einen gesellschaftspolitischen Generationen-Begriff zurück, wonach Grundfragen und Ansätze des Denkens durch einschneidende Erfahrungen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren geprägt würden. So habe die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs die ersten FriedensforscherInnen zur Konzentration auf zwischenstaatliche Kriege und Atomwaffen geführt. Die Kuba-Krise, die Entspannung und Reformaufbrüche in Deutschland hätten dann die nächste Generation zu Arbeiten über Bürgerkriege, die Dritte Welt und strukturelle Gewalt veranlasst und so zur Spaltung in herkömmliche und „kritische“ Friedens- und Konfliktforschung geführt. Der Gegensatz sei inzwischen abgeschliffen, die „kritische“ Richtung in akademische Institutionen integriert - auch infolge der Nachrüstungsdebatte mit ihren die Parteilager übergreifenden Debatten.

Jahn schloss mit zwei Beobachtungen über die gegenwärtige Friedensforschung: Zum einen seien jüngere ForscherInnen mehrheitlich wenig interessiert an einer theoretischen Klärung des Friedensbegriffs und an großen Debatten über mögliche Wege zum Weltfrieden. Zum anderen habe sich der Ansatz in der Friedens- und Konfliktforschung von einer Verurteilung von Gewalt abgewandt in Richtung auf neue Rechtfertigungen militärischer Interventionen; hier klang die Frage der Wertbindung schon an. Jahns erste Beobachtung bestätigten Astrid Sahn (Universität Mannheim) und Sabine Fischer (FU Berlin) auf der Grundlage einer Erhebung in der Friedensforschung: Die neue Generation der dort Tätigen sei eher pragmatisch und identifiziere sich stärker mit ihrem akademischen Fach als mit dem Anspruch einer fächerübergreifenden Friedenswissenschaft. Der weitere Verlauf der Tagung weckte an der ersten Beobachtung jedoch Zweifel: Ein Mangel an Philosophie war nicht zu bemerken, eher schon ein zeitweiliger Verlust an Bodenhaftung.

Jahns Versuch, Veränderungen in der Friedens- und Konfliktforschung unter Bezug auf Forschungs-Generationen zu erklären, rief mehrere Einwände hervor. So betonte Christoph Weller (Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg), dass damit die Rolle akademischer Schulen unterschätzt werde; an welcher Universität jemand studiert habe, sei im Zweifelsfall wichtiger als sein oder ihr Alter. Weller und Harald Müller

(Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSKF, Universität Frankfurt) nannten zudem eine Reihe prägender Erfahrungen, die Jahn nicht berücksichtigt habe - etwa den Vietnamkrieg, den Auschwitz-Prozess und die Nachrüstungs-Debatte. Ulrich Schnecker (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) fügte noch den Bosnien-Krieg an. Wenn aber die Liste immer länger wird, taugt sie dann noch zur Abgrenzungen von gemeinsamen „Generationen“?

### **Streit um die Wertbindung der Wissenschaft**

Das Podium unter Wellers Leitung legte dann den Disput um die Normbindung der Friedens- und Konfliktforschung offen. Soll sie sich auf ein Leitbild von Frieden oder Gewaltvermeidung beziehen? Laut Weller sei das nicht nur unnötig, sondern führe zu Vorurteilen und blinden Flecken in der Forschung. Weller geht mit einem konstruktivistischen Ansatz an den Begriff „Gewalt“ heran. Danach wird die Frage, was legitimer Zwang und was dagegen illegitime Gewalt ist, jeweils in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beantwortet; ein neutrales, rein wissenschaftliches Urteil darüber sei nicht möglich. Dennoch setze die Friedensforschung, so kritisierte er in seinem Papier für die Tagung, zu meist stillschweigend eine solche Unterscheidung voraus und legitimiere damit bestimmte Formen von Gewalt - schon wenn sie die ordnende Rolle von Staaten und damit das innerstaatliche Gewaltmonopol akzeptiere. Weller plädierte dafür, statt dessen ohne normative Vorurteile die Legitimierungsprozesse von Gewalt zu beschreiben. Zu einem ähnlichen Schluss kam Thorsten Bonacker (Universität Marburg) aufgrund von Überlegungen zur destruktiven Eigendynamik von Gewalt.

Hier zeigte sich im Verlauf der Tagung tatsächlich ein Generationenkonflikt zwischen älteren Forschenden und einem Teil der jüngeren: Etablierte Vertreter der Friedens- und Konfliktforschung wie Egbert Jahn, Lothar Brock, Volker Matthies und Harald Müller erklärten, die Wertbindung dieser Wissenschaft sei für sie eine Selbstverständlichkeit. Auch ein Teil der Jüngeren verteidigte diesen normativen Ansatz.

Der Gegensatz ist teilweise eine Frage der Akzentsetzung und im akademischen Betrieb begründet: Die erste Generation, erklärte Jahn, habe Friedensforschung nicht als Fach mit eigenem Gegenstand begriffen, sondern als eine am Frieden orientierte, normative Herangehensweise in sämtlichen Wissenschaften. Institutionalisiert wurde sie jedoch im Rahmen einzelner Fächer, überwiegend in der Politikwissenschaft. Dort seien Werte kein anerkanntes wissenschaft-

liches Argument; wer sich in der akademischen Konkurrenz erst noch behaupten wolle, müsse mit normativen Argumenten vorsichtig sein. Dies bestätigten die Berichte von Tanja Brühl (Universität Frankfurt) und Peter Imbusch (Universität Marburg) über die Einrichtung von entsprechenden Nebenfach- oder Aufbaustudiengängen an mehreren deutschen Universitäten: Hierzu muss man Friedens- und Konfliktforschung als Fach mit eigenem Gegenstand und eigenen Methoden darstellen, nicht als eine von einer Normorientierung zusammen gehaltene Vielfalt.

### **Ist eine nicht normgeleitete Friedensforschung möglich?**

Die VerteidigerInnen der Wertbindung wollen auch nicht das Bekenntnis zu bestimmten Werten oder einen bestimmten Begriff von Gewalt und Frieden zur Eintrittsvoraussetzung in die Friedens- und Konfliktforschung machen. Wie Weller lehnte zum Beispiel auch Harald Müller das Konzept der „strukturellen Gewalt“ als uferlose Ausweitung des Begriffs ab. Wohl aber gehöre für sie die Auseinandersetzung mit Wertfragen zum Kern der Friedensforschung. Hier scheine der Dissens zu liegen: Weller und Bonacker bestritten zwar nicht, dass sie als Bürger Werturteile fällten, wohl aber, dass sie dies als Wissenschaftler und in ihrer Forschung täten. Dagegen brachte unter anderem Egbert Jahn vor, dass eine wertfreie Friedensforschung nicht möglich sei. Schon die Frage, was untersucht werde, und der Blick auf den Gegenstand - ob man zum Beispiel bei der Analyse eines Krieges die Machtverschiebungen oder das Leiden der Opfer in den Blick nehme -, sei von Vorannahmen geprägt, und ohne die Hypothese, dass es eine Alternative zu Krieg und Gewalt gibt, gebe es gar keine Friedensforschung. Die Fähigkeit, fundierte Wertentscheidungen zu fällen, gehöre deshalb zur Fachkompetenz, erklärte Christoph Humrich (Universität Mannheim).

Hermann Düringer, Leiter der Evangelischen Akademie Arnoldshain, versuchte zu vermitteln: Auch wenn es unmöglich sei, eine für alle verbindliche Norm zu bestimmen, könne man doch von einer gemeinsamen Schnittmenge, von einem Minimum an geteilten Werten ausgehen: „Wenn die Bundeswehr sagen würde: ‚Wir wollen wieder Krieg, da wird doch der Mann zum Mann‘, dann könnte die Friedens- und Konfliktforschung das wohl kaum akzeptieren.“ Auf die pragmatische Lösung, die Begriffe zu hinterfragen, trotzdem aber vom Kern an gemeinsamen Normen auszugehen, konnte die Tagung sich jedoch nicht verständigen. Statt dessen führte sie, wie jemand auf dem Flur kommentierte, „eine sehr deutsche Debatte“.

Sie schien auch deshalb etwas künstlich, weil auch die VerteidigerInnen einer Normbindung nicht gesinnungsethisch, sondern verantwortungsethisch argumentierten. Der Bezug auf Werte bedeute keine prinzipielle Ablehnung militärischer Gewalt; deren Einsatz - dies war in Arnoldshain weithin Konsens - müsse vielmehr im Einzelfall abgewogen werden.

## **Die Rückkehr des „gerechtfertigten“ Krieges**

Mit Kriterien dafür befasste sich das Podium zum neuen „Interventionismus“. Peter Mayer (Universität Tübingen) plädierte dafür, die Lehre vom gerechten - oder heute besser: gerechtfertigten - Krieg ernster zu nehmen als üblich. Dagegen warnte Gertrud Brücher (Universität Marburg), die Verregelung der Ausnahme, nämlich Krieg, drohe ihn zur Regel zu machen. Und Andreas Herberg-Rothe (Humboldt-Universität Berlin) wandte ein, dass kein Krieg je sämtliche angegebenen Kriterien für einen „gerechten“ Waffengang erfüllt habe. Er zog daraus den Schluss, die Lehre diene der Legitimierung ungerechter Kriege. Ulrich Schneckener zog den entgegen gesetzten Schluss: Die Lehre sei als Urteilsgrundlage für politische EntscheidungsträgerInnen nicht handhabbar, weil diese niemals die Folgen ihrer Entscheidungen für oder gegen einen Militäreinsatz vollständig absähen und daher vorher gar nicht wissen könnten, ob alle Kriterien erfüllt seien. Er fragte daher, welche Kriterien Vorrang haben sollten. Als Ergebnis der Debatte kann man festhalten: Einerseits dient die Lehre vom gerechten Krieg sowohl der Eingrenzung wie der Rechtfertigung von Kriegen; andererseits müssen aber auch KriegsgegnerInnen für ihr Urteil über einen Krieg auf Kriterien zurückgreifen, die dieser Lehre meist stark ähneln, so dass es nicht einfach ist, sie zu verwerfen.

Der Frage, wie man die jüngsten militärischen Interventionen beurteilen solle, versuchte sich das Podium dann mit Hilfe von philosophischen und völkerrechtlichen Grundsatzdebatten zu nähern. Sehr nahe kam man dem Problem auf diese Weise nicht. Statt Folgen und Alternativen von Interventionen an Einzelfällen abzuwägen, wurde am Ende darüber gestritten, ob Habermas in seiner Rechtfertigung des Kosovo-Krieges Hegel richtig verstanden habe. Große Teile des Publikums mochten dem nicht folgen; auf den Gängen war hinterher von „intellektuellen Glasperlenspielen“ die Rede.

## **Wie neu sind die neuen Kriege?**

Mehr Klärung brachten die Podien zum neuen internationalen System und zu „neuen“

Kriegen. Niemand teilte die These etwa von Herfried Münkler, dass „neue“ Kriege von entstaatlichter Gewalt geprägt seien und heute die größte Bedrohung des Friedens darstellten. Zwar stimme es laut Harald Müller und Lothar Brock, dass Kriegswirtschaften in manchen Konflikten eine Eigendynamik angenommen hätten und in einigen armen Ländern den Verlauf von Kriegen mit bestimmten. Doch in Arnoldshain bestand Einigkeit, dass dies allenfalls ein Viertel des Kriegsgeschehens in der Welt betrifft und nicht bedeutet, dass das Problem der klassischen Kriege erledigt wäre. Dietrich Jung (Copenhagen Peace Research Institute) warnte zudem davor, „neue“ Kriege als bloß wirtschaftlich oder kriminell motivierte Gewaltausbrüche aufzufassen und ihnen den politischen Charakter abzusprechen. Erstens sei selten klar, ob solche Kriege Staatszerfallsprozesse anzeigen oder nicht vielmehr Staatsbildungsprozesse, die unter anderen Bedingungen stattfinden müssen als historisch in Europa – nämlich in postkolonialen Gesellschaften, die Teil eines bereits gefestigten Staatensystems sind. Und zweitens führe die Einordnung einer Kriegspartei als Terror- oder Verbrecherbande dazu, dass man sich von vornherein weigere, mögliche politische Anliegen zur Kenntnis zu nehmen. Die Suche nach politischen Lösungen gerate dann völlig aus dem Blick.

Eine weitere Kritik formulierte Peter Kreuzer (HSFK): Die Friedensforschung betrachte Bürgerkriege im Süden vorwiegend unter dem Gesichtspunkt, welche Bedrohung für den Norden und die internationale Ordnung davon ausgehe - sozusagen von oben. Der Eindruck von chaotischer Gewalt sei zum Teil diesem Blick geschuldet; die Betroffenen nähmen den Krieg in ihrem Land unter Umständen ganz anders wahr. Er plädierte dafür, stärker die Perspektive „von unten“ einzunehmen und zu untersuchen, wie die jeweiligen Kulturen und politischen Systeme Gewalt wahrnehmen, legitimieren und mehr oder weniger erfolgreich einhegen. Wenn man angepasste Wege zur Beilegung bestimmter Bürgerkriege suche, sei dieser Ansatz geeigneter.

Zurückgewiesen wurde auch die Vorstellung, dass „neue“ Kriege das internationale System wesentlich strukturierten. Schneckener unterschied idealtypisch drei Welten, in denen jeweils verschiedene Handlungslogiken für Krieg und Frieden gelten: das klassische westfälische Staatensystem mit der Gewaltform Staatenkrieg; eine post-westfälische Welt, in der die Sicherheitspolitik internationalisiert wird, mit der Gewaltform humanitäre Interventionen; und schließlich die prä-westfälische Welt der „neuen“ Kriege. Hier liegt für ihn die Aufgabe im Aufbau funktionierender Staaten. Hans-Joachim Spanger (HSFK) wandte allerdings ein, dass die OECD-Welt, bevor sie diese Aufgabe angehe, erst einmal fragen müsse, was sie denn selbst zum Staatszerfall in armen Ländern beigetragen habe. Der Trend

zu humanitären Interventionen im Süden erinnere ihn an Neo-Kolonialismus - bis hin zu seiner zivilisatorischen Legitimation.

Umstritten blieb, ob sich der Staat als bestimmender Akteur des internationalen Systems im Niedergang befinde. Lothar Brock betonte, die Globalisierung habe zwar Grenzen relativiert, doch dem stehe der Versuch führender Staaten gegenüber, neue Grenzen zu ziehen und alte wieder zu befestigen. Den irrigen Eindruck, dass der Staat an Bedeutung verliere, erklärte Ulrich Teusch (Universität Trier) mit dem Rückzug des Wohlfahrtsstaates, während die sicherheitspolitische Rolle der Staaten eher wachse. Und selbst einen generellen Rückzug des Wohlfahrtsstaates, gemessen am Abbau der Staatsquote, konnte Spanger in den Industrieländern nicht erkennen.

## **Der Abschied vom Staat ist aus der Mode**

Die Minderheitenmeinung fand sich in einem Papier von Bernhard Zangl (Universität Bremen), der nicht selbst nach Arnoldshain kommen konnte. Er deutet den Krieg der USA gegen den Irak als Zeichen dafür, dass Entscheidungen über Krieg und Frieden inzwischen von der internationalen Öffentlichkeit wesentlich beeinflusst würden. Das bestritt unter anderem Harald Müller: Die USA hätten die Entscheidung für den Krieg allein getroffen; dass sie dann internationalen Rückhalt suchten, sei nichts Neues gewesen; und die Politik sei zur Zeit des Kalten Krieges innerhalb der beiden Blöcke stärker transnationalisiert gewesen als heute. Egbert Jahn betonte, selbst wenn Staaten nicht mehr allein handeln könnten, sei das kein Zeichen von Entstaatlichung, sondern vielmehr von „koordinierter Staatlichkeit“.

Auf einem weiteren Podium wurde die Theorie kritisch geprüft, wonach Demokratien wenig geneigt sind, untereinander Krieg zu führen. Gegen die statistische Methode, auf der diese Theorie vom demokratischen Frieden beruht, brachte Heidrun Zinnecker (HSFK) eine Reihe von Einwänden vor - etwa an den Kriterien für den Begriff „Demokratie“ und an der Ausblendung anderer Faktoren als der Regierungsform. Qualitative Fallstudien seien aussagekräftiger. Margit Bussmann (Universität Konstanz) räumte Mängel in der Datengrundlage ein, verteidigte aber die quantitative Methode im Grundsatz. Sie berichtete über einen Versuch, die demokratische Umgebung der Staaten als zusätzliche Variable einzuführen; das führe zu dem Ergebnis, dass die Aussagekraft der Variable „demokratische Regierungsform“ für die Kriegsneigung in der Tat abnehme.

Insgesamt, so bemerkte Schneckener, ist in der FKF der Abschied vom Staat aus der Mode. Die Rolle der USA erfährt

seit den Kriegen im Kosovo und nun im Irak wieder mehr Aufmerksamkeit. Und die Skepsis gegenüber militärischen Interventionen, so schien es in Arnoldshain, ist gewachsen. Dietrich Jung will zwar solche Interventionen nicht grundsätzlich ausschließen. Doch er sah das Problem darin, dass militärische Ansätze in der Politik ein Übergewicht haben. Die FKG gerate daher unter den Primat des Sicherheitsdenkens: Sie werde zunehmend gedrängt, die Frage, wie der Einsatz von Gewalt vermieden werden könne, durch die Frage zu ersetzen, welche Gefahren uns drohten und wie sie auch militärisch abgewehrt werden könnten.

Die Eingliederung seines Copenhagen Peace Research Institute in ein größeres außenpolitisches Institut führte Jung als Beispiel dafür an. Volker Matthies (Universität Hamburg) bestätigte diesen Druck, mehr klassische Sicherheitsforschung betreiben zu sollen, für die Führungsakademie der Bundeswehr. Für beide rühre das an die Grundfesten der Friedens- und Konfliktforschung. Vor diesem Hintergrund erscheint die Debatte über die Wertbindung noch in einem anderen Licht: Die Erfahrung, dass der ursprüngliche Impuls der Gewaltkritik politisch weniger gefragt ist, mag ein Grund dafür sein, dass manche Friedensforscherinnen und -forscher gerade jetzt auf diesen Impuls pochen.

*Bernd Ludermann (Hamburg)*

**Kontaktadresse:** Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Prof. Dr. Egbert Jahn, Seminargebäude A 5, 68131 Mannheim, Tel.: +49-621-181-2088, Fax: +49-621-181-2087, E-Mail: lsjahn@sowi.uni-mannheim.de, www.sowi.uni-mannheim.de/lehrstuehle/lspolzg

## Friedentheorie – Orientierungen für Friedenspolitik und Friedensarbeit

*Tagung der Evangelischen Akademie Loccum in Kooperation mit dem Arbeitskreis „Friedentheorie“ der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK) vom 12. bis 14. Dezember 2003*

Als Grundlage dieser Tagung diente den rund 90 TeilnehmerInnen die Tätigkeit des Arbeitskreises „Theorie“ der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK), der sich in den vergangenen Jahren in mehreren Workshops mit Grundlagen und Veränderungen der Friedentheorie beschäftigt hatte.

## Nachwuchspreis der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) Christiane-Rajewsky-Preis

Der AFK-Nachwuchspreis wird an NachwuchswissenschaftlerInnen oder Initiativen von NachwuchswissenschaftlerInnen vergeben, die einen herausragenden Beitrag zur Friedens- und Konfliktforschung verfasst haben. Der Preis ist dem Andenken an die verstorbene Christiane Rajewsky gewidmet, die sich als Professorin für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Düsseldorf in besonderer Weise um die Nachwuchsförderung verdient gemacht hat. Der Christiane-Rajewsky-Preis wird seit 1993 vergeben. Die Preissumme beträgt 500 €. Die preisgekrönte Arbeit wird in Form eines Aufsatzes veröffentlicht.

Die Preisverleihung findet im Rahmen des Jahreskolloquiums der AFK im Februar eines jeden Jahres statt.

In Betracht kommen für die Friedens- und Konfliktforschung einschlägige, in der Regel schriftliche Arbeiten, die eines der folgenden Kriterien erfüllen:

- besondere Forschungsleistungen, z.B. Examensarbeiten, Dissertationen und mediale Produktionen;
- besondere Leistungen in der Vermittlung der Friedens- und Konfliktforschung in Lehre, Gesellschaft und Politik;
- herausragende Leistungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für die Friedens- und Konfliktforschung.
- die VerfasserInnen sollten möglichst nicht älter als 35 Jahre sein.

Einsendeschluss für Bewerbungen um den Preis ist alljährlich jeweils der **1. November.**

Bewerbungen sind an die Vorsitzende der Jury zu richten (siehe unten).

**Kontaktadresse:** Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Institut für Politikwissenschaft, Universität Gießen, Karl-Gloekner-Str.21/E, 35394 Gießen, Deutschland, Tel.: +49-641-9923112, Fax: +49-641-9923119, E-Mail: Hanne.Birckenbach@sowi.uni-giessen.de, www.uni-giessen.de

Vorrangig war dabei die Frage, welche theoretischen Orientierungen die Friedentheorie vor dem Hintergrund sich rasch wandelnder politischer und sozialer Wirklichkeiten bereitstellen und welchen Einfluss sie damit auf Friedenspolitik und Friedensarbeit ausüben kann. Christoph Weller (Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg), Mitglied im Arbeitskreis und zusammen mit Jörg Calließ (Evangelische Akademie Loccum) Tagungsleiter, bezeichnete daher auch in seiner Begrüßung der anwesenden TheoretikerInnen und PraktikerInnen die Ergebnisse als „Angebote für die aktuelle Friedenspolitik und Orientierungen für WissenschaftlerInnen wie PraktikerInnen“.

In seinem Einleitungsreferat „Was ist und zu welchem Ende betreiben wir Friedentheorie?“ verdeutlichte Hajo Schmidt (FernUniversität Hagen) für den Arbeitskreis grundlegende Fragestellungen und Aufgaben der Friedentheorie. Die Theorie diene in diesem Zusammenhang als „Denkraum aller auf friedenswissenschaftliche Überlegungen gerichtete Reflexionen“. Die drei wichtigsten Aufgaben

seien demnach: (1) Klärung von Grundbegriffen und Leitfragen aktueller Friedensforschung (Definition von Frieden, Gewaltbegriff, Veränderungen); (2) Beschäftigung mit Großtheorien (empirische Tragfähigkeit, Neuorientierung, Selbstreflexion sowie (3) Überlegungen zur Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie (Perspektiven und Konzepte).

Darüber hinaus mahnte Schmidt die Einbeziehung normativ-ethischer Aspekte an, ohne die eine Theorie des Friedens nicht auskommen könne. So müsse beispielsweise die Frage nach Gerechtigkeit stets neu beantwortet werden. Zugleich machte er damit deutlich, dass die Theoriebildung eine beständige Aufgabe sei und Widersprüche zwischen normativen Ansprüchen und praktischem Handeln als Anreiz zur Weiterentwicklung verstanden werden müssten. Die Anschluss- und Bereicherungsfähigkeit der Friedentheorie sei daher von hervorragender Bedeutung.

Die folgende Diskussionsrunde unter dem Titel „Hoffnungen auf das Ende der Gewaltgeschichte - Friedenstheoretische

Grundlegungen für die Wahrnehmung und Bewältigung von Gewalt“ war durch das Bemühen gekennzeichnet, ein genaueres Verständnis vom Wesen des Friedens zu erlangen. Christopher Daase (Universität Kent/Brüssel) verwies darauf, dass das Wissen über den Krieg unabdingbar sei, um dem Frieden näher zu kommen. Dies sei jedoch in der Friedensforschung weitgehend Stückwerk geblieben. Gerade der Wandel von Kriegen erfordere eine fundiertere Forschung. Wenn dabei viele Theorien auch Hoffnung auf ein Ende von Krieg und Gewalt machten, so sei die Überwindung des Krieges eher unwahrscheinlich. Denn selbst eine intensiviertere Beschäftigung mit Kriegs- und Konfliktmustern könne die Eigendynamik und die vielfältigen Faktoren von Gewalt nicht angemessen erfassen. Daase

wies einen Weg, dieser Komplexität besser zu begegnen, indem er ein verstärktes interdisziplinäres Vorgehen der Friedensforschung einforderte.

In ähnlicher Weise argumentierte Sven Chojnacki (Wissenschaftszentrum Berlin), der von der Friedens- und Konfliktforschung eine Klärung ihrer theoretischen Grundlagen einforderte, da ihre Analysen und Konzepte, etwa der „neuen“ Kriege, oftmals sehr beliebig seien. Gerade anhand dieses Beispiels lasse sich die Bedeutung der Klärung methodologischer Grundfragen für die Analyse von Konflikten aufzeigen. Chojnacki warnte zudem vor der Überstrapazierung des Neuen, denn letztlich sei der Wandel nichts Ungewöhnliches, sondern an die sozialen, gesellschaftlichen, politischen

und kulturellen Strukturumbrüche rückgebunden, mithin sei also eine theoretische Fixierung unmöglich.

Die enorme Vielfalt möglicher Deutungsmuster wurde im weiteren Verlauf in den Ausführungen von Michael Haspel (Universität Marburg) aus friedensethischer und Ruth Seifert (Fachhochschule Regensburg) aus Gender-theoretischer Perspektive deutlich. Haspel betonte, dass mittlerweile die Kriegführung für Demokratien unter erheblichem Aufwand gerechtfertigt werden müsse und somit zunehmend ethische Fragen in den Mittelpunkt rückten. Gleichzeitig gelte es, neue (z.B. technische) Entwicklungen, Völkerrechtsfragen, Fragen nach Legitimität oder strukturellen Kriegsgründen in Form theoretischer Diskurse zu verarbeiten, ohne

## Publikationen des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Marita Körner: Das internationale Menschenrecht auf Arbeit. Völkerrechtliche Anforderungen an Deutschland. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2004. 62 S. (Studie)

Jakob Schneider: Die Justiziabilität wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2004, 43 S.

Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft. Aus dem Russ. von Andrea Gotzes. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 239 S.

Anna Würth: Dialog mit dem Islam als Konfliktprävention? Zur Menschenrechtspolitik gegenüber islamisch geprägten Staaten. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 71 S. (Studie) (Auch als pdf-file auf der Website des Instituts abrufbar)

David Nii Addy: Diskriminierung und Rassismus. Internationale Verpflichtungen und nationale Herausforderungen für die Menschenrechtsarbeit in Deutschland. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 75 S. (Studie)

Wolfgang S. Heinz, Stephanie Schlitt, Anna Würth: Internationale Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte (Oktober 2001 – April 2003). Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 67 S. (Studie)

Anja Mihr: Die deutsche Menschenrechts-Berichterstattung gegenüber den Vereinten Nationen (während der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags). Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 31 S.

Anja Mihr: Die Berichterstattung zu Deutschland in Europäischen Menschenrechtsinstitutionen. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 22 S.

Petra Follmar-Otto, Hendrik Cremer: Das neue Zusatzprotokoll zur UN-Anti-Folter-Konvention. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2004. 10 S. (Policy Paper 2)

Menschenrechtsschutz Vereinte Nationen. Individualbeschwerdeverfahren. (Übersetzung einer Publikation des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, Genf: "Human Rights Fact Sheet No.7: Complaint procedures", 2002). Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 39 S.

Jakob Schneider: Die Justiziabilität wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2004. 43 S. (Studie)

**Auf der Website [www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de):**

Frauke Weber: Ein Nationaler Aktionsplan für Menschenrechte in Deutschland? Erfahrungen mit bereits existierenden Menschenrechtsplänen und Empfehlungen für die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans für Menschenrechte in Deutschland. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 44 S.

Petra Follmar, Wolfgang S. Heinz, Benjamin Schulz: Zur aktuellen Folterdebatte in Deutschland. Beiträge des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 11 S. (Policy Paper 1)

Claudia Lohrenscheit, Nils Rosemann: Perspektiven entwickeln – Menschenrechtsbildung in Deutschland. Zusammenfassung der Ergebnisse zur Bestandsaufnahme und Positionsbestimmung des Deutschen Instituts für Menschenrechte (Februar 2003). 17 S.

Report on the International Seminar: "The proposal for an Optional Protocol to the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, Berlin 30./31. January 2003. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 20 S.

The optional protocol to CEDAW: International Training Seminar for NGOs and women's rights activists. Seminar Documentation, Berlin, 13-15 March 2003. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 28 S.

Menschenrechtsinstrumente: Für Frauen nutzen. Konferenzdokumentation, Abgeordnetenhaus Berlin, 13. Dezember 2002. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 36 S.

Menschenrechtliche Erfordernisse bei der Bekämpfung des Terrorismus. Bericht und Beiträge zu einem Arbeitsgespräch am 19. April 2002 im Französischen Dom/Berlin-Mitte. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2002. 42 S.

**Kontaktadresse:** Deutsches Institut für Menschenrechte Zimmerstr. 26/27, 10969 Berlin, Deutschland, Tel.: +49-30-259-359-0, E-Mail: [info@institut-fuer-menschenrechte.de](mailto:info@institut-fuer-menschenrechte.de), [www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)



dabei jedoch die Interdependenz verschiedenster Faktoren aus dem Blick zu verlieren und die Wirklichkeit zu zerstückeln. Vor diesem Hintergrund könne die Friedendstheorie (und die Friedendsethik als ihr Bestandteil) einen systematischen Rahmen abgeben.

Ein Teilstück dieser Außenbegrenzung wurde von Ruth Seifert erläutert, die jedoch betonte, dass die Gender-Perspektive quer zu den bis dahin dargelegten Konzepten liege. Geschlechterstrukturen könnten auslösender oder verstärkender Faktor bei kriegerischen Auseinandersetzungen sein, wie etwa im ehemaligen Jugoslawien. Geschlechterkonzepte könnten Ungleichheiten verstärken, würden für und durch den Krieg missbraucht und führten zu Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Sie seien aber letztendlich keine ausschließlichen Kriterien, sondern nur ein Bestandteil komplexer Prozesse.

Die anschließende Diskussion im Plenum offenbarte neben mancher Kritik an den bisherigen Ausführungen eine Gemeinsamkeit: Um verstanden zu werden und von Nutzen zu sein, kann die Theorie nicht auf praktische Beispiele verzichten und im luftleeren Raum agieren. Ebenso wenig wie der Mensch seinen Atem, kann die Theorie die Praxis für längere Zeit anhalten, ohne Schaden zu nehmen.

Zum Abschluss des ersten Tages veranschaulichte dies Richard Ned Lebow (University of Hanover, USA) in seinem lebhaften Vortrag „The Future of Politics between Violence and Order - Theoretical Orientations“. Zunächst machte er auf die Verdienste der Friedendsbewegung und -wissenschaft beim Fall des Eisernen Vorhangs aufmerksam, die seiner Meinung nach trotz der Fixierung der politischen Theorie auf Machtfragen zu einem Politikwechsel beitragen konnten. In Anlehnung an die Antike schilderte er dann die Konsequenzen von Erfolg und Macht in Bezug auf die USA.

Ähnlich wie der Stadtstaat Athen zu seiner Zeit, hätten die Vereinigten Staaten, berauscht von eigener Größe, das Interesse an Ausgleich und Gerechtigkeit gegenüber der Staatengemeinschaft verloren, müssten jedoch diese Missachtung anderer Interessen mit Druck, Einschüchterung und Bestechung kompensieren, um die eigene Macht erhalten zu können. Dieser Übermut (Hybris) führe jedoch zwangsläufig zur strafenden Gerechtigkeit (Nemesis) und zum Untergang des vormals respektierten Führers. Lebow machte auf seine überspitzte Darstellung aufmerksam, konnte jedoch gleichzeitig zeigen, dass Ordnung einen festen Rahmen braucht und jede Macht, die sich über die Gemeinschaft stellt, zu einer Gefahr für diese und für sich selbst wird. Die einzige Möglichkeit, diesem Übermut

zu begegnen, sei nach Lebow der unablässige und hartnäckige Dialog mit dem Anderen, zumal Macht sich nicht nur in einem Konzept manifestiere, sondern vielfältige Formen annehmen könne.

Auch am zweiten Tag diente die Geschichte vielen ReferentInnen als Lehrmeisterin. In einem experimentellen Dialog wurden die „Ursachen und Bedingungen des Friedens“ untersucht und die Frage aufgeworfen, wie weit die Theorie des zivilisatorischen Hexagons<sup>1</sup> in diesem Zusammenhang trägt. Der „Erfinder“ des zivilisatorischen Hexagons, Dieter Senghaas (Universität Bremen), präsentierte zunächst anhand der darstellenden Künste Friedens- und Gerechtigkeitsvorstellungen der Geschichte. Damit zeigte er zum einen die historisch determinierte und kulturell bedingte Herausbildung von Ordnung. So mündete beispielsweise in vielen Teilen Europas die Auseinandersetzung um das Gewaltmonopol in die Herausbildung bestimmter Formen der Rechtsstaatlichkeit, in anderen Teilen der Welt jedoch nicht. Zum anderen verdeutlichte Senghaas, dass Bilderwelten und Konzepte beständig Veränderungen unterliegen, zerfallen, neu entstehen und so den Wandel gesellschaftlicher Strukturen anzeigen. Diese Vielfalt sei nicht auf einen Nenner zu bringen, auch nicht in seiner Konzeption des zivilisatorischen Hexagons, das er in einem weiteren Schritt dem „Hexagon der Entzivilisierung“ von Rainer Tetzlaff gegenüberstellte. Unbeschadet davon könne diese auf die Wirklichkeit projizierte Folie des Hexagons dennoch entscheidende Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben aufzeigen.

In diesem Punkt erhielt Senghaas Unterstützung von der Kultur- und Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer (FU Berlin), die betonte, dass das Senghaas'sche Modell für sich genommen durchaus Sinn ergebe. Allerdings seien in anderen Kulturen andere Bilder vorhanden, etwa in Bezug auf Gerechtigkeit. So sei in islamischen Gesellschaften das Friedensbild ein anderes als in westlichen Diskursen, gekennzeichnet nicht durch Ruhe wie bei Augustinus, sondern durch die Notwendigkeit zu beständigem Eingreifen. Zudem stellte Krämer fest, dass nicht nur die Bilder, sondern auch die an diese Vorstellungen gebundenen Interpretationen unterschiedlich seien. Die Konstruktion vom Eigenen und vom Fremden, von der Welt relativen Friedens und dem (gewalttätigen) Rest, führe nach Ansicht Krämers zu falscher Akzeptanz und Exklusion. Letztlich seien diese falschen Kulturvorstellungen nicht mehr als Konstrukte, die eher ein Zeichen für einseitiges und unbewegliches Denken als eine wirklichkeitsgetreue Abbildung kultureller Vielfalt darstellten.

Als dritter Teilnehmer des experimentellen Dialogs äußerte auch Stefan Oeter (Universität Hamburg) Zweifel an der prak-

tischen Relevanz des hexagonalen Modells. Zwar habe jenes grundsätzlich dazu beigetragen, dass der Friedendsdiskurs von der Zentrierung auf die internationalen Beziehungen und Gewalt hin zur Fokussierung auf innergesellschaftliche Binnenstrukturen geführt habe. Somit sei das Modell für die innerstaatliche Friedendordnung durchaus brauchbar. Andererseits könne es nicht auf internationale Kontexte übertragen werden, da es seinen hexagonalen Zusammenhang behalten müsse. Dagegen spräche nach Oeters Meinung jedoch die Unübersichtlichkeit und Vielfalt relevanter Themen, von denen viele erst in jüngster Zeit ansatzweise Eingang in öffentliche Diskurse gefunden hätten, so zum Beispiel die Diskussionen um demokratische Defizite in internationalen Entscheidungsprozessen.

Zudem verwies Oeter darauf, dass es schwer falle, mit dem Hexagon in der Hand die zunehmende Verregelung des Völkerrechts und zur gleichen Zeit dessen fehlende Umsetzung und Teilhabe daran zu erklären. Daran anschließend wurde im Plenum die Frage laut, inwieweit die Theorie in der Lage sei, die Wirklichkeit abzubilden bzw. ob sie diese nicht eher selber konstruiere. Gefragt wurde auch danach, wie man in solch einem Konstrukt mit kultureller, religiöser und sozialer Heterogenität umzugehen habe.

In der folgenden Gesprächsrunde „Die Einhegung des Krieges durch die Demokratie“ wurde ein weiterer Theorieansatz unter die Lupe genommen. Harald Müller (Hessische Stiftung Friedend- und Konfliktforschung, HSFK, Universität Frankfurt) stellte in seinem Referat die Frage: „Was hilft uns die Theorie des demokratischen Friedens?“ Am Ende seines Vortrags lautete seine Antwort, dass Friedfertigkeit nicht aus den Strukturen, sondern aus der Praxis erwachse. Zwar lasse sich feststellen, dass Demokratien (in erster Linie untereinander) effektiv friedvoller seien als Nicht-Demokratien. Aber weder rationalistische, institutionelle noch normative Argumente könnten einleuchtend darlegen, warum kriegerische Neigungen auch in Demokratien weiter bestehen. Vielmehr liege der Theorie des demokratischen Friedens ein teleologisches Verständnis zu Grunde, das den Blick auf die Unterschiede innerhalb der verschiedenen Demokratien versperre.

Müller wandte sich somit gegen eine Zwangsläufigkeit, die auch unter normativen Gesichtspunkten nicht zu begründen sei. Er konnte deutlich machen, dass auch normative Konzepte und Ideale nicht eindeutig sind. Selbst wenn sie aus derselben Quelle stammten, seien sie oft widersprüchlich und brüchig wie er an der Entwicklung des Liberalismus aufzeigen konnte. Daraus zog er den Schluss, dass

Anwendung von Gewalt nicht in erster Linie eine Frage des Prinzips sei, sondern der Opportunität.

Im Anschluss wurde das Bild von den Theoriebaustellen benutzt, um den fortschreitenden Umbau und die Weiterentwicklung theoretischer Diskurse zu veranschaulichen. Eine Stimme aus der Wissenschafts- und Politikberatenden Praxis, Thania Paffenholz (Peacebuilding Research and Advice, Bern), sprach in ihrem Beitrag davon, dass neue Bausteine notwendig seien, ohne die ein Fortschritt unmöglich sei. Sie betrachtete in erster Linie das Wechselspiel von Praxis und Theorie und formulierte drei Herausforderungen für die Friedenstheorie. (1) Zum Einen müsse sie eine größere Auswahl an Theorien bereitstellen. (2) Zum Anderen müsse sie den Menschen Visionen eines möglichen Friedens darstellen und (3) schließlich, wenn dies geschehen ist, solle sie die Wege dorthin aufzeigen.

Mit dem Konflikttransformationsansatz von Lederach stellte sie ein integratives Modell vor, dass in der Praxis erprobt sei und „den ‚Menschen vor Ort‘ im Zentrum“ der Überlegungen sehe. Entscheidend dabei sei vor allem, dass mehr das „Wie“ als das „Was“ der Friedensarbeit hervorgehoben werde. Dieser Ansatz könnte, so Paffenholz, in Verbindung mit der Theorie des demokratischen Friedens, eine tragfähige Verbindung von Theorie und Praxis darstellen.

Lutz Schrader (FernUniversität Hagen) ging in seinem Beitrag davon aus, dass Theorien widersprüchlich umgesetzt werden könnten und vielfältige Auswirkungen hätten. Diese Gefahr bestehe auch in Bezug auf den demokratischen Frieden, der zum Weltordnungsprozess und somit von der Theorie zur Ideologie zu werden drohe. Schrader nannte drei Gründe zur Hinterfragung dieser Theorieschule: Erstens sei die Expansion der Demokratie ins Stocken geraten, zweitens bleibe die politische Globalisierung defizitär und drittens werfe die Auseinandersetzung zwischen den USA und Europa die Frage nach der Zukunft des liberalen Friedens auf. Als Konsequenz daraus forderte Schrader eine Umgestaltung des liberalen Modells, dessen innere Logik zwangsläufig Ungerechtigkeiten und Brüche verursache, sowie die Notwendigkeit einer Umformulierung der eigenen Theorien, die den jeweils anderen Menschen und seine Anforderungen mit einzubeziehen habe. Diese Neuorientierung theoretischer Modelle müsse sich jedoch letztlich in tatsächlichen Fortschritten bei der Institutionalisierung, Verrechtlichung und demokratischen Gestaltung der Globalisierung wieder finden.

Die letzte Sitzung des zweiten Tages mit dem Titel „Auf Friedensfuß mit dem Krieg? Friedenstheoretische und völkerrecht-

## Drastische Kürzungsvorhaben bedrohen Einrichtungen der Friedensforschung

### Stellungnahme des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)

Wir sorgen uns um die Zukunft etablierter Einrichtungen der Friedensforschung. (...) Den Forschungsinstituten in Hamburg und Frankfurt/M. sowie der Landesarbeitsgemeinschaft in Nordrhein-Westfalen drohen die jeweiligen Länder mit besonders dramatischen Kürzungen.

Der Senat der Hansestadt plant massive Einschnitte. Der bislang radikalste Vorschlag sieht vor, für das Haushaltsjahr 2005 zwei Drittel der Zuwendungen an das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) zu streichen. Die Einsparungen für das Land wären minimal: Die bisherigen Zuwendungen in Höhe von 1,3 Millionen Euro belaufen sich auf nicht einmal zwei Promille des Haushalts für Wissenschaft und Forschung, der insgesamt 783 Millionen Euro umfasst. Für das Institut hingegen hätten die Kürzungen existenzbedrohende Ausmaße. (...)

Im Unterschied zur Lage in Hamburg, wo derzeit diverse Kürzungsvorschläge kursieren, sind die Planungen der hessischen Landesregierung schon weiter konkretisiert. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat für das kommende Jahr drastische Einsparungen für die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) angekündigt: Von den ursprünglich vorgesehenen knapp 2,2 Millionen Euro sollen nur etwas mehr als 1,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Dies bedeutet für das Institut eine Kürzungsquote von zwanzig Prozent, für das Ministerium einen Spareffekt von nicht einmal 0,3 Promille – gemessen an dem Gesamthaushalt von 1,7 Milliarden Euro in diesem Jahr. Ein derartiger Eingriff würde Einschnitte beim Personal und den Abbruch einer Reihe von Forschungsprojekten nach sich ziehen. (...)

Bei der Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft in Nordrhein-Westfalen (LAG NRW) handelt es sich um eine Koordinationsstelle friedenswissenschaftlich ausgerichteter Hochschullehrer und –lehrerinnen. (...) Die vollzogene Kürzung um ein Drittel [bedeutet] einen erheblichen Einschnitt. (...) Als Konsequenz droht die Schließung der Geschäftsstelle und damit das organisatorische Ende des Kooperationsverbundes. (...)

Wir rufen die Landesregierungen auf, alles dafür zu tun, um zumindest den bisherigen Bestand der Friedensforschung zu sichern. Eine solide Grundfinanzierung bleibt die Voraussetzung auch dafür, dass die Institute bei Einrichtungen der Forschungsförderung weiterhin mit Erfolg Drittmittel einwerben können. All dies verlangt, von den Kürzungsvorhaben abzusehen, die derzeit im Raum stehen. (...) Den Senat der Hansestadt Hamburg fordern wir darüber hinaus auf, den Weg für die Neubesetzung der Direktorenstelle unverzüglich freizumachen.

**Kontaktadresse:** Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V., Geschäftsführung, Tönninger Weg 29, 22609 Hamburg, Deutschland, Tel.: +49-40-800-4178, E-Mail: afkgf@aol.com, www.afk-web.de

liche Orientierung zum Verhältnis der ‚Zone des Friedens‘ mit der ‚Zone der Turbulenz‘“ bestritten Lothar Brock (HSFK, Universität Frankfurt) und Alfred Hirsch (Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg). Brock betonte, dass trotz aller Schwierigkeiten die Idee des Friedens offensichtlich unzerstörbar sei. Allerdings könne nicht davon ausgegangen werden, dass Gewalt deshalb unnötig werde. Theoretisch wie praktisch seien zwar die Verwirklichung von Gewaltlosigkeit durch die UN-Charta und das System kollektiver Friedenssicherung möglich. Aber selbst der Primat eines objektiven Völkerrechts könne wegen der fehlenden Zentralgewalt vielfache Rechtfertigungen für den Krieg liefern. Deshalb sei

es nicht sinnvoll, so lange zu warten, bis alle Staaten demokratisch verfasst seien, sondern der Aufbau von Friedensallianzen sei unter Respektierung des positiven Rechts bereits jetzt notwendig. Damit könnte auch Tendenzen entgegengetreten werden, die in der internationalen Politik nur Ordnung auf der einen und Chaos auf der anderen Seite sehen würden. Hirsch fügte an, dass die Demokratisierung der internationalen Politik eine unabdingbare Voraussetzung dafür sei. Damit könne auch die aus einem republikanischen Sicherheitsverständnis entstehende Erzwingung einer einseitigen „Weltfriedensordnung“ verhindert werden. Diese Hoffnung trage allerdings

nicht sehr weit, wenn die diskursive Macht in Fragen globaler Bedeutung bei einigen wenigen verbleibe.

Zum Abschluss der Tagung wurde diese Diskursmacht in die Hände der Praxis gelegt. Der Titel „Grau ist alle Theorie? Friedentheorie im Praxistest“ sollte einen Dialog über Nutzen und Reichweite theoretischer Arbeit für Friedenspolitik und Friedensarbeit anstoßen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Uta Zapf (Berlin) kritisierte die Kluft zwischen Theorie und Praxis und forderte von der Theorie Entscheidungshilfen und Lösungsangebote für die praktische Politik ein. Es bestehe ein enormer Beratungsbedarf seitens der Politik, der jedoch nur ungenügend befriedigt werde. Neben einer verstärkten Sensibilisierung der Öffentlichkeit sei es entscheidend, Normen und Standards zu finden, da ansonsten die theoretischen Diskussionen ins Leere liefen. Einen anderen Ansatz wählte Günther Baechler (Bern) von der Abteilung Krisenprävention des schweizerischen Außenministeriums. Er forderte, dass die Praxis zuerst zwei Fragen stellen müsse: 1. Mache ich die richtigen Dinge?, 2. Mache ich die Dinge richtig?

Die Theorie könne zur Beantwortung zwar Leitlinien beisteuern, die eigentliche Arbeit müsse jedoch stets individuell und der speziellen Situation angemessen erfolgen. Der/die „vorgeprägte Helfer/in“ müsse vor allem Abstand nehmen und zuhören können, um die Interessen seiner/ihrer PartnerInnen vor Ort wahrzunehmen. Nach Baechler könne die Theorie einen Beitrag leisten, wenn sie sich von Großtheorien zu einer konkreten Umsetzung hin orientieren würde. Genauso forderte Angelika Spelten (Bonn) von der entwicklungspolitischen Servicestelle FriEnt, dass die Wissenschaft sich „in die Niederungen des ‚Wie‘“ begeben müsse. Ansonsten verliere sie den Anschluss an die Wirkungsdynamiken, die sie selber ausgelöst habe. Konzepte und Instrumente seien ausreichend vorhanden, die Forschung habe allerdings versäumt, bei Umsetzung und Festlegung von Prioritäten mitzuhelfen. Volker Matthies (Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg) mahnte zu mehr Bescheidenheit in Bezug auf den Anspruch der Theorien. Notwendig sei eine differenzierte Analyse der konkreten Situation unter Einbeziehung anderer Wissenschaften, um das Grenzwissen zu erhöhen. Die großen Theorien könnten dazu kaum beitragen, da sie die unterschiedlichen Ansprüche der AkteurInnen nicht beachten. Tatsächlich mache die Praxis schon Vieles, ohne unbedingt auf die Theorie zurückzugreifen.

Zum Abschluss der Tagung war somit die Zahl der Fragen nicht kleiner geworden, wie Tagungsleiter Weller in seinen Schlussworten bemerkte. Die Notwendigkeit, einen verstärkten Austausch zwischen

Theorie und Praxis zu betreiben, wurde jedoch in den zahlreichen Diskussionen der Tagung offensichtlich, da beide Bereiche sich ergänzten und nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Die Friedentheorie kann ihrem Verständnis nach kein fertiges Rezept für den Frieden sein, weil sie die Feinheiten und Widersprüchlichkeiten der Praxis theoretisch gar nicht erfassen kann. Wer bei der Suche nach Frieden jedoch die Zügel in der Hand hält, darauf konnten sich die TeilnehmerInnen der Tagung nicht verständigen.

Ian Mengel (Universität Bonn)

**Kontaktadresse:** Evangelische Akademie Loccum, Münchehäger Straße 6, 31547 Rehburg-Loccum, Deutschland, Postanschrift: Evangelische Akademie Loccum Postfach 21 58, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: +49-57-66 /81-0 (Zentrale), E-Mail: eal@evlka.de, www.loccum.de

*Verknüpfung von sechs Punkten, die sich gegenseitig stützen: Gewaltmonopol, Rechtsstaatlichkeit, Demokratische Partizipation, Konfliktkultur, Soziale Gerechtigkeit, Interdependenzen und Affektkontrolle*

## Imperiale Weltordnung? Trends des 21. Jahrhunderts

*32. Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) vom 20. bis 22. Februar 2004 in der Evangelischen Akademie Iserlohn*

Die Jahrestagung der AFK fand trotz oder wegen des Karnevals großen Zuspruch, was sicherlich auf die Aktualität der Thematik zurückzuführen ist. Auf der mit Mitteln der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) geförderten Tagung „Imperiale Weltordnung? – Trends des 21. Jahrhunderts“ wurde insbesondere die Frage diskutiert, wie ein „American Empire“ und eine mit ihm vorgeprägte unipolare Struktur in der internationalen Politik unter friedenspolitischer Perspektive zu bewerten ist. Ziel der Tagung war es, in einem ersten Schritt aktuelle Machtentwicklungen der internationalen Politik anhand historischer Erfahrungen sowie visueller Inszenierungen in den Medien aufzuzeigen, um damit die aktuellen Herausforderungen der Friedensforschung sowie machtpolitische Alternativen bestimmen zu können.

In einem zweiten Schritt wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen (AG) untersucht, inwieweit Instrumente der Gesellschaft wie Diskurse, Gewalt, Wirtschaft, Recht und Gegenmacht das Fundament imperialer Herrschaft darstellen oder auch Säulen ei-

ner künftigen Friedenordnung sein können. Zuletzt wurden auf zwei Podiumsdiskussionen die friedensstrategische Bedeutung von Gerechtigkeitskonzeptionen erörtert sowie abschließend die Entwicklung der Friedensforschung in Deutschland thematisiert, wobei die Fördertätigkeit der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) im Mittelpunkt der Diskussionen stand.

Im Eingangsvortrag „Pax romana? Pax americana – Eine Friedensbilanz imperialer Ordnungen“ beleuchtete der renommierte Journalist und Publizist Peter Bender in einem systematischen Vergleich das römische Imperium mit dem „American Empire“. Der Erkenntnisgewinn aus diesem Vergleich – soweit ein solcher möglich sei – liege im strukturellen Kontrast beider Imperien. Seit dem Römischen Imperium sei kein Staat politisch, wirtschaftlich und kulturell so mächtig gewesen wie die USA. Die ethische Rechtfertigung eines Imperiums sei nach Bender prinzipiell das Maß der Zufriedenheit der „Untergebenen“, die zwischen Frieden oder Freiheit abwägen müssen, da Imperien zwar grundsätzlich eine Tendenz zur Befriedung, jedoch auch zur Freiheitsunterdrückung immanent sei. Für eine umfassende Sicherheits- und Friedensgarantie verlangten die USA im Gegenzug politische Loyalität, und es herrsche ein immenser Widerspruch zwischen ihrer Friedensgarantie einerseits und ihrer grundsätzlichen Forderung nach politischer und gegebenenfalls militärischer Gefolgschaft bei Interventionskriegen andererseits. So sei Europa – wie der Irak-Krieg zeige – gespalten: Der Schutz vor Krieg (durch die USA) könne laut Bender letztlich auch in einen Krieg führen (gemeinsam mit den USA).

Bender betonte in seinem Referat die beispiellose Dauer des Römischen Imperiums. Der Frieden bzw. die Befriedung habe die Herrschaft über den langen Zeitraum von 400 Jahren legitimieren können. Darüber hinaus seien auch der römische Kulturimperialismus und die hiermit einhergehende Romanisierung der Provinzen sowie die machtpolitische Selbstbeschränkung, die eine geographische „Überdehnung“ des Reiches verhindert habe, Ursachen für die Langlebigkeit der Pax romana. Doch die Überlebenschancen des US-Imperiums seien größer als die der „Rom-Aristokratie“, da die USA – zumindest offiziell – nicht nach territorialem Landgewinn, gleichwohl aber nach Ausbreitung ihrer Einflusszonen strebten, stellten sie ein „informelles Imperium“ mit weiten Einflusszonen dar, wobei ihre Herrschaft subtiler sei und auf ein weit verzweigtes System von (besonders ökonomischen und sicherheitspolitischen) Abhängigkeiten basiere. So bezeichnete Bender die im Vergleich zu Rom viel kom-

plexere Herrschaftsform der USA als „Empire light“, als eine indirekte „Herrschaft ohne Regieren“, obwohl die Vereinigten Staaten es auch nicht versäumten, ihren fast missionarisch anmutenden Weltführungsanspruch zu propagieren.

Da eine imperiale Vormachtstellung auch die innere Struktur eines politischen Systems verändere und die Pax romana nur als Monarchie lebensfähig gewesen sei, müsse gefragt werden, inwiefern das American Empire langfristig mit einer Demokratie überhaupt vereinbar ist. Denn Stabilisierung und Ausbau eines Empires verlangten eine straffe hierarchische Ordnung, bei der die Weltmachtspolitik der Vereinigten Staaten mit der innergesellschaftlichen Freiheit seiner BürgerInnen und daher mit der demokratischen Legitimation von Herrschaft kollidiere.

Silke Wenk (Universität Oldenburg) referierte über „Imperiale Inszenierungen: Der Irak-Krieg in den visuellen Medien“ mit Hilfe zahlreicher Fotos über die Bilderpolitik der US-Regierung. Prägung Einzelbilder, wie der Auftritt von Präsident Bush auf dem Flugzeugträger „USS Abraham Lincoln“, bei dem er im Mai 2003 die militärische Kulisse als Werbeeinlage nutzte, um das weitgehende Ende der Kampfhandlungen im Irak zu verkünden, oder die vermeintlich heldenhafte Rettung der amerikanischen Soldatin Jessica Lynch aus irakischer Gefangenschaft, wurden interpretiert und in den entsprechenden politischen Kontext gestellt. Hiermit sollte deutlich werden, dass die derzeitige amerikanische Administration ausdrucksstarke politische Momente systematisch inszeniert und die visuellen Medien für die Rechtfertigung ihrer Regierungspolitik instrumentalisiert.

## AG 1: Diskurse

In der AG „Diskurse“ ging es um die Fragestellung, inwieweit die verschiedenen Ausprägungen der Debatte über „Empire“ sowohl in den USA als auch in Europa jeweils unterschiedliche innergesellschaftliche und internationale Konstellationen reflektieren. Lutz Schrader (FernUni Hagen) legte Wert darauf, dass es um einen Politikstil gehe, der mit „imperial“ bezeichnet werde und der durch einen militärisch abgestützten Unilateralismus gekennzeichnet sei. Er werde von deren Befürwortern als positiv für die US-amerikanischen Interessen gesehen, während Kritiker die USA als den eigentlichen „Schurkenstaat“ betrachteten. Des Weiteren werde „Empire“ als eine Form der Weltordnungspolitik dargestellt, wobei der Begriff oft synonym mit „Hegemonie“ verwendet werde.

Eine weitere Position sehe „Imperium“ als eine Form der liberal-demokratischen Weltherrschaft, der den Demokratien ein Recht auf Intervention zubillige. Die Gegenposition betone die Gefahren einer solchen Politik für die innenpolitische Stabilität und die demokratische Struktur der Vereinigten Staaten. Die vierte und letzte Sichtweise sehe in „Empire“ ein Netzwerk von politischen, ökonomischen und kulturellen Machtzentren und Machtstrukturen, das zwar von den USA dominiert werde, aber zum Nutzen der gesamten „OECD-Welt“ fungiere und in das auch Europa einbezogen sei.

Im zweiten Referat ging es um die neo-marxistischen Diskurse um „Empire“. Sonja Buckel (Universität Frankfurt/M.) bezeichnete in ihrem Referat „Die Kontrolle der globalen Favelas: Vom Zustand der Weltinnenpolitik“ mit „Empire“ eine neue Form globaler Souveränität, eine der gegenwärtigen Globalisierung adäquate Herrschaftsform. Sie bestehe aus einem globalen Netzwerk unterschiedlicher Institutionen auf staatlicher, ökonomischer und gesellschaftlicher Ebene, sie sei geographisch entgrenzt und dezentral organisiert. Kriege würden immer mehr zu Polizeiaktionen (wenn auch ohne Polizeirecht) zur Sicherung des „Empire“ gegen transnationale kriminelle Netzwerke und Gebiete, die aus seiner Herrschaftsordnung herausfallen (sog. Schurkenstaaten).

Nach einer Darstellung der (materialistischen) Kritik des Ansatzes von Hardt/Negri, die die Referentin nicht in jedem Fall teilte, schloss ihr Beitrag mit Ausführungen darüber, wie eine globale Gegenmacht sich konstituieren könne. Da das „Empire“ zwar von den USA dominiert werde, aber als „Netzwerk“ auch Europa einschließe, müsse man die Hoffnung auf die sich immer stärker global vernetzenden zivilgesellschaftlichen Gruppen setzen.

Ingo Take (Universität Greifswald) versuchte in seinem Referat über „(Schon) ‚Empire‘ oder (noch) ‚Hegemonie‘? Was uns die Hegemonietheorie über die gegenwärtige US-Politik zu sagen hat“ die Diskussionen um die Vormachtsstellung der USA und deren Konsequenzen für die Weltordnung mit der Hegemonie-Theorie, zu erklären. Die Kosten für eine imperiale Politik der USA dürften sich als zu hoch erweisen und von einer vorwiegend am ökonomischen Nutzen orientierten und auf sich selbst bezogenen amerikanischen Gesellschaft nicht akzeptiert werden. Auch lasse sich die neue Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nicht vorwiegend mit militärischen Mitteln bekämpfen, sondern bedürfe der weltweiten Kooperation in Bereichen, in denen die USA nicht dominant seien.

## AG 2: Gewalt

Im ersten Vortrag mit dem Titel „Die Kriege in Afghanistan und Irak als Modell? Neue Kriegsführungskonzepte und ihre Ausbreitung“ stellte Lutz Unterseher von der Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik (SAS, Berlin) zunächst mögliche Motive der Interventionen vor: Neben der Kontrolle der Ressourcen seien die politischen, ökonomischen und kulturellen Machteinbußen der USA augenscheinlich jene, die durch den Einsatz des Militärs kompensiert werden sollen. Das offenkundig Widersprüchliche in der US-Außenpolitik sei nach Unterseher Amerikas Rüstung gegen Staaten, während sie gleichzeitig vom „Kampf gegen den transnationalen Terror“ sprächen. Der Irakkrieg habe nach Auffassung Untersehers eher Modellcharakter, weil hier die Kriegsbegründung beliebig gewesen sei. Nach Unterseher bestehe in den USA eine 40-Länder Liste von Staaten, bei denen eine US-Intervention in naher Zukunft nicht ausgeschlossen wird. So seien in den nächsten Jahren weitere Interventionskriege der USA zu erwarten.

Im zweiten Vortrag referierte Gerhard Piper vom Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheitspolitik (BITS) über die „Geopolitik der Stationierungen von US-Streitkräften“. Die USA betreiben 6.000 Kasernen im eigenen Land und 700 in Übersee, wobei die Stationierungen bis auf wenige Ausnahmen keinerlei Rüstungskontrollen unterlägen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen US-Stützpunkte erfüllten nach Piper keine primären Landesverteidigungsaufgaben, sondern stellten vielmehr eine Infrastruktur für Interventionen bereit. Nach Piper verfolgen die USA das Ziel, in jedem Land, mit dem Bündnisabkommen bestehen, Truppen zu stationieren, um ihre globale Macht zu zementieren. Bei den Stationierungen sei die lokale Akzeptanz entscheidend – und diese stelle zugleich den Ansatzpunkt für Aktionsmöglichkeiten der weltweiten Friedensbewegung dar.

Der dritte Beitrag in dieser AG mit dem Titel: „Die EU als aufstrebende Militärmacht. Konkurrenz oder Ko-Hegemon der USA?“ wurde von Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen präsentiert. Er begann zunächst mit einer Analyse der Rolle europäischer Staaten, erläuterte in einem zweiten Schritt den machtpolitischen Hintergrund des Aufbaus einer europäischen Krisenreaktionstruppe und beleuchtete schließlich die militärpolitisch relevanten Inhalte des gescheiterten EU-Verfassungsentwurfes. Pflüger stellte dabei die These auf, dass die EU Konkurrent der USA und Ko-Hegemon zugleich darstelle. Die EU und die USA hätten in zwei zentralen Bereichen identische Ansätze: Zum einen wirtschaftspolitisch, wie die WTO-Verhand-

lungen in Cancun belegten, bei denen die EU sogar noch strikter agierte als die USA. Zum anderen zeige sich auch militärisch eine ähnliche Strategie, da beide Mächte Strukturen für Interventionen herausbildeten und dies ideologisch mit einem „Einsatz für das Gute“ begründeten.

Der Grundkonflikt der nach dem Vortrag folgenden heftigen Debatte ging um den empirischen Gehalt von Pflügers These von der Militarisierung der EU. Pflüger interpretierte die deklaratorische Absicht, während Unterseher und andere die Realität der Streitkräfte und insbesondere ihre finanzielle Ausstattung als Basis ihrer Argumentation verwendeten.

### AG 3: Wirtschaft

In dieser AG ging es um die Frage, welche Rolle und Bedeutung der Ökonomie in einer imperialen Weltordnung beizumessen ist. Hartwig Hummel (Universität Düsseldorf) griff in seinem Referat zur „Hegemonie des ‚Washington Konsensus‘ in der internationalen Handels- und Finanzpolitik“ vor allem die Fragen nach den Mechanismen hegemonialer Politik in aktuellen Globalisierungsprozessen auf. Seine erste These war, dass Handels- und Finanzpolitik des „Washington Konsensus“ Resultat und Strategie einer hegemonialen politisch-ökonomischen Weltordnung sind, die auf strukturellen Gewaltverhältnissen basiere. Die hegemoniale Weltordnung, die der „Washington Konsensus“ repräsentiere – so Hummels zweite These – befinde sich derzeit in einer Umbruchsituation, deren Ausgang noch nicht sicher abzusehen sei. Zum Beleg seiner Thesen unterzog Hummel Globalisierungsprozesse einer neo-gramscianisch angeleiteten Analyse. Hegemonie setze voraus, die faktischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowohl als alternativlos als auch als wohltuend für das (hier globale) Allgemeinwohl selbst der Beherrschten darzustellen. Der Rückgriff auf physische, militärische Gewalt durch mächtige Akteure sei nach Hummel aus dieser Sichtweise eher ein Zeichen für eine „hegemoniale Krise“.

Hummel hielt in seiner abschließenden Einschätzung weder die Durchsetzung einer alternativen, sozialen Weltwirtschaftsordnung noch eine langfristig imperiale Stellung der USA für wahrscheinlich. Da – anders als im militärischen Bereich – die USA im Bereich der Ökonomie keineswegs eine konkurrenzlose Vormachtstellung einnehmen, könnten sie sich auf Dauer eine imperiale und protektionistische Politik vor allem gegenüber Europa buchstäblich nicht leisten.

Ulrich Brand (Kassel) nahm mit seinem Referat „Global Governance: Alternative oder hegemoniale Strategie?“ eine

kritische Bewertung des Global Governance-Diskurses vor. Global Governance erscheine als kooperativ ausgerichtete und lösungsorientierte Strategie unter dem Eindruck einer sich anbahnenden imperialen Weltordnung zunehmend als eine attraktive und „friedliche“ politische Alternative. Dieser Perspektive stehe eine kritische Position gegenüber, die in Global Governance im Gegensatz dazu eine modifizierte hegemoniale Herrschaftsstrategie westlicher Eliten vermutet.

Brand konstatierte, dass es zwar im Zuge von Global Governance zur Schaffung von kooperativen, kompromissorientierten Problemlösungsmustern kommen konnte, auf die auch zivilgesellschaftliche Akteure (begrenzt) Einfluss nehmen könnten. Andererseits würden im gesamten Diskurs und auch in der Praxis Machtasymmetrien zwischen den Akteuren ausgeblendet. Zudem richteten sich die Problemlösungen primär nach polit-ökonomischen Effizienzkriterien aus. So könne sich Global Governance durchaus zu einem hegemonialen Diskurs und auch zu einem hegemonialen Prozess entwickeln, da sich auch Kritik an bestehenden Verhältnissen (vorerst) in den dadurch „gegebenen“ Bahnen artikulieren müsse.

### AG 4: Recht

In der AG 4: Recht sprach zunächst der Rechtsphilosoph Reinhard Merkel (Universität Hamburg) über „Das Völkerrecht zwischen imperialer Prägung und Friedensfunktion“ und legte – wie auch sein Untertitel anzeigt – „Perspektiven nach dem Präventivkrieg im Irak“ dar. Die Komplexität der Legitimität bewaffneter Interventionen, die eine Abwägung von Fundamentalprinzipien implizieren, welche zwangsweise kollidieren müssen, machte Merkel transparent. Er unterschied verschiedene Prinzipien des Selbstschutzes als mögliche Gründe gewaltsamer Intervention, welche aber nur in Ausnahmen und nach strikten Kriterien zulässig seien. Allgemein lasse sich zwischen der Unterstützung bzw. Gewährung des Terrors durch einen Staat („sponsoring“ wie in Afghanistan) und der Unfähigkeit eines Landes zur Unterbindung terroristischer Aktivitäten unterscheiden. Bei der Gewährung könne bei einer Intervention das Legitimitätsprinzip „Notwehr“ geltend gemacht werden, und bei der Unfähigkeit zur Unterbindung von Terrorismus könne man sich auf das Legitimationsprinzip des Defensivnotstandes berufen.

Merkel prognostizierte, dass der Art. 51 der UN-Charta, welcher Maßnahmen individueller und kollektiver Verteidigung vorsieht, sukzessive um Kriterien des De-

fensivnotstandes erweitert werden wird. Jedoch sei nach derzeitigem Völkerrecht die Schwelle zur humanitären Intervention enorm hoch, so dass das bloße Faktum massenhafter staatlicher Menschenrechtsverletzungen noch nichts über die Legitimation einer humanitären Intervention besage.

So sei die Addition der Kriegsgründe der USA zur Rechtfertigung ihres Irakfeldzuges (Gefahrenabwehr wegen angeblicher Massenvernichtungswaffen und Befreiung der irakischen Bevölkerung von Tyrannei als humanitäres Element) unzulänglich und auch nicht ex-post zu legitimieren. Für Merkel gibt es keinerlei Rechtspflicht zur Intervention (höchstens eine legitimierbare Garantienpflicht), was nicht mit einer moralisch-ethischen Pflicht gleichzusetzen sei. Zurecht bemerkte das Plenum, dass sich ex-post immer ein differenziertes Bild kreieren lasse und dass bei einer rein rechtswissenschaftlichen Argumentation mögliche politische Prämissen zu kurz kämen.

Im zweiten Vortrag „Die UN zwischen imperialer Instrumentalisierung und friedenspolitischer Selbstbehauptung“ konstatierte Martina Haedrich (Universität Jena) punktuelle und subtile Veränderungen in Bezug auf Fragen der normativen Entwicklung von kollektiver Sicherheit im Völkerrecht. Hier handele es sich nicht um einen fundamentalen Wandel durch den Irakkrieg. Vielmehr bestehe die eigentliche subtile Weiterentwicklung – und damit stimmt Haedrich mit Merkel überein – darin, dass das unveräußerliche Recht auf kollektive und individuelle Selbstverteidigung von Art. 51 der UN-Charta gegenüber Kapitel 7 an Gewicht gewinne. Die USA, die sich bei Interventionen auf Art. 51 beriefen und ihrem eigenen Anspruch nach im Dienste aller tätig würden, missverstünden die objektiven Kriterien, die dem Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung unterlägen. Diese seien nicht mit dem Recht des Stärkeren gleichzusetzen, sondern es gelte der Grundsatz der souveränen Gleichheit nach der Wiener Vertragsrechtskonvention.

Entgegen der Darstellung in den Medien sei die Rolle der Vereinten Nationen im Irak-Krieg nach Meinung Haedrichs kaum als schwach zu bewerten, da die UN keine Kriegsresolution verabschiedet habe und so auch das Völkerrecht nicht in die Knie gezwungen worden sei. Nach ihrer Einschätzung wäre ein Sicherheitsratsmandat für den Irakkrieg völkerrechtswidrig gewesen. Das Völkerrecht stelle heute neben den Aktivitäten der Staaten ein horizontales Recht dar, welches im Rang nicht höher stehe als entsprechende politische Entscheidungen nationaler Akteure, die auf Grundlage innerstaatlichen Rechts getroffen werden.

Im dritten Vortrag mit dem Titel „Internationaler Strafgerichtshof – Eine Institution zwischen Friedenshoffnung und imperialer

## Stellungnahme der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) zur geplanten Bundeswehrreform

In einer Stellungnahme zur geplanten Bundeswehrreform kritisiert die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW; Autorin: Martina Fischer, Berlin) den neuen militärpolitischen Kurs der Bundesregierung, den Bundesverteidigungsminister Struck am 13.01.2004 in einer Pressekonferenz vorstellte. Nach den Worten Strucks müssten „strategische Verlegung, weltweite Aufklärung sowie leistungsfähige und interoperable Führungssysteme“ mit Priorität ausgebaut werden, da ein „mögliches Einsatzgebiet für die Bundeswehr (...) die ganze Welt“ darstelle.

Die Reduzierung und Einhegung von Konfliktsituationen erfordern nach Meinung der VDW vorrangig den Ausbau von Maßnahmen und Instrumenten, die auf die Bewältigung ihrer Ursachen abzielen. Dabei könne die deutsche Bundeswehr jedoch nach Einschätzung der VDW keine substanziellen Beiträge leisten, da die ursachenorientierte Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zu dem Aufgabenbereich der Entwicklungs- und Außenpolitik bzw. der Friedens- und Konfliktforschung gehörten.

Der Ausbau der „Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung“ sei von der rot-grünen Regierung 1998 als ein wichtiges Ziel im Koalitionsvertrag festgehalten worden. Nach Auffassung der VDW sei der von der Bundesregierung eingeschlagene Trend zur Modernisierung der Bundeswehr mit diesem Ziel unvereinbar, weil er keine Tendenz zur Abrüstung enthalte, sondern auf dem Konzept einer Umrüstung hin zu erweiterter Interventions- und Offensivfähigkeit basiere. Der VDW fordert, dass sich die Bundesregierung von einem militärisch dominierten Sicherheitsverständnis distanziert und konkrete finanzielle Umschichtungen zugunsten des Ausbaus der zivilen Instrumente der Konfliktbearbeitung und Krisenprävention vornimmt und auch im europäischen Rahmen vorantreibt.

Im Hinblick auf die multinationalen und bündnispolitischen Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr seien die Ausführungen des Verteidigungsministers vom 13.1. nach Ansicht der VDW diffus, da den Vereinten Nationen (VN) bei der Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zwar eine „herausragende Rolle“ zugesprochen werde, jedoch das klare Bekenntnis zu einem Gewaltmonopol der VN ausbleibe. Strucks Erklärung enthalte keine eindeutige Aussage, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich nur im Rahmen des geltenden Völkerrechts nach einer VN-Legitimation befehligt werden dürften. Die VDW fordert Struck auf, sich dafür einzusetzen, dass die neuen EU-Verbände im Dienst der VN stehen. Statt im Bereich der militärischen Interventionskapazitäten aufzuholen, sollte die EU eigenständige friedenspolitische Initiativen in Krisenregionen ergreifen und gegenüber den USA nachdrücklich dafür eintreten, dass Terrorismusbekämpfung unter der Autorität des VN-Sicherheitsrates erfolgt.

**Kontaktadresse:** Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Schopenhauerstraße 26, 14129 Berlin, Deutschland, Tel.: +49-(0)-30-8030-8866, Fax: +49-30-8030-8888, E-Mail: info@vdw-ev.de, www.vdw-ev.de

Weltordnung“ prognostizierte Tatjana Maikowski, Mitarbeiterin beim Jugoslawien-Tribunal, angesichts der Fortschritte der letzten Jahre im Bereich der internationalen Strafgerichtsbarkeit, dass der „International Crime Court“ (ICC) eine tragende Säule in der künftigen Friedensordnung sein werde. Der ICC stellt, anders als das sich ebenfalls in Den Haag befindende Jugoslawien-Tribunal, mit seinen z.Zt. ca. 150 Mitarbeitern eine permanente Organisation dar, die unabhängig von den Vereinten Nationen auf Grundlage eigener multilateraler Verträge agiert.

Der ICC sei nur komplementär zuständig, werde also nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, wenn innerstaatliche Rechtsprechung eine angemessene Bestrafung von schweren Kriegsverbrechen nicht gewähr-

leiste. Umso mehr verwundere in diesem Zusammenhang nach Maikowskis Meinung die ablehnende Haltung der USA, Chinas und Indiens: Alle drei Großmächte wollten ein funktionsfähiges Den Haager Rechtsprechungsorgan verhindern. Sie verfolgten diese Strategie, obwohl sich die Einrichtung dieser Institution wegen der Subsidiarität primär an funktionslose Staatsapparate, an „failed states“ wie Somalia, Kongo oder Uganda wende.

Gerade die USA, die sich grundsätzlich für eine internationale Strafgerichtsbarkeit stark gemacht hätten, haben laut Maikowski mit über 70 Staaten geheime oder offene bilaterale Abkommen geschlossen. Sie sähen Wirtschaftshilfe im Austausch gegen einen Auslieferungspflicht festge-

nommener US-Staatsbürger vor. Erklären lasse sich dieses Vorgehen der USA nach Auffassung Maikowskis nur mit dem Souveränitätsverständnis eines machtbewussten Staates, der sich nicht vereinnahmen und sich alle Optionen über die Konsequenzen schwerer Kriegsverbrechen eigener Staatsbürger selber vorbehalten möchte.

Problematisch sei nach Maikowski die mögliche Kollision der Politik der Vereinten Nationen mit dem ICC, der auf den Primat des Rechts beharre, wenn es um die Bedrohung des Weltfriedens gehe. So war Milosevic jahrelang Verhandlungspartner und muss sich heute vor dem UN-Jugoslawien-Tribunal verantworten. Der Art. 16 des Romstatuts sieht jedoch vor, dass der UN-Sicherheitsrat den ICC ersuchen kann, seine Ermittlungen für ein Jahr auszusetzen, auch ohne konkrete Krisensituation. Gerade auch die im Vorfeld der Verabschiedung des Romstatuts erfolgten Kompromisse erhöhten die Gefahr des Missbrauchs, der Instrumentalisierung und der Manipulierung durch starke Staaten.

### AG 5: Gegenmacht

Ziel der AG 5 war es, verschiedene Seiten des zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen die neue Weltordnung bzw. deren Auswirkungen zu beleuchten. Jürgen Johansen vom Peace Centre der Universität Tromsø (Norwegen) sprach in seinem Vortrag „Peoples' Struggles: Welche Chancen haben ziviler Widerstand und soziale Verteidigung in einer unipolaren Welt?“ über die Strategien und Erfolge bzw. Misserfolge gewaltloser Revolutionen im vergangenen 20. Jahrhundert. Das Schwergewicht seines Beitrages legte Johansen dabei auf die Rolle der sog. „Massen“ in gewaltarmen bzw. gewaltlosen irregulären (also außerhalb der Verfassung oder Wahlen stattfindenden) Regimewechseln. Es gebe für das 20. Jahrhundert eine lange Liste solcher gewaltloser Revolutionen, angefangen von Indien 1947 bis hin zu Georgien 2003 als jüngstes Beispiel. Wesentliche Strategien der gewaltlosen Revolution seien dabei die Nicht-Zusammenarbeit und der Entzug von Kooperation auf verschiedenen Feldern.

Johansen sprach verschiedene Aspekte und Probleme an: So würden mit dem Begriff der Gewaltlosigkeit sehr unterschiedliche Sachbestände und Einstellungen beschrieben: Dies reiche von einem Verzicht auf Benutzung vorhandener Waffen bis zu einem grundsätzlichen, meist religiös bestimmten Prinzip, das ablehne, jeglichem lebenden Wesen Schaden zuzufügen. Zum Zweiten werde gefragt, was Erfolg bedeute und wie man ihn messe. Ist schon die Erwirkung eines Regierungswechsels „Erfolg“, auch

wenn Korruption und neue Gewalt folgen? Dies sei sehr oft der Fall, da diejenigen, die einen Umsturz betrieben, nur selten sich auf die Zeit vorbereiten, in der sie plötzlich an der Macht sind. Johansen betonte die Notwendigkeit solcher Vorbereitung, also von dem, was Gandhi und andere als „konstruktives Programm“ bezeichnet haben.

Die Ethnologin Sylvia Servaes, Mitarbeiterin bei Misereor in Bonn, befasste sich in ihrem Vortrag „Zivile Konfliktbearbeitung und ‚neue Kriege‘“ mit den Aufgaben und Herausforderungen von Entwicklungszusammenarbeit angesichts der Veränderungen in der Kriegsführung. Sie begann ihren Vortrag mit der Feststellung, dass „Gegenmacht“ aufzubauen vis-à-vis politischem oder ökonomischem Machtmissbrauch eines der erklärten Ziele von (kirchlicher) NRO-Entwicklungszusammenarbeit sei. Zunächst stellte Servaes kurz die Kennzeichen der so genannten „neuen Kriege“ vor, um anschließend anhand einiger Beispiele Möglichkeiten und Risiken der Entstehung und Unterstützung von Gegenmacht oder „Frieden von unten“ zur Diskussion zu stellen.

Konzepte klar erscheinender Abgrenzungen, Konzepte der zivilen Konfliktbearbeitung, die eine „inklusive Betrachtungsweise“ von Konfliktlösungen mit dauerhaften „win-win-Lösungen“ für alle Seiten anstrebten, gerieten, so Servaes, zunehmend ins Wanken. Heute schienen die sog. „neuen Kriege“ diese Konzepte insgesamt in Frage oder zumindest vor neue Herausforderungen zu stellen. Denn es seien wohl nicht mehr eine eindeutig definierte Staatsmacht oder Guerillagruppe mit klaren politischen Forderungen die Gegner, sondern militante Gruppen sehr wechselnder Zusammensetzung, die häufig kein gesteigertes Interesse an Gewaltbeendigung haben, da sie aus genau dieser Gewalt ihren größten Profit zögen. Das Gewaltmonopol des Staates sei laut Servaes einer das tägliche Leben der Zivilbevölkerung bestimmenden Gewaltanwendung gewichen.

Die Historikerin Friedrike Habermann vom Global Action Network sprach unter dem Titel „Widerstand im Bauche des Molochs: Die neue Weltordnung verhindern oder reformieren?“ über die Perspektive, dass sowohl Reform als auch Revolution nicht hinreichend seien, sondern ein hegemonietheoretisches Verständnis von Herrschaft benötigt werde, um „eine andere Welt“ schaffen zu können. Die Alternativen Lobby-Politik oder direkte Aktionen würden ebenso diskutiert wie Reform oder Abschaffung der Weltwirtschaftsinstitutionen. Dazu komme die Frage nach den AkteurInnen von Widerstand: Der Erfolg der

Proteste in Seattle zeige, dass Widerstand im Bauche des Molochs von ungleich größerer Kraft sei als in der Peripherie. Auch innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung bestehe darum die Gefahr sich neu herausbildender alter Hegemonien.

## Podiumsdiskussion

Bei der am nächsten Tag stattfindenden Podiumsdiskussion zum Thema „Imperiale Ordnungen im Spiegel von Gerechtigkeitskonzeptionen“ stellte zunächst Matthias Gillner (Moralphilosoph, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg) die These auf, dass Theorien internationaler Gerechtigkeit (ThiG) für eine universelle Anwendbarkeit von Gerechtigkeitsprinzipien stünden. Gillner unterscheidet diese Theorien allerdings hinsichtlich der Reichweite ihrer Prinzipien. So sehe die liberalistische Theorie das Selbsterhaltungs- und Freihandelsprinzip im Vordergrund, wohingegen in den Distributionstheorien die Verletzlichkeit und Bedürftigkeit des Menschen zentrale Werte seien. Die Idee der gleichheitsorientierten Verteilungsgerechtigkeit hingegen gehe analog zum Sozialstaatsmodell zugunsten einer gerechten Teilhabe aller an den Wohlfahrtsgewinnen sogar noch weiter.

Gillner wies darauf hin, dass ThiG ökonomische und zivilisatorische Machtstrukturen vernachlässigten und somit blind seien gegenüber vom ihm so genannten „weichen Faktoren“. Offen blieb die Frage nach der kulturellen Vereinnahmung dieser Theorien auf der einen und nach dem Recht auf Differenz auf der anderen Seite, also wie universelle Normen ohne zivilisatorische Hegemonie durchzusetzen seien.

Tanja Brühl (Juniorprofessorin, Universität Frankfurt/M.) stellte die ökonomische Dimension von Gerechtigkeit dar. Sie wies darauf hin, dass eine präzise Definition der ohnehin sozial konstruierten Gerechtigkeit schwierig sei, weil Gerechtigkeit als Konzept stets zeit- und kontextabhängig sei. Das Problem einer globalen Gerechtigkeitskonzeption, bei der nicht nur Staaten, sondern auch Individuen im Mittelpunkt stünden, sei das Fehlen einer gemeinsamen globalen Wertebasis. Insofern nehme die Verfahrensgerechtigkeit fast noch eine bedeutendere Stellung ein als die substanzielle Gerechtigkeit.

Jedoch legten internationale Institutionen nicht nur gemeinsame Werte fest und zögen ein immer dichteres Netz von Normen, sie zementierten nach Ansicht Brühls auch die Ungerechtigkeit, was sich anhand der Millenniumsdeklaration der UN aus dem Jahr 2000 belegen lasse. Von den 18 formulierten Zielen werden bis 2015 nur zwei erreicht, und von den ärmsten

Ländern seien 54 ärmer als noch 1990. Es werde ohne Verfahrensgerechtigkeit zu keiner Verteilungsgerechtigkeit kommen, wobei Tanja Brühl das Beispiel der Weltbank anführte, die den USA mit ihren 16 Stimmen eine Sperrminorität gewähre, wohingegen der Entwicklungsländeranteil an den Stimmen in den letzten Jahren von 12 % auf 2 % gesunken sei. Langfristig gebe es keine Alternative zu den Vereinten Nationen als „gerechter“ Weltorganisation. Sie müsse jedoch strukturell mit zu wenig Geld auskommen. Kurzfristig müssten die NGOs ihr kritisches Potential ausschöpfen und auf die Verantwortlichen Druck ausüben.

Simone Wisotzki (wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSKF) befasste sich in diesem Kontext mit feministischen Gerechtigkeitskonzeptionen als Antwort auf die hegemoniale Ordnung. Wisotzki stellte eine Wiederbelebung traditioneller Rollenvorstellungen und eine Dichotomisierung der Geschlechterrollen fest und forderte die fortschreitende Demaskierung patriarchalischer Ordnungen ein. So konstatierte die Referentin, dass die gegenwärtige Weltordnung auf einer patriarchalen Machtstruktur basiere, und sie bemängelte, dass vorhandene Gerechtigkeitstheorien geschlechterblind seien. Frauen mit dem Bewusstsein über strukturelle Geschlechterungleichheit stellten an den Schalthebeln der Macht eine geeignete Strategie zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit dar, weil die internationalen Beziehungen und insbesondere der Sicherheitsbereich eine männlich dominierte Domäne darstellten. So setze die feministische Kritik an geschlechtlichen Stereotypen auf der Handlungsebene an und fordere deren Dekonstruktion. Ziel sollte es sein, eine Universalisierungsstrategie in Form von Frauen-Menschenrechten zu entwickeln. Gender als analytische Kategorie zu begreifen sei Voraussetzung, um ein generelles „Gender-Mainstreaming“ in institutionellen Zusammenhängen langfristig etablieren zu können.

## Friedensforschung in Deutschland

Der Abschluss dieses von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) geförderten Kolloquiums war der generellen Wissenschaftsförderung und -politik der DSF gewidmet. Nach einer Präsentation von Struktur und Aufgaben der DSF durch ihren Geschäftsführer Thomas Held, stellte sich ihr Vorsitzender Volker Rittberger den Fragen eines Podiums von VertreterInnen der einzelnen AFK-Arbeitskreise. Diese waren vor allem angesichts der knappen Mittel auf die zukünftige Fördertätigkeit der Stiftung gerichtet und bezogen sich auf inhaltliche Aspekte, etwa auf das Thema „Gender Main-

streaming“ in den Projekten und Rückfragen nach möglichen Förderschwerpunkten, in denen die alternative, zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten noch mehr in den Vordergrund der Förderpraxis gestellt werden sollte.

### Arbeitsgruppen

Die Initiative eine „AG-Nachwuchs“ war das Ergebnis eines Diskussionsprozesses im AFK-Vorstand zu den Möglichkeiten einer breiteren Förderung des friedenswissenschaftlichen „Nachwuchses“ sowie der stärkeren Einbindung interessierter StudentInnen und DoktorantInnen in die Arbeitszusammenhänge der Friedensforschung sowie der AFK. Als konkrete Ergebnisse lassen sich folgende Punkte festhalten: Zunächst will sich der Arbeitskreis darauf konzentrieren, eine für Ende 2004 geplante zweitägige Nachwuchstagung zu organisieren. Diese Tagung soll zum Einen jüngeren WissenschaftlerInnen und StudentInnen die Möglichkeit bieten, eigene für die Friedensforschung relevante Arbeitsschwerpunkte und Forschungsergebnisse aus verschiedenen Disziplinen vor einem interessierten „Nachwuchspublikum“ zu präsentieren. Der zweite Schwerpunkt der Tagung soll in der Schaffung von Vernetzungsmöglichkeiten und dem Erfahrungsaustausch zu beruflichen Perspektiven im Bereich der Friedensforschung und –politik gesetzt werden.

Die Arbeitsgruppe „Curriculum“, der sich Anfang der neunziger Jahre mit der curricularen Entwicklung von Studiengängen der Friedens- und Konfliktforschung befasst hatte und durch die Entwicklung von Nebenfach- und Zusatzstudiengängen als eigenständige Gruppe lange nicht mehr getagt hatte, gründete sich neu. Inzwischen hat in Deutschland die Etablierung von Bachelor- und Masterstudiengängen nach angelsächsischen Vorbild begonnen, die in der akademischen Landschaft der Friedenswissenschaften nicht nur als Problem, sondern auch als Chance angesehen werden. Die AG Curriculum wird diese Entwicklung nicht nur kritisch und fachkundig begleiten, sondern eigene Akzente zu setzen und diese Möglichkeiten in einer ersten Fachtagung im Juli 2004 erüieren und Handlungsoptionen erarbeiten.

### AFK-Nachwuchspreis

Im Zuge der Mitgliederversammlung wurde u.a. die aufwändige und gründliche Arbeit der Jury für den Christiane-Rajewsky-Nachwuchspreis der AFK gewürdigt. Die fünf neu bzw. wieder gewählten Jury-Mitglieder sind: Hanne-Margret Birckenbach (Universität Gießen), Vorsitzende; Tanja Brühl (Universität Frankfurt/M.), Alfred Hirsch (Universität-GHS Duisburg-Essen) und Werner Ruf (em. Universität Kassel).

Im Verlauf des Kolloquiums wurde dieser, von der AFK mit 500 Euro dotierte Christiane-Rajewsky-Nachwuchspreis 2004 an den Münchener Studenten Kassian Stroh vergeben, der nach einstimmigem Beschluss der Jury mit seiner Magisterarbeit „Konflikt und Kooperation um Wasser. Eine Fallstudie über den Nil“ überzeugte. Die konflikttheoretische Untersuchung des Ressourcenkonfliktes zeichnete sich nach Meinung der Jury durch eine stringente Argumentation und einen explizit friedenswissenschaftlichen Ansatz aus, da die hohen Kooperationsgewinne, die von den Akteuren im Nilkonflikt erzielt werden könnten, hervorragend herausgearbeitet worden seien.

### Mitgliederversammlung

Bei der Mitgliederversammlung der AFK wurde der vom alten und neuen Vorsitzenden Peter Schlotter (HSFK) kommentierte ausführliche Vorstandsbericht von den Anwesenden gewürdigt, da er eine große Bandbreite wissenschaftspolitischer und öffentlichkeitswirksamer Tätigkeiten des Vorstandes in den vergangenen zwei Jahren dokumentierte. Ebenso wurden die engagierten Berichte der Frauenbeauftragten Ruth Stanley (FU Berlin) und des Geschäftsführers der AFK, Wilhelm Nolte (draft, Hamburg) wohlwollend zur Kenntnis genommen. Der Vorstand wurde neu gewählt und setzt sich jetzt wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Peter Schlotter (HSFK), 2. Vorsitzende: Martina Fischer (Berghof Forschungszentrum Berlin), BeisitzerInnen: Renate Grasse, Peter Imbusch, Wilhelm Nolte. Zu Kassenprüfern wurden Dieter Lünse (ikm, Hamburg) und Christian Wellmann (SCHIFF) gewählt. Als neue Frauenbeauftragte wählten die weiblichen Mitglieder der AFK Simone Wisotzki (HSFK).

*Dominic Raphael Schwickert  
(Universität Münster),  
unter Einarbeitung der AG-Berichte von  
Christine Schweitzer, Ralf Bendrath,  
Björn Aust und Peter Schlotter*

**Kontaktadresse:** Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK), Geschäftsführung, Tönninger Weg 29, 22609 Hamburg, Tel.: +49-40-800-4178, E-Mail: afkgf@aol.com, www.afk-web.de.

Für Interessierte an der „Nachwuchs-AG“ gibt es folgende mailing-Liste: AFK-Nachwuchsgruppe@yahoo.com, Ansprechpartner: Sascha Heylmann, sascha\_heyermann@yahoo.de

Interessierte an der AG „Curriculum“ wenden sich bitte an Sprecher und Sprecherin: PD Dr. Peter Imbusch: imbusch@staff.uni-marburg.de und Prof. Dr. Tanja Brühl: bruehl@soz.uni-frankfurt.de.

## Meldungen & Berichte

### Deutschland: Homepage über Rüstungskontroll- und Abrüstungsproblematik

Seit 2003 gibt es eine neue deutschsprachige Homepage (www.ArmsControl.de), die im Rahmen des von der Berghof-Stiftung finanzierten Projektes „Zukunft der Rüstungskontrolle“ geschaffen wurde, und die viele Ressourcen zur Rüstungskontroll- und Abrüstungsproblematik vereint. So finden sich dort nicht nur kurze Einführungsaufsätze zu Themen wie nukleare oder konventionelle Rüstungskontrolle, Nukleare Abrüstung, Raketenabwehr, Weltraumrüstung oder „Revolution in Military Affairs“ sondern auch eine Zeitleiste, eigene Publikationen und eine umfassende Linksammlung zu rüstungsrelevanten Themen. Neben den Texten der wichtigsten Rüstungskontrollverträge, liegt ein Schwerpunkt in der naturwissenschaftlich-technischen Problematik der Rüstungskontrolle.

Das Projekt www.ArmsControl.de soll einen Betrag zur Initiierung und das Vorantreiben der Debatte um die Zukunft der Rüstungskontrolle bieten. Neben der Frage, ob es Perspektiven für einen homogenen Rahmen oder übergeordnete Prinzipien der zukünftigen Rüstungskontrolle gibt, geht es auch um die Möglichkeit, einen Anstoß zur breiteren Diskussion in der Öffentlichkeit zu leisten und praktische Empfehlungen an die Politik zu geben.

**Kontaktadresse:** Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle (IFAR), Dr. Götz Neuneck: neuneck@public.uni-hamburg.de, Tel.: +49-40-866-077-21, Christian Mölling: christianmoelling@web.de, Tel.: +49-40-866-077-70

### International: Resources for Peace

Unter dem Motto: „We give wings to your ideas“ ist die Resources for Peace Web Page in www.givewings.com geändert worden. Die Homepage will Alternativen zu Krieg und Gewalt darlegen, enthält Publikationen zu diesem Thema und eine umfassende Linksammlung zu friedenspolitisch agierenden Gruppen und ihrer Arbeit sowie Aufsätze und eine Liste empfohlener Filme.

**Kontaktadresse:** GiveWings, 141 W. Harvey St., Philadelphia, PA 19144, USA, Tel.: +1-215-849-4941, E-Mail: rasphila@givewings.com, www.givewings.com/peace



## **Dänemark: Danish Institute for International Studies (DIIS)**

Das Kopenhagener Friedensforschungsinstitut COPRI fusionierte am 1. Januar 2003 mit dem Dänischen Institut für Internationale Angelegenheiten, mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung und dem Dänischen Zentrum für Holocaust und Völkermordforschung zum Dänischen Institut für Internationale Studien (DIIS). Das DIIS ist Teil des Dänischen Zentrums für Internationale Studien und Menschenrechte und wurde nach einem Parlamentsbeschluss im Sommer 2002 mit dem Ziel errichtet, die Forschungsaktivitäten in den Feldern Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Völkermord und Menschenrechtspolitik in Dänemark und darüber hinaus auszubauen. Das letzte Arbeitspapier von COPRI (2002/40), der "COPRI: Final Report 1985-2002", listet alle COPRI Publikationen, Mitarbeiter und größeren Projekt der vergangenen Jahre auf und kann bei der unten angegebenen Kontaktadresse angefordert werden.

**Kontaktadresse:** Danish Institute for International Studies (DIIS), Strandgade 56, 1401 Copenhagen K, Denmark, Tel +45-3269-8787, Fax +45-3269-8800 E-Mail: hwi@diis.dk, www.diis.dk

## **Großbritannien: South East European Studies Programme (SEESP)**

Das Südosteuropäische Studienprogramm (SEESP) wurde im Jahre 2002 als Teil des Zentrums für Europäische Studien an der Oxford University eingerichtet. Der Schwerpunkt dieses Programms liegt auf der Analyse der Politik sowie der gesellschaftlichen Verhältnisse in Südosteuropa und auf dem Balkan. Dabei stehen die regionalen Entwicklungen im Kontext der Beziehungen zur Europäischen Union sowie der Zypernkonflikt im Mittelpunkt. Die Schaffung eines griechisch-türkischen Netzwerkes (GTN) mittels gemeinsamer Konferenzen, Workshops und Forschungsseminare sowie der Austausch von policy papers und wissenschaftlichen Publikationen charakterisieren dieses Programm.

Für den 21. Mai 2004 hat das SEESP eine öffentliche Konferenz mit dem Titel „Greek-Turkish rapprochement“ angesetzt, der ein eintägiger Workshop der Netzwerkmitglieder folgen soll. Als Resultat dieser zweitägigen Veranstaltung soll ein policy paper mit Empfehlungen an beide Länder erstellt sowie ein Buch mit dem Titel „Greek-Turkish Rapprochement: Assessing the Peace Building Process, 1999-2004“ veröffentlicht werden.

**Kontaktadresse:** Dr. Othon Anastasakis, South East European Studies Programme (SEESP), European Studies Centre St Antony's College, Oxford OX2 6JF, Großbritannien, Tel.: +44-1865-284-761, Fax: +44-1865-274-478, E-Mail: othon.anastasakis@sant.ox.ac.uk

## **USA: Human Security - Publikation und Sommerschule**

### **• Publikation**

Mit dem Begriff der „menschlichen Sicherheit“ (Human Security) haben die Vereinten Nationen 1994 auf die zunehmende Unsicherheit in der sozialen und privaten Versorgung im Rahmen der fortschreitenden ökonomischen Globalisierung und der Privatisierung von öffentlichen Gütern reagiert: Dazu gehören der Zugang zu Bildung, Gesundheit, finanzielle Stabilität, intakte Umwelt, Nahrungssicherheit, Armutsbekämpfung, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssicherheit. Darüber hinaus wurde der Schutz gegen häusliche Gewalt und Kriegsgewalt und die Beseitigung der Ursachen von Unsicherheiten der verwundbarsten Mitglieder einer Gesellschaft betont. Der Begriff „menschliche Sicherheit“ geht von einem ganzheitlichen Ansatz aus, der Sicherheit nicht auf militärische Sicherheit der staatlichen Ebene reduziert, sondern einen nachhaltigen, auf den Menschen ausgerichteten Sicherheitsbegriff benennt.

Der Nobelpreisträger für Ökonomie (1998), Amartya Sen, der mit der ehemaligen UN-Flüchtlingsbeauftragten Sadako Ogata eine unabhängige Kommission der UN zu „Human Security“ leitet, hat im Mai 2003 einen „Final Report of the Commission on Human Security“ erstellt, in dem er geeignete Instrumentarien vorstellt, um das gegenwärtige Paradigma einer einseitigen militärischen Sicherheit zugunsten einer umfassenderen Konzeption, bei der menschliche Sicherheit psychologisch, sozial, politisch, ökonomisch und umweltpolitisch definiert wird, zu erweitern. Der gesamte Report kann auf Englisch unter [www.humansecurity-chs.org/finalreport](http://www.humansecurity-chs.org/finalreport) eingesehen werden.

### **• Sommerschule**

Das "International Institute on Peace Education" (IIPE) findet dieses Jahr an der Sabanci Universität in Istanbul (Türkei) statt. Das IIPE wurde im Jahre 1982 vom Peace Education Center des Teachers College der Columbia Universität in New York gegründet und wird seither jährlich als Sommerschule an unterschiedlichen Orten abgehalten.

Im Jahre 2004 konzentriert sich die IIPE auf das Konzept der "human security" als Mittel zur Schaffung einer umfassenden Friedenskultur, denn ein Mangel eben die-

ser Sicherheit ist Ursache und Folge vieler Konflikte vom Nahen Osten über den Balkan bis zum Kaukasus. Einer Konfliktkultur, die Vorurteile und Hass hervorbringt, muss seitens der Erziehenden und politisch Verantwortlichen mit geeigneten Konzepten und Strategien begegnet werden, und diese sollen im Verlauf dieser Sommerschule von FriedenspädagogInnen aus der ganzen Welt näher erörtert werden. Das Tagungsgeld beträgt \$450 und umfasst auch Übernachtung, Verpflegung und lokalen Transport. Da freie Plätze jedoch sehr knapp sind, wird eine baldige Anmeldung empfohlen.

**Kontaktadresse:** Peace Education Center, Teachers College, Box 171 Columbia University New York, New York 10027, USA, Tel.: +1-212-678-8116, Fax: +1-212-678-8237, [www.tc.edu/PeaceEd](http://www.tc.edu/PeaceEd)

## **International: Bulletin of Regional Cooperation in the Middle East**

Seit Herbst 2003 verbreiten das „Search for Common Ground in the Middle East“ und das „European Centre for Common Ground“ ihre Publikationen im "Bulletin of Regional Cooperation in the Middle East" nur noch im Internet. Durch die gesparten Kosten wird es nun möglich, das online-Bulletin nicht nur auf Englisch, sondern auch auf Hebräisch und Arabisch zu produzieren, so dass es in der Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens größtmögliche Aufmerksamkeit finden kann. Zugang zum Bulletin gibt es unter [www.sfcg.org/bulletin.htm](http://www.sfcg.org/bulletin.htm). Um das Bulletin auf Englisch zu erhalten, senden Sie eine Email an [subscribe-bulletinenglish@sfcg.org](mailto:subscribe-bulletinenglish@sfcg.org), auf Arabisch: [subscribe-bulletinarabic@sfcg.org](mailto:subscribe-bulletinarabic@sfcg.org) und auf Hebräisch: [subscribe-bulletinhebrew@sfcg.org](mailto:subscribe-bulletinhebrew@sfcg.org)

**Kontaktadresse:** Bulletin of Regional Cooperation in the Middle East, 1601 Connecticut Ave. N.W., Suite 200, Washington, DC 20009-1035, USA, Tel.: +1-202-265-4300, Fax: +1-202-232-6718, E-Mail: [mideast@sfcg.org](mailto:mideast@sfcg.org), [www.sfcg.org/bulletin.htm](http://www.sfcg.org/bulletin.htm)

## **Deutschland: Bonn International Center for Conversion (BICC)**

Mit der Studie „Confronting Afghanistan's Security Dilemma: Security Sector Reform“ präsentiert das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) als eine weitere Publikation der Reihe „brief“ die Ergebnisse der Internet-Konferenz „Afghanistan: Assessing the progress of security sector reform, one year after the Geneva conference“. An diesem Internetdialog, den das BICC im Juni 2003 im Rahmen seines Projekts „Monitoring Afghan security sector reform“ durchgeführt hat, beteiligten sich über

100 Personen aus verschiedenen internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Forschungseinrichtungen, VertreterInnen der Geberländer sowie der Übergangsregierung Afghanistans. Im Mittelpunkt der Konferenz standen drei Aspekte der Sicherheitssektorreform, die formell im April 2002 auf der Geberkonferenz in Genf beschlossen worden waren: die Reform des Militärs, die Reform der Polizei sowie die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Ex-KombattantInnen. Der seit Ende 2003 vorliegende „brief 28“ des BICC gibt einen Überblick über die Sicherheitssituation in Afghanistan, analysiert den derzeitigen Stand der Reformbemühungen und diskutiert Strategien zur Sicherheitssektorreform.

**Kontaktadresse:** Bonn International Center for Conversion (BICC), An der Elisabethkirche 25, 53113 Bonn, Deutschland, Tel.: +49-228-911 96-0, Fax: +49-228-241-215 E-Mail: [bicc@bicc.de](mailto:bicc@bicc.de), [www.bicc.de](http://www.bicc.de)

### **Deutschland: Zivile Konfliktbearbeitung in Theorie und Praxis**

Die Studie „Zivile Konfliktbearbeitung. Theorie und Praxis“ (Autorin: Sabine Klotz) aus der Reihe „Texte und Materialien der FEST“ diskutiert die Möglichkeiten und Grenzen der zivilen, d.h. nichtmilitärischen Intervention in politische Konflikte, die zu einem (Bürger-) Krieg eskalieren könnten oder bereits eskaliert sind. Als Fallbeispiel dienen dabei die Aktivitäten, die von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und von deutschen nichtstaatlichen Friedensdiensten in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien durchgeführt werden.

Die Phasen gewaltsam ausgetragener politischer Konflikte werden erläutert und es wird untersucht, in welchem Verhältnis sich einheimische und auswärtige AkteurInnen in einem Krisengebiet zueinander befinden. Dabei werden die von beiden Akteursgruppen angebotenen Rekrutierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ebenso wie die Evaluierung erwünschter und unerwünschter Wirkungen von ziviler Konfliktbearbeitung behandelt. Die Publikation richtet sich an alle, die an der Frage interessiert sind, ob und mit welchen Mitteln externe AkteurInnen Bürgerkriege und Kriege verhindern oder beenden und den Frieden mit friedlichen Mitteln fördern können.

**Kontaktadresse:** Sabine Klotz M.A., Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V., Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg, Deutschland, Tel.: +49-6221-912-20, Fax: +49-6221-167-257

### **Großbritannien: Conciliation Resources (CR)**

Conciliation Resources (CR) hat einen neuen Band der Reihe: „Alternatives to war: Colombia's peace processes“ herausgebracht. Darin wird die Situation des Landes Kolumbien dargestellt, das durch einen 40 Jahre andauernden kriegsähnlichen Zustand zerrüttet und auch heute noch von Gewalt und humanitären Krisen geprägt ist. Die Publikation stellt eine Einführung in die Friedensbemühungen aus drei Jahrzehnten dar und präsentiert die Arbeit der Verantwortlichen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Dokumentiert werden dabei nicht nur die Höhepunkte des formalen Friedensprozesses mit der Guerrilla, sondern auch die Hindernisse bei den Friedensbemühungen. Dabei soll gezeigt werden, wie wichtig die Erkenntnisse einer historischen Rückschau der Friedensbemühungen für zukünftige Modelle der Konfliktlösung sind, um eine Wiederholung der Fehler zu vermeiden. Neben Artikeln über Herausforderungen und Dilemmata des kolumbianischen Friedensprozesses, neben Erläuterungen einzelner Reformen und regionaler Initiativen, der Darstellung der US-Politik und der Rolle der internationalen Gemeinschaft in Kolumbien werden eine Chronologie des Friedensprozesses mit allen wichtigen Friedensvereinbarungen aufgezeigt sowie Profile der HauptakteurInnen erstellt.

**Kontaktadresse:** Accord Marketing, Conciliation Resources, 173 Upper Street, London N1 1RG, UK, E-Mail: [accord@c-r.org](mailto:accord@c-r.org), [www.c-r.org/accord/col/accord14/index.shtml](http://www.c-r.org/accord/col/accord14/index.shtml)

### **International: European Association of Development Research and Training Institutes (EADI) online**

Die neue EADI Website findet sich unter [www.eadi.org](http://www.eadi.org) und verfügt neuerdings über eine Nachrichtensparte sowie eine Suchfunktion, die die NutzerInnen direkt zu den themenrelevanten Seiten weiterleitet. Das EADI ist eine unabhängige international agierende Nichtregierungsorganisation mit dem Themenschwerpunkt Entwicklungsforschung und umfasst ein aktives Netzwerk von 150 Organisationen.

**Kontaktadresse:** Susanne von Itter, Assistant Executive Secretary, Kaiser-Friedrich-Straße 11, 53113 Bonn, Deutschland, Tel.: 49-228-261-8101, Fax: 49-228-261-8103, E-Mail: [itter@eadi.org](mailto:itter@eadi.org), [www.eadi.org](http://www.eadi.org)

### **Österreich: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung**

Das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) hat unter dem Titel: „Schurkenstaat und

Staatsterrorismus - Die Konturen einer militärischen Globalisierung“ eine neue Publikation herausgegeben. Der Inhalt des Buches besteht aus verschiedenen Teilen mit wechselnden AutorInnen: Im ersten Teil geht es um den Umgang mit den sog. „Schurkenstaaten“ in der künftigen Weltordnung, unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Irak und um den transatlantischen Streit bezüglich einer Militärhegemonie. Der zweite Teil enthält eine Untersuchung der Kriege in der Postmoderne, wobei das Völkerrecht sowie die Rolle der Medien und der Umweltpolitik auf dem Prüfstand stehen. Der dritte Teil widmet sich dem Spannungsverhältnis von Religion und Gewalt und geht der Frage nach, in wie weit durch Religion Annäherungen an eine Kultur der Gewaltfreiheit möglich sind. Im vierten und fünften Teil schließlich werden das Verhältnis von Ökonomie und Krieg sowie die Dynamik globaler Sozialforen und anderer sozialer Bewegungen analysiert.

**Kontaktadresse:** Außenstelle Wien des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Wiedner Gürtel 10, 1040 Wien, Österreich, Tel.: +43-1-7969-959, Fax: +43-1-7965-711, E-Mail: [aspr.vie@aspr.ac.ac](mailto:aspr.vie@aspr.ac.ac), [www.aspr.ac.at/asprvie/aussenstelle\\_wien.htm](http://www.aspr.ac.at/asprvie/aussenstelle_wien.htm)

### **Deutschland: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)**

In einem von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit veröffentlichten Papier mit dem Titel: „Orientierungsrahmen für Friedensfonds“ wird ein Überblick über die Möglichkeiten und Grenzen gegeben, die sich durch den Einsatz eines Fonds im Bereich Friedensentwicklung als Baustein eines Länderportfolios ergeben. Darüber hinaus wird - mit Bezug auf Erfahrungen mit zahlreichen Friedensfonds in verschiedenen Regionen - dargestellt, welche Maßnahmen zur Gestaltung eines Fonds sich auf der Umsetzungsebene als erfolgreich erwiesen haben.

Das Papier richtet sich vorwiegend an Verantwortliche der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die auf politisch-strategischer Ebene Portfolioentscheidungen beeinflussen, sowie an Projektverantwortliche, die auf der Umsetzungsebene tätig sind. Es soll gezeigt werden, dass die Stärke eines Friedensfonds als wichtiges Instrument der Entwicklungszusammenarbeit zur Krisenprävention und Friedensentwicklung in der Schnelligkeit und Flexibilität bei der finanziellen Förderung und Beratung innovativer Maßnahmen mit Pilotcharakter und der Stärkung friedensorientierter Akteure liegt.

**Kontaktadresse:** Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, Postfach 5180, 65726 Eschborn, Deutschland, Tel.: +49-6196-79-0, [www.gtz.de/crisisprevention](http://www.gtz.de/crisisprevention)

## Deutschland: Deutsches Institut für Menschenrechte

Das deutsche Institut für Menschenrechte hat in Verbindung mit der deutschen Sektion von amnesty international, mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte in Wien sowie dem Institut für Entwicklung und Frieden in Duisburg das „Jahrbuch Menschenrechte“ herausgegeben. Diese sechste Ausgabe untersucht schwerpunktmäßig die Verwirklichung der Menschenrechte in Europa im Vorfeld der Erweiterung der Europäischen Union. Ausgewiesene ExpertInnen thematisieren die Dynamik des Wandels in den Beitrittsstaaten, die in menschenrechtlicher Hinsicht durch die Beitrittsperspektive ausgelöst worden ist. Auch der EU-Konvent zur Schaffung einer europäischen Verfassung wird behandelt.

Die im „Jahrbuch Menschenrechte 2003“ begonnene Untersuchung über die Vereinbarkeit von Strategien der Terrorismusbekämpfung mit der universellen Gültigkeit der Menschenrechte wird fortgeführt. Im Mittelpunkt stehen dabei völkerrechtliche und politische Analysen zur neuen amerikanischen Sicherheitsdoktrin und zum Krieg gegen den Irak. Diverse Beiträge zum Internationalen Strafgerichtshof und zur Menschenrechtslage in Deutschland ergänzen den Band, der auch eine Übersicht über die aktuellen Ratifikationsstände wichtiger Menschenrechtsabkommen sowie über in Deutschland vergebene Menschenrechtspreise enthält.

**Kontaktadresse:** Deutsches Institut für Menschenrechte, Zimmerstr. 26/27, 10969 Berlin, Deutschland, Tel. +49-30-259-359-0, E-Mail: [info@institut-fuer-menschenrechte.de](mailto:info@institut-fuer-menschenrechte.de), [www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)

## Deutschland: Stiftung Entwicklung und Frieden I

Die siebte Ausgabe der Reihe „Global Trends 2004/2005“ der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) trägt wieder Fakten, Daten und Zusammenhänge über aktuelle globale Entwicklungstrends in der Weltgesellschaft zusammen und analysiert diese. Dabei werden nicht nur die zentralen Kapitel der früheren Ausgaben aktualisiert, sondern auch neue Themen wie die Krise der transatlantischen Beziehungen und das „unipolare Moment“ in der Weltpolitik aufgegriffen.

Den vier Querschnittsanalysen und Einzelbeiträgen zu „Weltgesellschaft“, „Weltwirtschaft“, „Weltökologie“ sowie „Weltpolitik und Weltfrieden“ sind in dieser Ausgabe 10 Thesen zum Irak-Krieg als weltpolitische Zäsur vorangestellt. Angesichts des hegemonialen US-amerikanischen Unilateralismus fordern die drei Herausgeber Ingomar Hauchler, Dirk Messner und Franz Nuscheler von Europa eine eigene weltpolitische Agenda und rufen die EU dazu auf, signifikante Beiträge zur Lösung zentraler Weltprobleme zu leisten. Aber auch in den anderen Beiträgen werden konkrete Handlungsempfehlungen für die nationale und internationale Politik ausgesprochen.

**Kontaktadresse:** Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Development and Peace Foundation, Gotenstr. 152, 53175 Bonn, Deutschland, Tel.: +49-228-95925-0, Fax: +49-228-95925-99, E-Mail: [sef@sef-bonn.org](mailto:sef@sef-bonn.org), [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org)

## Deutschland: Stiftung Entwicklung und Frieden II

In der Reihe „EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden“ ist Band 16 mit dem Titel „Krieg als (Über)lebenswelten - Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität“ erschienen. Inhaltlich wird der Zusammenhang zwischen Krieg und ökonomischen Motiven einzelner am Kriegsgeschehen beteiligter Akteure aufgezeigt. Der erste Teil des Werkes handelt von Schattenglobalisierung, Weltwirtschaft und Staatlichkeit, wobei der Wandel des Krieges im Zeitalter der Globalisierung im Vordergrund steht. Im zweiten Teil geht es um Ursachen, materielle Grundlagen und Transnationalisierung gegenwärtiger Kriege. Dabei stehen Profitstreben und bewaffnete Gewalt in Indien sowie Migration und Diaspora am Beispiel Afghanistans im Zentrum der Studien. Ferner enthält dieser Teil Beiträge über die Ökonomie innerstaatlicher Kriege, über horizontale Ungleichheiten als Ursache von Bürgerkriegen und die Rolle von Entführungen in internationalen Konflikten.

Der dritte Teil beschreibt die Thematik aus dem Blickwinkel der GewaltakteurInnen und ihrer Opfer. Krieg und bewaffnete Konflikte werden hier als sozialer Raum wahrgenommen und entsprechend analysiert, der Zusammenhang zwischen Jugend, Islamismus und Gewalt in Algerien wird untersucht sowie die Kinderarbeit in den Drogenbanden Rio de Janeiro dargestellt. Im vierten und letzten Teil werden schließlich mögliche Bausteine der Stabilisierung beleuchtet. Dazu zählen die Beziehung zwischen Militär und humanitärer Hilfe in internationalen Krisen, die Rolle

der Friedensökonomie, des Völkerrechts und die Bedeutung von Private Military Companies in Gewaltkonflikten. Ferner wird der Einfluss der „Friedensindustrie“ auf Konfliktsituationen am Beispiel Nordirlands erläutert.

**Kontaktadresse:** Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Gotenstr. 152, 53175 Bonn, Deutschland, Tel.: +49-228-95925-0, Fax: +49-228-95925-99, E-Mail: [sef@sef-bonn.org](mailto:sef@sef-bonn.org), [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org)

## Deutschland: Stiftung Entwicklung und Frieden III

Band 17 der Reihe „EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden“ mit dem Titel „Nation-Building - Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?“ (Herausgeber: Jochen Hippler) enthält Konzepte und theoretische Analysen des „Nation-Building“, wobei die Hintergründe von Konfliktprävention und Staatsbildung beleuchtet sowie das Verhältnis zwischen „Nation-Building“ auf der einen und Globalisierung wie auch Demokratisierung auf der anderen Seite diskutiert werden.

Anhand verschiedener Fallstudien werden diese Konzepte in einem zweiten Schritt mit der politischen Wirklichkeit verglichen. Beispiele hierfür sind die Staatsbildung in Afghanistan im Schatten der Warlords und des „Antiterror-Kriegs“, das „Nation-Building“ auf Grundlage militärischer Besatzung im Irak sowie die Ereignisse in Somalia, Bosnien, Nigeria und im Kosovo. In einem dritten Schritt wird Staatsbildung in der politischen Praxis in entwicklungs- und sicherheitspolitischer Perspektive näher beschrieben. Dabei wird die Rolle von Nichtregierungsorganisationen in Prozessen der Staatsbildung herausgearbeitet, diese Strategie für regionale Stabilisierungen und Konfliktprävention diskutiert sowie Möglichkeiten und Grenzen externer militärischer Beiträge aufgezeigt.

**Kontaktadresse:** Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Gotenstr. 152, 53175 Bonn, Deutschland, Tel.: +49-228-95925-0, Fax: +49-228-95925-99, E-Mail: [sef@sef-bonn.org](mailto:sef@sef-bonn.org), [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org)

## Deutschland: Conflict & Communication Online

Die Zeitschrift conflict & communication online hat es sich zur Aufgabe gemacht, vielfältige wissenschaftliche Perspektiven und professionelle Erfahrungen der sozial-, geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen und Praxisfelder in den Bereichen Konflikt und Kommunikation in einen Dialog treten zu lassen, der über die

Thematisierung aktueller Konfliktfelder hinaus auf die Etablierung einer friedenswissenschaftlichen Grundlagenforschung zielt. Das Spektrum reicht von sozialpsychologischer Kleingruppenforschung bis zur Untersuchung inner- und zwischenstaatlicher Kriege, von der Analyse interpersonaler Kommunikation bis zur Massenkommunikationsforschung und von Konfliktmanagement bis hin zu Journalismus und den neuen Informationstechnologien.

Veröffentlicht werden theoretische Beiträge ebenso wie empirische Forschungsergebnisse, methodologische Erörterungen und praktische Reflexionen, Erfahrungsberichte und Problematisierungen. Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden. Kriterien für die Annahme von Manuskripten sollen dabei ausschließliche deren Qualität und thematische Einschlägigkeit sein. Wegen der Transdisziplinarität seines Themas bedeutet dies nicht selten, dass conflict & communication online Beiträge veröffentlicht, die in den gängigen Mainstream-Journals nur beschränkte Publikationsaussichten hätten. Die Zeitschrift ist jeweils etwa zur Hälfte einem Schwerpunktthema und zur anderen Hälfte freien Beiträgen gewidmet. Das Schwerpunktthema der im April 2004 erscheinenden Ausgabe ist die Rolle von Nachrichtenmedien als Mediatoren von Peace-Building und Demokratisierung in Nachkriegsgesellschaften.

**Kontaktadresse:** Prof. Dr. Wilhelm Kempf, Universität Konstanz, Fachbereich Psychologie, 78457 Konstanz, Deutschland, Tel.: +49-7531-88-2564, E-Mail: cco@regener-online.de, www.cco.regener-online.de

### Deutschland: Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit dem Modul Wissenlive (www.wissenlive.nrw.de) einen umfassenden Veranstaltungskalender für interessierte BürgerInnen des Landes NRW geschaffen, die an Wissenschaft und Forschung allgemein interessiert sind. Damit können die wichtigsten wissenschaftlichen Vorträge, Exkursionen und Veranstaltungen zentral abgefragt werden. OrganisatorInnen können ihre Veranstaltungen unter <http://termine.mwfnrw.de> kostenfrei in kürzester Zeit für jeden online verfügbar machen. In Zukunft soll Wissenlive mit weiteren PartnerInnen wie „Wissenschaft: im Dialog“ und dem „Informationsdienst Wissenschaft (idw)“ verknüpft werden, um Termine überregional bekannt zu machen.

**Kontaktadresse:** Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Referat für Kommunikation, Völklinger Straße 49, 40221 Düsseldorf, Deutschland, Tel.: +49-211-896-4670, Fax: +49-211-896-4675, E-Mail: axel.weber@mwf.nrw.de, www.wissenlive.nrw.de bei Rückfragen oder Anmerkungen: wissenlive@mwf.nrw.de

### Englischsprachige Publikationen aus der deutschen Friedensforschung

Austrian Study Center for Peace and Conflict Resolution (ed.), *Constructive Conflict Coverage. A Social Psychological Approach*, Berlin 2003. 191 pp.

Bauer, Norbert L., *African Regional Integration-The EU-SA Free Trade Agreement (University of Leipzig: Papers on Africa No.71- Politics and Economics, Leipzig 2004)*, 34 pp.

Brauch/Liotta/Marquina/Rogers/Selim (eds.), *Security and Environment in the Mediterranean-Conceptualising Security and Environmental Conflict (AG Friedensforschung und Europäische Sicherheitspolitik, Hexagon Series No.1; Collection Strademed No.16, Berlin/Heidelberg/New York 2003)*, 1162 pp.

Birckenbach, Hanne-Margret/Wellmann, Christian (eds.), *The Kaliningrad Challenge -Options and Recommendations (The Schleswig-Holstein Institute for Peace Research: Kiel Peace Research Series Volume 10, Lit Verlag Münster/Hamburg/Berlin/London 2003)*, 298 pp.

Ishengoma, Esther, *The Role of Firm Resources: Performance Differentials between Women- and Men-owned Microenterprises in Tanzania (University of Leipzig: Papers on Africa No.70 - Politics and Economics, Leipzig 2004)*, 31 pp.

Kitschelt, Herbert, *State Failure, Globalization, and Regime Conflict: Origins of Contemporary International Terrorism in the Middle East (Friedrich-Ebert-Stiftung: International Policy Analysis Unit, Bonn 2003)*, 31 pp.

Klein, Uta, *The Gender Perspective of Civil-Military Relations in Israeli Society*, in: *Current Sociology*, Volume 50, Number 5, Münster 2002, pp. 669-686.

Krell, Gert, *Arrogance of Power- Arrogance of Impotence. The Iraq Conflict, US "Weltpolitik", and Transatlantic Relations (Peace Research Institute Frankfurt: PRIF Reports No.67, Frankfurt 2003)*, 45 pp.

Matveeva, Anna, *Macedonia: Guns, policing and ethnic division (Saferworld and Bonn International Center for Conversion, London/Bonn 2003)*, 71 pp.

Matveeva, Anna/Paes, Wolf-Christian, *The Kosovo Serbs: An ethnic minority between collaboration and defiance (Bonn International Center for Conversion, Friedrich Naumann Foundation and Saferworld, Bonn/Belgrade/London 2003)*, 56 pp.

Paffenholz, Thania, *Community-based Bottom-up Peacebuilding. The development of the Life and Peace Institute's approach to peacebuilding and Lessons Learned from the Somalian experience (1990-2000) (The Life and Peace Institute Uppsala/Nairobi: Horn of Africa Series, Uppsala 2003)*.

Spanger, Hans-Joachim/Wolff, Jonas, *Poverty Reduction through Democratization? PRSP: Challenges of a New Development Assistance Strategy (Peace Research Institute Frankfurt: PRIF Reports No.66, Frankfurt 2003)*, 45 pp.

Wills, Oliver, *War Veterans and Peacebuilding in Former Yugoslavia - A Pilot Project of the Centre for Nonviolent Action (CNA), (Berghof Research Center for Constructive Conflict Management, Berghof Occasional Paper Number 24, Berlin 2004)*, 36 pp.

Winn, Neil (ed.), *Special Issue on Neo-Medievalism and Civil Wars, (Civil Wars, Volume 6, Number 2, o.O. 2003)*, pp.70-93.

### Neue Literatur in der AFB-Bibliothek

Die nachfolgend zitierten Publikationen sind von September 2003 bis Februar 2004 in der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn angeschafft worden oder eingegangen und stehen in der Präsenzbibliothek zur Verfügung.

### Friedenswissenschaftliche Grundlagenforschung Zivile Konfliktbearbeitung

Botes, Johannes: *Conflict Transformation: A Debate over Semantics or a Crucial Shift in the Theory and Practice of Peace and Conflict Studies?* In: *International Journal of Peace Studies*, Vol. 8, No. 2/2003, S. 1 - 27.

Chojnacki, Sven: *Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001.* Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: discussion papers 304/2003, 42 S.

Friedensentwicklung (Hg.): *Netzwerk- und Akteursanalyse. Ein methodischer Leitfaden*. Draft 12. September 2003. Bonn 2003, 16 S.

Held, Thomas: *Förderprogramme Friedensforschung. Bilanz und Perspektiven der DSF*. In: *Wissenschaft und Frieden*, 21. Jg. 4/2003, S. 6 - 10.

Hippler, Jochen (Hg.): *Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?* Stiftung Entwicklung und Frieden: Bonn 2004, 276 S.

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (Hg.): *Frieden braucht Gesellschaft! Gesellschaftliche Ansätze in der Zivilen Konfliktbearbeitung. Eine Bestandsaufnahme*. Bonn 2003, 80 S.

Rittberger, Volker: *Herausforderungen für die Friedensforschung am Beginn des 21. Jahrhunderts*. In: *Die Friedenswarte*, Bd 78, 2-3/2003, S. 235 - 250.

Sahm, Astrid/Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hg.): *Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung*: Westdeutscher Verlag: Wiesbaden 2002, 434 S.

Stiftung Entwicklung und Frieden: *Globale Trends 2004/2005. Fakten Analysen Prognosen*. Fischer Verlag: Frankfurt/M. 2003, 347 S.

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Hg.): *Armutsbekämpfung und Krisenprävention. Wie lässt sich Armutsbekämpfung konflikt sensitiv gestalten?* Bonn 2003, 43 S.

Wissenschaft und Frieden: *Schwerpunkt Friedensforschung*. 21. Jg., 4/2003, 75 S.

## Europa der OSZE

Biermann, Frank/Sohn, Hans-Dieter: *Europa und eine multipolare Weltordnungspolitik. Indien und Ostasien als neue Bündnispartner?* Stiftung Entwicklung und Frieden: Policy Paper 21/2003, Bonn, 11 S.

Loquai, Heinz: *Weichenstellungen für einen Krieg. Internationales Krisenmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt*. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2003, 201 S.

Neukirch, Claus: *Konfliktmanagement und Konfliktprävention im Rahmen von OSZE-Langzeitmissionen. Eine Analyse der Missionen in Moldau und Estland*. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2003, 333 S.

Oguzlu, H. Tarik: *An Analysis of Turkey's Prospective Membership in the European Union from a "Security" Perspective*. In: *Security Dialogue*, Vol. 34, No. 3/2003, S. 285 - 299.

Rittberger, Volker/Zelli, Fariborz: *Europa in der Weltpolitik: Juniorpartner der USA oder antihegemoniale Alternative?* In: *Die Friedenswarte*, Bd 78, 2-3/2003, S. 195 - 233.

Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.): *Eine europäische Sicherheitsstrategie. Fiktion oder Fundament einer effektiven gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik?* SEF News 18/2003, Bonn, 15 S.

## Nord-Süd-Beziehungen Entwicklungsfragen

Brock-Utne, Birgi: *The Language Question in Africa in the Light of Globalisation, Social Justice and Democracy*. In: *International Journal of Peace Studies*, Vol. 8, No. 2/2003, S. 67 - 87.

Faath, Sigrid (Hg.): *Islamische Stiftungen und wohltätige Einrichtungen mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen in arabischen Staaten*. Deutsches Orient-Institut: Hamburg 2003, 249 S.

Rae, James: *War Crimes Accountability: Justice and Reconciliation in Cambodia and East Timor?* In: *Global Change, Peace & Security*, Vol. 15, No. 2/2003, S. 157 - 178.

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Hg.): *Zivilgesellschaft & Entwicklung 2003*. Bonn 2003, 34 S.

Walzer, Michael: *Liberalism and Global Inequality*. The Joan B. Kroc Institute for International Peace Studies: Peace Colloquy 4/2003, S. 14 - 15.

## Konflikte & Krisen Kriege & Kriegsursachen

Dodge, Toby: *US Intervention and possible Iraq Futures*. In: *The International Institute for Strategic Studies: Survival*, Vol. 45, No. 3/2003, S. 103 - 122.

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hg.): *Sonderheft Irak-Krieg 2003*. DISS-Journal/kultuRRevolution: Duisburg 2003, 40 S.

Fisk, Robert: *This Looming War isn't about Chemical Warheads or Human Rights: It's about Oil*. In: *Peace Research*, Vol. 35, No. 1/2003, S. 21 - 24.

Kempin, Tina: *Ready for Peace? The Implementation of the Good Friday Agreement in Northern Ireland 1998-2002*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich: Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung Nr. 68/2003, 170 S.

Kitschelt, Herbert: *State Failure, Globalization, and Regime Conflict: Origins of Contemporary International Terrorism in the Middle East*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Bonn 2003, 31 S.

Krawitz, Howard M.: *Resolving Korea's Nuclear Crisis: Tough Choices for China*. Institute for National Strategic Studies/National Defense University: Washington, Strategic Forum No. 201/2003, 6 S.

Mason, Ann: *Colombia's Democratic Security Agenda: Public Order in the Security Tripod*. In: *Security Dialogue*, Vol. 34, No. 4/2003, S. 391 - 409.

Reeb, Hans-Joachim: *Berichterstattung vom Golf. Reflexionen über den Journalismus im Irak-Krieg 2003*. Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg: SOW kontrovers Nr. 1/2003, 52 S.

Schaffer, Teresita C.: *Finding a Kashmir Settlement: The Burden of Leadership*. Institute for National Strategic Studies/National Defense University: Washington, Strategic Forum No. 199/2003, 4 S.

Schlicher, Monika/Flor, Axel: *Osttimor - Konfliktlösung durch die Vereinten Nationen*. In: *Die Friedenswarte*, Bd 78, 2-3/2003, S. 251 - 279.

## Völkerrecht & Vereinte Nationen Menschenrechte und Internationale Beziehungen

Beestermöller, Gerhard (Hg.): *Die humanitäre Intervention - Imperativ der Menschenrechtsidee? Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo-Krieges*. Kohlhammer: Stuttgart 2003, 171 S.

Bunn, M. Elaine: *Preemptive Action: When, How, and to what Effect?* Institute for National Strategic Studies/National Defense University: Washington, Strategic Forum No. 200/2003, 8 S.

Deutsches Institut für Menschenrechte (Hg.): *Menschenrechte 2004*. Suhrkamp: Frankfurt/M. 2003, 369 S.

- Ehrke, Michael: *Nach dem Irak-Krieg: Unipolarität und Globalisierung*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Bonn 2003, 8 S.
- Follmar-Otto, Petra/Cremer, Hendrik: *Das neue Zusatzprotokoll zur UN-Anti-Folter-Konvention. Herausforderungen für die deutsche Innenpolitik*. Deutsches Institut für Menschenrechte: Policy Paper 2/2004, 10 S.
- Ham, Peter van: War, Lies, and Videotape: Public Diplomacy and the USA's War on Terrorism. In: Security Dialogue, Vol. 34, No. 4/2003, S. 427 - 444.
- Herman, Michael: Intelligence After 9/11: A British View of the Effects. Canadian Security Intelligence Service: Commentary 83/2003, 16 S.
- Lutz, Dieter S. +/Gießmann, Hans J. (Hg.): *Die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren. Politische und rechtliche Einwände gegen eine Rückkehr des Faustrechts in die internationalen Beziehungen*. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2003, 430 S.
- Massachusetts Institute of Technology/Security Studies Program (Ed.): *Annual Report 2002-2003*. Cambridge 2003, 51 S.
- Morden, Reid: Spies, not Soothsayers: Canadian Intelligence after 9/11. Canadian Security Intelligence Service: Commentary 85/2003, 14 S.
- Rupprecht, Johanna: *Frieden durch Menschenrechtsschutz. Strategien der Vereinten Nationen zur Verwirklichung der Menschenrechte weltweit*. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2003, 363 S.
- Sale, Richard: *Saddam-CIA Links (1959-1990)*. In: Peace Research, Vol. 35, No. 1/2003, S. 17 - 20.
- Treverton, Gregory F.: *Reshaping Intelligence to Share with "Ourselves"*. Canadian Security Intelligence Service: Commentary 82/2003, 8 S.
- Turner, Scott: *The Dilemma of Double Standards in U.S. Human Rights Policy*. In: Peace & Change, Vol. 28, No. 4/2003, S. 524 - 554.
- Sicherheitspolitik & Rüstung  
Rüstungskonversion**
- Auswärtiges Amt: *Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2002*. Berlin 2003, 115 S.
- Bellamy, Alex J.: *Security Sector Reform: Prospects and Problems*. In: Global Change, Peace & Security, Vol. 15, No. 2/2003, S. 101 - 119.
- Bohlen, Avis: *The Rise and Fall of Arms Control*: In: The International Institute for Strategic Studies: Survival, Vol. 45, No. 3/2003, S. 7 - 34.
- Borsuk, Gerald M./Coffey, Timothy: *Moore's Law: Department of Defense Perspective*. Center for Technology and National Security Policy/National Defense University, Washington: Defense Horizons 30/2003, 8 S.
- Canadian Security Intelligence Service (Ed.): *Weapons Proliferation and the Military-Industrial Complex of the PRC*. Commentary 84/2003, 7 S.
- Garrido, Marco: *Small Arms Proliferation in the Philippines*. The Joan B. Kroc Institute for International Peace Studies: Peace Colloquy 4/2003, S. 16 - 17.
- McMillan, Joseph: *Building an Iraqi Defense Force*. Institute for National Strategic Studies/National Defense University: Washington, Strategic Forum No. 198/2003, 8 S.
- Menashri, David: *Iran after the Fall of Baghdad: Implications for Western Foreign and Security Policy*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Bonn 2003, 10 S.
- Michel, Leo G.: *NATO Decisionmaking: Au Revoir to the Consensus Rule?* Institute for National Strategic Studies/National Defense University: Washington, Strategic Forum No. 202/2003, 8 S.
- Reeb, Hans-Joachim: *Sicherheitspolitische Kultur in Deutschland seit 1990*. Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit: Bremen 2003, 68 S.
- Risse, Thomas: *Beyond Iraq: The Crisis of the Transatlantic Security Community*. In: Die Friedenswarte, Bd 78, 2-3/2003, S. 173 - 193.
- Saikia, Jaideep: *Terror sans Frontiers. Islamic Militancy in North East India*. Program in Arms Control, Disarmament, and International Security/University of Illinois at Urbana-Champaign: Occasional Paper July 2003, 86 S.
- Schaper, Annette: *Nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung*. In: Wissenschaft und Frieden, 21. Jg. 4/2003, S. 16 - 18.
- Theiler, Olaf: *Die NATO im Umbruch. Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Nationalinteressen*. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2003, 357 S.
- United Nations: *The United Nations Disarmament Yearbook Volume 27:2002*. Department for Disarmament Affairs: New York 2003, 493 S.
- Wortmann, Rolf: *Der Irakkrieg und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen*. Fachhochschule Osnabrück 2003, 45 S.
- Globale Gefährdungen Globalisierung**
- Beck, Ulrich: *The Silence of Words: On Terror and War*. In: Security Dialogue, Vol. 34, No. 3/2003, S. 255 - 267.
- Makinda, Samuel M.: *Global Governance and Terrorism*. In: Global Change, Peace & Security, Vol. 15, No. 1/2003, S. 43 - 58.
- Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): *Jihad vs. McWorld. Friedenspolitik im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und fundamentalistischer Bedrohung*. Friedensbericht 2003. Agenda Verlag: Münster 2003, 288 S.
- Pittenger, Richard F./Gagosian, Robert B.: *Global Warming could have a Chilling Effect on the Military*. Center for Technology and National Security Policy/National Defense University, Washington: Defense Horizons 33/2003, 8 S.
- Senghaas-Knobloch, Eva: *Globale Wirtschaftsstrukturen und „Global Governance“ im Politikfeld Arbeit - Auftrag und Möglichkeiten der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)*. Universität Bremen: artec-paper 106/2003, 24 S.
- Weller, Christoph: *Kein Frieden ohne Global Governance*. In: Wissenschaft und Frieden, 21. Jg. 4/2003, S. 23 - 26.
- Ethno- Nationalismus  
Inner- und zwischengesellschaftliche Konflikte**
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hg.): *Christlich-islamische Friedensarbeit. „Die Aufgabe des Friedens und das Problem der Gewalt.“ - Eine christlich-islamische Begegnung -*. Dokumentation eines Workshops vom 25. bis 27. Oktober 2002 in Hannover. Bonn 2002, 35 S.
- Arbeitsgruppe Erdölprojekt-Tschad-Kamerun (Hg.): *Das Tschad-Kamerun-Öl- und Pipeline-Projekt. Öl - Macht - Armut!* Mühlthal 2003, 36 S.
- Matveeva, Anna with Duncan Hiscock, Wolf-Christian Paes and Hans Risser: *Macedonia: Guns, policing and ethnic division*. Saferworld and Bonn International Center for Conversion: London/Bonn 2003, 71 S.

Matveeva, Anna/Paes, Wolf-Christian: *The Kosovo Serbs: An ethnic minority between collaboration and defiance*. Bonn International Center for Conversion/Friedrich Naumann Foundation/Saferworld: Bonn/Belgrade/London 2003, 56 S.

Naidu, M. V.: *Crises in Post-Saddam Iraq*. In: Peace Research, Vol. 35, No. 1/2003, S. 1 - 15.

Pastreich, Emanuel: *Sovereignty, Wealth, Culture, and Technology: Mainland China and Taiwan Grapple with the Parameters of „Nation State“ in the 21st Century*. Program in Arms Control, Disarmament, and International Security/University of Illinois at Urbana-Champaign: Occasional Paper July 2003, 14 S.

Rabasa, Angel M.: *Political Islam in Southeast Asia: Moderates, Radicals and Terrorists*. The International Institute for Strategic Studies: Adelphi Paper 358/2003, 82 S.

Shih, Cheng-Feng: *Language and Ethnic Politics in Taiwan*. In: International Journal of Peace Studies, Vol. 8, No. 2/2003, S. 89 - 102.

Valk, Aneke van der: *Racism, a Threat to Global Peace*. In: International Journal of Peace Studies, Vol. 8, No. 2/2003, S. 45 - 66.

Verwimp, Philip: *Testing the Double-Genocide Thesis for Central and Southern Rwanda*. In: The Journal of Conflict Resolution, Vol. 47, No. 4/2003, S. 423 - 442.

## Friedenspädagogik Sozialpsychologische Friedensforschung

Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hg.): *Medien zwischen Krieg und Frieden*. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2002, 287 S.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): *Die Opfer der Diktaturen nicht vergessen*. Erinnerungspolitische Arbeit der FES: Bonn 2003, 55 S.

Friedrich-Ebert-Stiftung/Institut für Sozialgeschichte (Hg.): *Archiv für Sozialgeschichte*. 43. Band. Dietz Nachf.: Bonn 2003, 658 S.

Kümmel, Gerhard/Collmer, Sabine (Hg.): *Soldat - Militär - Politik - Gesellschaft. Facetten militärbezogener sozialwissenschaftlicher Forschung. Liber amicorum für Paul Klein*. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2003, 261 S.

Porter, Elisabeth: *Women, Political Decision-Making, and Peace-Building*. In: Global Change, Peace & Security, Vol. 15, No. 3/2003, S. 245 - 262.

Rittberger, Volker (Hg.): *Demokratie - Entwicklung - Frieden. Schwerpunkte Tübinger Politikwissenschaft*. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2003, 213 S.

Stiftung Die Schwelle (Hg.): *Vom Mut, Schwellen zu überschreiten. 29 Beispiele internationaler Friedensarbeit*. Bremen 2003, 78 S.

## Pazifismus & Gewaltfreiheit Friedensethik

Diakonisches Werk der EKD „Brot für die Welt“/Institut für Friedenspädagogik: *Basic needs. Eine faire Chance für alle*. Stuttgart/Tübingen 2003, CD-Rom.

Evangelischer Pressedienst: *Frieden in Gerechtigkeit*. Christliche Friedensdienste. epd-Dokumentation 48/2003, 30 S.

Institut für Religion und Frieden beim Militärbischofsamt (Hg.): *Ethica 2003. Jahrbuch des Instituts für Religion und Frieden*. Wien 2003, 281 S.

Young, Seek Choue: *Magna Carta of global common society. Grand vision of human society toward the new millennium*. Institute of International Peace Studies: Seoul 1998, 37 S.

## Tagungen & Termine 2004

### 01.-02. April 2004

„Internationale Konferenz zum 10-jährigen Bestehen des BICC“.  
**Kontaktadresse:** Bonn International Center for Conversion (BICC), An der Elisabethkirche 25, 53111 Bonn, Tel.: +49-228-91196-0, Fax: +49-228-241215, E-Mail: [bicc@bicc.de](mailto:bicc@bicc.de), [www.bicc.de](http://www.bicc.de)

### 26. April-7. Mai 2004

„Peacebuilding & Conflict Resolution - Certificate Program“. Einführungskurs in Friedenskonsolidierung und Konfliktforschung.  
**Kontaktadresse:** Canadian International Institute of Applied Negotiation (CIAN), 280 Albert Street, Suite 201, Ottawa, ON, Kanada, K1P 5G8, Tel.: +1-613-237-9050, Fax: 1-613-237-6952, E-Mail: [ciian@ciian.org](mailto:ciian@ciian.org), [www.ciian.org](http://www.ciian.org)

### 29.-30. April 2004

„European Network for Peace and Human Rights“. Netzwerkkonferenz im Europäischen Parlament in Brüssel.  
**Kontaktadresse:** Bertrand Russell Peace Foundation, Russell House, Bulwell Lane, Nottingham NG6 0BT, Großbritannien, Tel.: +44-115-9784-504, Fax: +44-115-9420-433, E-Mail: [elfeuro@compuserve.com](mailto:elfeuro@compuserve.com), [www.russfound.org](http://www.russfound.org)

### 04. Mai 2004

„Frieden braucht Frauen - Sicherheitspolitik braucht die Geschlechterperspektive: Zur Umsetzung der UN-Resolution 1325“. Kompaktforum in Berlin. Veranstalter: Feministisches Institut der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Frauensicherheitsrat und dem Auswärtigen Amt.  
**Kontaktadresse:** Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40-41, 10178 Berlin, Deutschland, Tel.: +49-30-28534-202, Fax: +49-30-28534-119, E-Mail: [alvarez@boell.de](mailto:alvarez@boell.de), [www.boell.de](http://www.boell.de)

### 07.-08. Mai 2004

„Atomwaffen und Atomenergie in einer instabilen Welt. Analysen und Auswege“. Kongress der International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW).  
**Kontaktadresse:** IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Deutschland, Tel.: +49-30-698-074-0, Fax: +49-30-6938-166, E-Mail: [ipppnw@ipppnw.de](mailto:ipppnw@ipppnw.de), [www.ipppnw.de](http://www.ipppnw.de)

### 09.-19. Mai 2004

„Sharing Tools for Personal/Global Harmony“. 12th Annual International Conference on Conflict Resolution in St. Petersburg, Russland, gefördert vom Common Bond Institute (USA) und dem Harmony Institute (Russland).  
**Kontaktadresse:** Common Bond Institute, Steve Olweean, Conference Coordinator, 12170 South Pine Ayr Drive, Climax, Michigan 49034, USA, Tel./Fax: +1-269-665-9393, E-mail: [solweean@aol.com](mailto:solweean@aol.com), [ahpweb.org/cbi/home.html](http://ahpweb.org/cbi/home.html)

### 09. Mai 2004

„War and the Environment: Contexts and Consequences of Military Destruction in the Modern Age“. Tagung am German Historical Institute in Washington, DC, USA.  
**Kontaktadresse:** German Historical Institute, 1607 New Hampshire Ave., NW, Washington, DC, USA, Tel.: +1-202-387-33-55, Fax: +1-202-483-34-30, E-Mail: [B.Thomas\\_AT\\_ghi-dc.org](mailto:B.Thomas_AT_ghi-dc.org), [www.ghi-dc.org](http://www.ghi-dc.org)

### 02.-05. Juni 2004

„Interaction 2004“. Conflict Resolution Network Canada's 8th Biennial Conference. Auf dieser Konferenz geht es in über 60 verschiedenen Workshops um grundlegende Theorien und Modelle der Friedens- und Konfliktforschung sowie deren Relevanz in der Praxis.  
**Kontaktadresse:** Conflict Resolution Network Canada, Conrad Grebel University College, University of Waterloo, Waterloo, ON N2L 3G6, Kanada, Tel.: +1-519-885-0880, Fax: +1-519-885-0806, E-Mail: [crnetwork@crnetwork.ca](mailto:crnetwork@crnetwork.ca), [www.crnetwork.ca/conference/index.asp](http://www.crnetwork.ca/conference/index.asp)

### 04.-06. Juni 2004

„Der Stärkste ist am mächtigsten allein - Die USA als Weltmacht“. Internationale Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum in Kooperation mit der Johns Hopkins University, Washington.  
**Kontaktadresse:** Evangelische Akademie Loccum, Münchehäger Straße 6, 31547 Rehburg-Loccum, Deutschland, Tel.: +49-5766-81-0 (Zentrale), Fax: +49-5766-819-00, Email: [eal@evlka.de](mailto:eal@evlka.de), [www.loccum.de](http://www.loccum.de)

#### 08. Juni 2004

„Aktuelle sicherheitspolitische Fragen“. Forum der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS).

**Kontaktadresse:** Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, Prof. Dr. Dr. Ernst Woit, Liliengasse 15, 01067 Dresden, Deutschland, Tel.: +49-351-495-1857, Fax: +49-351-4951.857, E-Mail: ernst.woit@web.de, www.sicherheitspolitik-dss.de

#### 10.-12. Juni 2004

„Northern Ireland Conflict Resolution: An Introductory Programme“. Einführungsveranstaltung in den Nordirlandkonflikt der International Conflict Research (INCORE), der United Nations University und der University of Ulster.

**Kontaktadresse:** University of Ulster, Aberfoyle House, Northland Road, Derry/Londonderry, BT48 7JA, Nordirland, Tel.: 44-0-28-71-375500, Fax: 44-0-28-71-375510, E-Mail: school@incore.ulst.ac.uk, www.incore.ulst.ac.uk/news/events/ss/introNI.html

#### 11.-15. Juni 2004

„Teaching Nonproliferation Summer Institute“ an der Universität North Carolina bei Asheville. Ein Schwerpunkt des Sommer- Workshops sind umwelt- und gesundheitspolitische Streitfragen im Zusammenhang mit den Gefahren durch Massenvernichtungswaffen.

**Kontaktadresse:** Ms. Dot Sulock, Department of Mathematics, CPO 2350 University of North Carolina at Asheville, NC 28804-8511, USA, Tel.: +1-828-232-5196 Fax: +1-828-251-6438, Email: dsulock@unca.edu, www.unca.edu/nonproliferation

#### 20. Juni 2004

„Konflikte zwischen Gruppen und Perspektiven für nachhaltige Lösungen“. Jahrestagung 2004 des Forums Friedenspsychologie.

**Kontaktadresse:** Universität Marburg, Fachbereich Psychologie, Prof. Dr. Gert Sommer, Gutenbergstr. 18, 35037 Marburg, Deutschland, Tel.: +49-6421-34215, Fax: +49-6421-288-904, E-Mail: forum@friedenspsychologie.de, www.friedenspsychologie.de

#### 23.-27. Juni 2004

„Towards a World Without Violence“. Internationaler Kongress im Centre de Convencions International de Barcelona. Veranstalter: International Peace Bureau (IPB, Genf) and Fundacio per la Pau.

**Kontaktadresse:** Fundacio per la Pau, Casp 31, 2n 1a, 08010 Barcelona, Spanien, Tel.: +34-3-3025-129, Fax: +34-3-3017-562, E-Mail: info@fundacioperlapau.org, www.fundacioperlapau.org

#### 25.-26. Juni 2004

„Die Reform der Vereinten Nationen-Potsdamer UNO-Konferenz 2004“. Veranstalter: Forschungskreis Vereinte Nationen in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam.

**Kontaktadresse:** Forschungskreis Vereinte Nationen, Dr. Helmut Volger, c/o Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, August-Bebel-Straße 89, 14482 Potsdam, Deutschland, Tel.: +49-331-977-3450, Fax: +49-331-977-3451, E-Mail: fkruno@rz.uni-potsdam.de, www.forschungskreis-vereinte-nationen.de

#### 04.-10. Juli 2004

„Die Wiedergeburt Europas‘ - Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur ‚ein-samen Supermacht‘“. 21. Internationale Sommerakademie im Friedenszentrum Burg Schlaining/Burgenland.

**Kontaktadresse:** ÖSFK Außenstelle Wien, Thomas Roithner, Wiedner Gürtel 10, 1040 Wien, Österreich, Tel.: +43-1-79-69-959, Fax: +43-1-79-65-711, E-Mail: aspr.vie@aspr.ac.at, www.aspr.ac.at/sak2004.htm

#### 05.-09. Juli 2004

„Peace and Conflict in a time of Globalization“. Konferenz 2004 der International Peace Research Association (IPRA) in Sopron, Ungarn.

**Kontaktadresse:** Katsuya Kodama, Ph.D., Secretary General of IPRA, Department of Humanities, Mie University, 1515 Kamihama, Tsu, Japan, Tel. + Fax: +81-59-231-9156, E-Mail: kkodama@human.mie-u.ac.jp, www.human.mie-u.ac.jp/~peace/aboutipra.htm

#### 07.-10. Juli 2004

„Advanced course for educators and trainers on human rights education: acquiring the scientific foundations of the universality of human rights“. Internationale Konferenz in Rom. Veranstalter: Centre for Human Evolution studies Association (C.E.U.) und das Ius Primi Viri International (IPV).

**Kontaktadresse:** C.E.U. Via Antonio Bertoloni 29, 00197 Rom, Italien, Tel.: +39-06-807-3420/808-5944, Fax: +39-06-807-7306, E-Mail: mailto:ceuroma@tinit; ipvroma@tin.it, ceu@corsi.ws; ipvroma@tin.it, www.ceu.it; www.dirittiumaniipv.org; www.ceu.corsi.ws

#### 12.-13. Juli 2004

„Can Faiths make Peace? Holy Wars and the Resolution of Religious Conflicts from Historical and Contemporary Perspectives“. Die Konferenz des Historischen Institutes des Goldsmiths College der Universität von London will religiöse Konflikte in Gegenwart und Vergangenheit untersuchen.

**Kontaktadresse:** Dr. P. Broadhead, Department of History, Goldsmiths College, University of London, New Cross, London SE14 6NW, Großbritannien, Tel.: +44 -20-7919-7492, Fax +44-20-7919-7398, E-Mail: hsa01pb@gold.ac.uk, www.goldsmiths.ac.uk

#### 25. Juli-01. August 2004

„Compair - Methoden im Dialog“. Internationale Akademie für Konfliktlösung. Veranstalter: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK).

**Kontaktadresse:** ÖSFK, Hauptplatz 3, 7461 Stadtschlaing, Österreich, Tel.: +43-3355-2498, Fax: +43-3355-2662, E-Mail: aspr@aspr.ac.at, www.aspr.ac.at

#### 02.-09. August 2004

“2004 World Conference against A&H Bombs“ in Hiroshima und Nagasaki.

**Kontaktadresse:** Japan Congress Against A- and H-Bombs/Gensuikin, Hitotsubashi Ki Bldg 5F, Tokyo 101-0051, Japan, Tel.: +49-81-3-3222-1091, Fax: +81-3-3222-1093, E-Mail: gensuikin@jca.apc.org, www.gensuikin.org/english/index.html

#### 01.-03. September 2004

“Multidisciplinary Findings in Conflict Research“. Konferenz an der University of Ulster in Kooperation mit INCORE.

**Kontaktadresse:** Prof. Jim Bryant, Sheffield Hallam University, Sheffield, S1 1WB, Großbritannien, Tel.: +44-114-225-5155, E-Mail: J.W.Bryant@shu.ac.uk, www.conflictresearchsociety.org.uk/CRS%20Acts.htm

#### 05.-20. September 2004

“Fifth South Asian Orientation Course in Human Rights and Peace Studies“ in Kathmandu, Nepal. Internationale Konferenz der South Asia Forum for Human Rights (SAFHR).

**Kontaktadresse:** South Asia Forum for Human Rights, GPO Box: 12855, Kathmandu, Nepal, Tel.: 977-1-5541026, Fax: 977-1-5527852, Email: south@safhr.org, www.safhr.org

#### 09.-11. September 2004

“The 2004 Middle East & Central Asia Politics, Economics, and Society Conference: Transitions and Inequality in the 21st Century.“

**Kontaktadresse:** 2004 Middle East & Central Asia Conference Committee, c/o Political Science Department, 260 S. Central Campus Dr., OSH Building, Room 252, The University of Utah, Salt Lake City, UT 84112, USA, Tel.: +1-801-581-6047, Fax: +1-801-585-6492

#### 2. November 2004

„EU-Entwicklungspolitik – die andere Sicherheitspolitik?“. Tagung im Rahmen der Bonner Impulse 2004. Veranstalter: Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO), Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Center for International Cooperation Bonn (CIC) und European Association of Development Research and Training Institutes (EADI).

**Kontaktadresse:** VENRO-Geschäftsstelle, Kaiserstraße 201, 53113 Bonn, Deutschland, Tel.: +49-228-94677-0, Fax: +49-228-94677-99, E-Mail: a.kurat@venro.org, www.venro.org